



Nachhaltig handeln
Baden-Württemberg

Indikatorenbericht 2014

Statusindikatoren einer nachhaltigen Entwicklung
in Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

VORWORT	5
Einleitung zum Indikatorenbericht	6
Prinzipien des Indikatorenberichts	6
Neu: Subjektive Indikatoren	8
Entwicklung des Indikatorensatzes	9
Datenverfügbarkeit und Weiterentwicklung des Indikatorensatzes	10
Diskussion um einen Wohlstandsindikator	11
Trendbewertung der Indikatoren	13
Die Bevölkerung in Baden-Württemberg	14
Abkürzungsverzeichnis	17
I Ökologische Tragfähigkeit	18
1 Rohstoffproduktivität (Index)	20
2 Rohstoffproduktivität (absolut)	22
3 Häusliche Abfälle	24
4 Täglicher Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche	26
5 Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche	28
6 Stickstoffdioxidbelastung im städtischen Hintergrund	30
7 Treibhausgasemissionen	32
8 Waldzustand	34
9 Naturschutzflächen	36
10 Ökologische Landwirtschaft	38
11 Nitratgehalt des Grundwassers	40
12 Erneuerbare Energien	42
13 Endenergieverbrauch privater Haushalte	44
14 Energieproduktivität	46
Subjektive Indikatoren: Umweltschutz und Klimawandel	48

II Teilhabe und Gutes Leben	50
15 Bruttoinlandsprodukt	52
16 Bruttoanlageinvestitionen	54
17 Eigenkapitalquote	56
18 Privatsolvenzen	58
19 Armutsgefährdungsquote	60
20 Einkommensreichumsquote	62
21 Erwerbstätigenquote	64
22 Arbeitslosigkeit	66
23 Atypische Beschäftigung	68
24 Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen	70
25 Frauen im Gemeinderat	72
26 Kindertagesbetreuung	74
27 Engagementquote	76
28 Straftaten	78
29 Übergewicht	80
30 Vorzeitige Sterblichkeit	82
31 Verunglückte im Straßenverkehr	84
32 Lärmbelastung	86
Subjektive Indikatoren: Zufriedenheit mit Gesundheit, Arbeit und Einkommen sowie allgemeine Lebenszufriedenheit	88
III Rahmenbedingungen und vermittelnde Faktoren	90
33 Arztversorgung	92
34 Beteiligung bei Wahlen zum Gemeinderat und Kreistag	94
35 Frühe Schulabgänger	96
36 Abschlüsse im tertiären Sektor	98
37 Innovationsfähigkeit	100
38 Güterbeförderung durch Schienenverkehr und Binnenschifffahrt	102
39 Gütertransportintensität	104
40 Öffentlicher Personennahverkehr	106
41 Modal Split des Personenverkehrsaufwands	108
42 Haushaltskonsolidierung	110
43 Öffentliche Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit	11
IMPRESSUM, TEXTQUELLEN UND BILDQUELLEN	114-115

Vorwort



Nachhaltig handeln heißt für uns, nicht auf Kosten von Menschen in anderen Regionen der Erde zu leben oder die Erfüllung der Bedürfnisse zukünftiger Generationen zu gefährden. Dabei sind wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte gleichermaßen zu berücksichtigen. Die Belastbarkeit der Erde und der Natur bildet dabei die absolute Grenze: Ein Rückgang von natürlichen Ressourcen oder der Verlust natürlicher Lebensräume

kann nicht durch steigendes Kapital in einem der anderen Bereiche ausgeglichen werden.

Die Landesregierung Baden-Württemberg füllt diese Formel mit der Neuausrichtung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie seit 2011 mit Leben: durch kohärentes strategisches Vorgehen ebenso wie durch die konkrete Umsetzung der Nachhaltigkeitsidee in die politische und gesellschaftliche Praxis.

Unser Anliegen ist es, Nachhaltigkeit in allen Politikbereichen zu verwirklichen. Nachhaltigkeit soll zentrales Entscheidungskriterium unseres politischen Handelns sein.

Zunächst einmal muss hierfür aber Folgendes geprüft werden: Wie ist der Status quo von Nachhaltigkeit in Baden-Württemberg? Wie steht es um die nachhaltige Entwicklung im Land?

Mit dem vorliegenden Bericht zu den Statusindikatoren einer nachhaltigen Entwicklung

in Baden-Württemberg 2014 wird Nachhaltigkeit erfasst und messbar gemacht. In diesem und den nachfolgenden Indikatorenberichten wird die langfristige Entwicklung von Nachhaltigkeit in den verschiedenen Dimensionen in den Blick genommen.

Wir wollen Nachhaltigkeit aber auch in konkretes politisches Handeln übersetzen. Die Landesregierung benennt hierfür überprüfbare strategische Ziele nachhaltiger Entwicklung. In den Nachhaltigkeitsberichten der einzelnen Ministerien wird dargestellt, welche Anstrengungen die Ressorts im Hinblick auf eine Erreichung dieser Ziele in ihrem Politikbereich unternehmen.

Die Umsetzung von Nachhaltigkeit kann aber nur gemeinsam mit den Menschen in Baden-Württemberg gelingen: zusammen mit wichtigen Zielgruppen – der Jugend, der Wirtschaft und den Kommunen –, durch eine breite Beteiligung von Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft im Beirat der Landesregierung

für nachhaltige Entwicklung und in Aktionsprogrammen zu zentralen Kernbereichen der Landesregierung.

Es ist wichtig, sich bewusst zu sein, wo man steht, damit man zu neuen Ufern aufbrechen kann. Der vorliegende Indikatorenbericht soll Ausgangspunkt hierfür sein.

Ich lade Sie deshalb ein, sich von diesem Punkt aus gemeinsam mit uns auf den Weg zu machen, zu diskutieren und daran mitzuwirken, eine nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg Realität werden zu lassen.

Winfried Kretschmann

Winfried Kretschmann MdL
Ministerpräsident des Landes
Baden-Württemberg



Einleitung zum Indikatorenbericht



PRINZIPIEN DES INDIKATORENBERICHTS

Die Landesregierung Baden-Württembergs hat es sich mit der neuen Nachhaltigkeitsstrategie zum Ziel gesetzt, Nachhaltigkeit zum zentralen Entscheidungskriterium ihrer Landespolitik zu machen. Mit Hilfe des vorliegenden Indikatorenberichts soll die nachhaltige Entwicklung im Land messbar und überprüfbar gemacht werden.

Die in diesem Bericht aufgeführten Statusindikatoren ergeben ein umfassendes Bild der nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg. Nicht alle diese Entwicklungen lassen sich ausschließlich durch Landespolitik beeinflussen. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Treibhausgasemissionen. Auch wenn

Baden-Württemberg alles daran setzt, den Klimawandel auf einem beherrschbaren Maß zu halten, hängt die Eindämmung der Treibhausgasemissionen auch von Entwicklungen auf europäischer und Bundesebene ab. Anders als die politische Zielerreichung soll der vorliegende Indikatorenbericht, der künftig alle zwei Jahre erscheinen wird, den Status quo nachhaltiger Entwicklung im Land erfassen, er ist eine Zustandsbeschreibung.

Aber auch die politische Zielerreichung der Landesregierung auf ihrem Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg soll messbar und überprüfbar gemacht werden. In sogenannten Nachhaltigkeitsberichten stellen die Ministerien deshalb dar, welche Ziele nachhaltiger Entwicklung sie verfolgen und wie sie diese erreichen wollen.

Im Zuge der Erarbeitung von Zielen einer nachhaltigen Entwicklung Baden-Württembergs sowie den besonderen Herausforderungen, denen sich Baden-Württemberg bei der Erreichung dieser Ziele stellen muss, wurde von der klassischen Dreiteilung der Nach-

haltigkeit in eine ökonomische, eine soziale und eine ökologische Dimension abgewichen. Eine neue Gliederung in die beiden Bereiche „Ökologische Tragfähigkeit“ und „Teilhabe und Gutes Leben“ sowie die „Rahmenbedingungen und vermittelnden Faktoren“ wurde vorgenommen. Durch sie sollen die Verflochtenheit der verschiedenen Dimensionen, die gegenseitigen Abhängigkeiten und Zielkonflikte stärker zum Ausdruck gebracht werden. Der hier vorliegende Indikatorenbericht folgt dieser Gliederung.

MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN VON STATUSINDIKATOREN

Ein solcher Satz von Statusindikatoren wie im hier vorliegenden Bericht führt notwendigerweise zu einer Reduktion auf die mess- und zählbaren Aspekte nachhaltiger Entwicklung. Nicht alle Elemente einer solchen nachhaltigen Entwicklung sind aber messbar. Viele qualitative und subjektive Faktoren sind nicht in Form von Daten verfügbar – die Lebensqualität beispielsweise ist ein wichtiges Moment nachhaltiger Entwicklung, doch lässt sie sich, zumindest derzeit, nicht in Zahlen und Daten fassen.





NEU: SUBJEKTIVE INDIKATOREN

Datenanalysen und Auswertungen in Form von Statusindikatoren einer nachhaltigen Entwicklung sind dennoch unerlässlich, will man auf solider Grundlage und konkret über Nachhaltigkeit diskutieren.

Der vorliegende Indikatorenbericht fügt diesen klassischen Nachhaltigkeitsindikatoren nun erstmals eine weitere Dimension hinzu: die sogenannten subjektiven Indikatoren. Auch diese beruhen auf einer verlässlichen Datengrundlage, auch hier wird eine statistische Herangehensweise verfolgt, und dennoch eröffnet sich durch diese subjektiven Indikatoren eine neue Perspektive. Durch das Hinzuziehen ausgewählter Fragen aus dem Sozio-Oekonomischen Panel (SOEP) werden erstmals die Einstellungen der Menschen mit einbezogen.

Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung, die bereits seit 25 Jahren durchgeführt wird. Jährlich werden in Baden-Württemberg rund 2 500 Personen aus rund 1 400 Haushalten befragt. In den

beiden Bereichen „Ökologische Tragfähigkeit“ sowie „Teilhabe und Gutes Leben“ wurden zwei beziehungsweise vier Fragen aus dem SOEP herangezogen, die nach Umwelt- und Klimaschutz bzw. nach der Zufriedenheit der Menschen fragen.

Sich verbessernde Indikatoren hin zu einer nachhaltigeren Entwicklung, zum Beispiel im Bereich der Ökologischen Tragfähigkeit, resultieren nicht zwingend direkt in eine veränderte Wahrnehmung der Menschen. Die Beziehung zwischen „objektiven“, klassischen Nachhaltigkeitsindikatoren und den hier ausgewählten „subjektiven“ Indikatoren ist komplexer und ohne direkte monokausale Zusammenhänge. Es erscheint dennoch wertvoll, auch über einen längeren Zeitverlauf die Wahrnehmung der Menschen in Baden-Württemberg heranzuziehen und die Betrachtung der nachhaltigen Entwicklung im Land durch neue Perspektiven zu ergänzen.

ENTWICKLUNG DES INDIKATORENSATZES

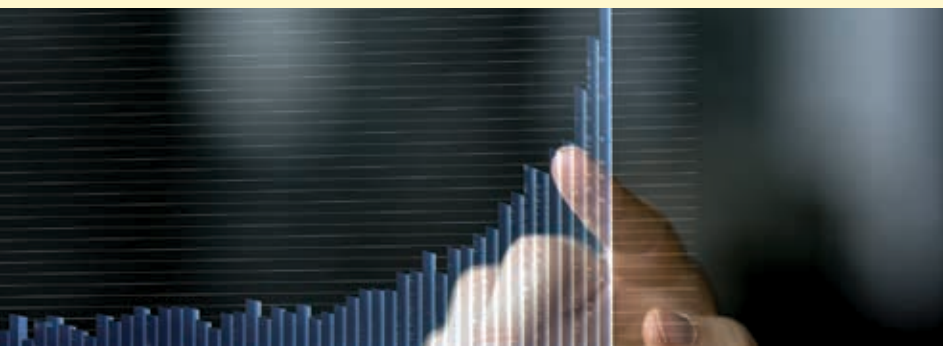
Der mit diesem Indikatorenbericht vorgelegte Indikatorensatz wurde in einem mehrstufigen, partizipativen Verfahren mit den im Beirat der Landesregierung für nachhaltige Entwicklung vertretenen Persönlichkeiten und Verbänden aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft sowie den Fachministerien der Landesregierung erarbeitet.

Wichtigstes Kriterium bei der Auswahl der Indikatoren war zunächst deren Relevanz für die Darstellung von nachhaltiger Entwicklung in Baden-Württemberg. Geachtet wurde zudem auf die Anschlussfähigkeit an andere Indikatorensysteme nachhaltiger Entwicklung auf EU-, Bundes und Länderebene. Wo notwendig, wurden aber auch die Spezifika des Landes Baden-Württemberg berücksichtigt, um die nachhaltige Entwicklung hier im Land angemessen darstellen zu können. Auch bei der Auswahl der exakten Datengrundlagen für die jeweiligen Indikatoren wurde deshalb darauf geachtet, wo immer möglich und sinnvoll den Anschluss an vorhandene Indikatoren und Indikatorensysteme zu schaffen. In



zahlreichen Fällen wurde auch auf begleitende Texte anderer zurückgegriffen und dort bereits vorhandenes Know-how genutzt. So wurden beispielsweise in Teilen die Erläuterungen der Länderinitiative Kernindikatoren (LIKI) übernommen oder auch die der Nachhaltigkeitsberichterstattung des Bundes.

Grundsätzlich wurden nur die zum Stand August 2013 verfügbaren Daten für den vorliegenden Indikatorenbericht herangezogen.



DATENVERFÜGBARKEIT UND WEITERENTWICKLUNG DES INDIKATORENSATZES

Ein weiteres zentrales Kriterium bei der Auswahl von Indikatoren, dem alle anderen Aspekte zwingend untergeordnet werden mussten, war schließlich die Datenverfügbarkeit.

Das ständige kritische Hinterfragen des Indikatorensatzes ist notwendig, um die Aussagekraft der jeweiligen Indikatoren bezüglich der nachhaltigen Entwicklung immer wieder prüfen zu können. Dies bezieht sich beispielsweise auf eine Reihe von Indikatoren, deren Aussagekraft in der fachlichen Debatte schon länger umstritten ist und zu denen es bald neue, besser geeignete Datensätze geben

wird. Ein Beispiel hierfür ist der Indikator der ökologischen Qualität der Umwelt, der derzeit mithilfe von Daten zu Naturschutzflächen gemessen wird. In Kürze stehen hier auch für Baden-Württemberg die von Fachleuten als besser erachteten Daten aus dem Brutvogelmonitoring zur Verfügung. Dies gilt aber auch für solche Indikatoren, deren Erhebung wünschenswert ist, zu denen aber bislang keinerlei Daten zur Verfügung stehen. Als Beispiel sei hier ein möglicher Indikator zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ genannt. In Expertengruppen wird derzeit geprüft, wie ein solcher Indikator beschaffen sein und auf welcher Datengrundlage er erhoben werden könnte.

Diese Notwendigkeit der permanenten Überprüfung und auch des Austauschs von Indikatoren steht allerdings in einem Spannungsverhältnis zu der Anforderung, Datensätze und Indikatoren über möglichst lange Zeiträume zu erheben, um einen Trend erkennbar zu machen. Hier ist immer wieder eine sorgfältige Abwägung notwendig.

ZUR MESSUNG DES WOHLSTANDS – DIE DISKUSSION UM EINEN WOHLSTANDS-INDIKATOR

In der Diskussion um die Entwicklung des Indikatorensatzes für Baden-Württemberg spiegelte sich eine Debatte wider, die auch auf Bundesebene intensiv geführt wird. Es geht um die Eignung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Indikator nicht nur für die wirtschaftliche Leistung eines Landes, sondern auch als Indikator für Wohlstand und Lebensqualität, wie das BIP in der Vergangenheit häufig interpretiert wurde. Die Enquete-Kommission der Bundesregierung „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ hat „vor dem Hintergrund des veränderten, unsicher gewordenen Zusammenhangs zwischen Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität“ * einen Indikorensatz

* Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Drucksache 17/13300, S.24.



entwickelt, der dem BIP weitere Indikatoren zur Seite stellt. Auch die Entwicklung eines aggregierten Gesamtindikators wie beispielsweise der Nationale Wohlfahrtsindex (NMW) ist Thema der nationalen und internationalen Debatte.

Diese Debatte um einen neuen, umfassenden Wohlstandsindikator ist noch nicht abgeschlossen. Zwar besteht Einigkeit darüber, dass das BIP für sich genommen kein Indikator für die Messung des Wohlstands einer Gesellschaft ist, da ökologische Grenzen, Verteilungsfragen und nicht materieller Wohlstand keine Berücksichtigung finden. Bei einem aggregierten Indikator allerdings



ist die Gewichtung seiner Teilelemente problematisch, während ein Indikatorenatz zur Wohlstandsmessung ob seiner Konstruktion ebenfalls immer wieder der Erläuterung bedarf und womöglich auch keine endgültige Lösung darstellt.

Vor diesem Hintergrund wird die Weiterentwicklung eines Wohlstandsindikators oder -indikatorensatzes aufmerksam verfolgt und begleitet und auch in der Fortschreibung des Berichts zu den Statusindikatoren nachhaltiger Entwicklung in Baden-Württemberg aufgegriffen werden.

Im vorliegenden Indikatorenbericht wird das BIP als Indikator aufgeführt, allerdings wird vor dem Hintergrund der kritischen Wachstumsdebatte auf eine Trendbewertung verzichtet. Die Indikatoren aus dem Indikatorenatz der Enquete-Kommission, die begleitend zum Bruttoinlandsprodukt Aussagen über Wohlstand und Lebensqualität einer Gesellschaft erlauben, sind in identischer oder ähnlicher Form auch im vorliegenden Indikatorenbericht enthalten, so zum Beispiel ökologische Indikatoren sowie Indikatoren zu Beschäftigung und Bildung.

TRENDBEWERTUNG DER INDIKATOREN

Neben der Definition und Beschreibung des jeweiligen Indikators wird im vorliegenden Indikatorenbericht eine Trendbewertung vorgenommen, die auch mit Hilfe eines Farbcodes dargestellt wird. Es erfolgt eine viergeteilte Trendbewertung in den Farben grün, gelb, rot und weiß.

Der hier dargestellte Trend bewertet sowohl die Datenkurve als auch den Zustand des jeweiligen Indikators. So gibt es beispielsweise Indikatoren, bei denen es anhand eines wünschenswerten Anstiegs zwar eine positive Entwicklung hin zu größerer Nachhaltigkeit zu verzeichnen gibt, der Gesamtwert aber noch immer zu niedrig erscheint. Der Trend eines solchen Indikators würde mit der Farbe Gelb gekennzeichnet. Ein Beispiel hierfür ist der Anteil von Frauen in den Kommunalparlamenten: Zwar steigt hier die Zahl der Frauen kontinuierlich an, doch ist der Anteil insgesamt noch immer relativ gering. Die Trendbewertung anhand der vier Farben lässt sich folgendermaßen aufschlüsseln:

■ grün: Trend ist positiv, deutliche Verbesserung des Zustands ist bereits jetzt oder in absehbarer Zeit erreicht

- gelb: Trend ist positiv, deutliche Verbesserung des Zustands ist in absehbarer Zeit noch nicht erreicht
- rot: Trend ist negativ, deutliche Verbesserung des Zustands ist in absehbarer Zeit nicht erreicht
- weiß: keine Trendbewertung möglich

In einer Gesamtschau zeigen 29 von 43 Statusindikatoren eine positive Trendentwicklung. Bei 16 Indikatoren, davon ein Teilindikator von Indikator 42, wird dabei eine deutliche Verbesserung des Zustands bereits jetzt oder in absehbarer Zeit erreicht (grüne Trendbewertung). Insgesamt 9 Statusindikatoren weisen eine negative Trendentwicklung auf, wohingegen bei 5 Statusindikatoren keine Bewertung möglich war. Auch hinsichtlich der einzelnen Dimensionen der Nachhaltigkeit zeigt sich, dass viele Statusindikatoren eine deutlich positive Trendbewertung aufweisen, es jedoch in allen Bereichen noch Handlungsbedarf gibt. Bei den Rahmenbedingungen stellen dabei 4 rote Trends von insgesamt 11 Statusindikatoren den größten Anteil negativer Trendentwicklungen dar.



Die Bevölkerung in Baden-Württemberg



DEFINITION

„Zu den Personen mit Migrationshintergrund zählen neben den zugewanderten und in Deutschland geborenen Ausländern auch Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, wie Spätaussiedler, eingebürgerte Personen, die Kinder von Spätaussiedlern und von Eingebürgerten sowie die Kinder ausländischer Eltern, die bei der Geburt zusätzlich die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben (nach der sogenannten »Ius Soli«-Regelung) und Kinder mit einseitigem Migrationshintergrund, bei denen nur ein Elternteil Migrant ist. Es wird dabei die Zuwanderung ab 1950 berücksichtigt.“

Im vorliegenden Bericht konnten die Ergebnisse der Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung 2011 (Zensus) mit ihren vielfältigen und teilweise gravierenden Auswirkungen auf die Höhe und die Altersstruktur der Bevölkerung in Baden-Württemberg noch nicht berücksichtigt werden.

BESCHREIBUNG UND TRENDBEWERTUNG

Dem eigentlichen Indikatorenbericht vorangestellt ist eine Übersicht über die Bevölkerung in Baden-Württemberg. Die Bevölkerungsdaten dienen hier als Hintergrundinformation und können als Kontextindikator verstanden werden. Sie haben selbst keine direkte Aussagekraft bezüglich der nachhaltigen Entwicklung im Land, sind aber als Bezugsgröße für die eigentlichen Nachhaltigkeitsindikatoren relevant, beispielsweise wenn nach der Bedeutung des Migrationshintergrunds in Bezug auf die Erwerbstätigkeit gefragt wird.

Baden-Württemberg ist ein bevölkerungsreiches Bundesland. Allein zwischen 1950 und 2000 hatte Baden-Württemberg einen Bevölkerungszuwachs von 64 %. Auch in den nächsten Jahren dürfte sich die Einwohnerzahl des Landes aufgrund der deutlich angestiegenen Zuwanderung weiter erhöhen. Mittel- und langfristig wird aber erwartet, dass die Bevölkerungszahl im Südwesten zurückgehen wird. Denn aufgrund der Altersstruktur – immer mehr ältere stehen immer weniger jungen Menschen gegenüber – wird sich das Geburtendefizit (weniger Geburten als Sterbefälle)

stetig vergrößern. Die zu erwartenden künftigen Wanderungsgewinne werden dann aller Voraussicht nach das deutlich steigende Geburtendefizit nicht mehr kompensieren können.

Entscheidend für die Zukunft Baden-Württembergs ist jedoch weniger die Zahl der Einwohner als ihre Altersstruktur, die durch einen weiteren Alterungsprozess geprägt sein wird. Im Jahr 2000 gab es eine historische Zäsur: Erstmals lebten in Baden-Württemberg mehr über 60-Jährige als unter 20-Jährige. Während 1900 noch fast jeder Zweite in der Bevölkerung unter 20 Jahre alt war, ist dies heute nur noch jeder Fünfte. Im Jahr 2050, dies zeigen Vorausrechnungen, wird es nur noch etwa jeder Sechste sein. Zudem wird bis dahin mehr als jeder Dritte über 60 Jahre alt sein. Das Durchschnittsalter der baden-württembergischen Bevölkerung wird von heute rund 43 Jahren auf 49 Jahre im Jahr 2050 steigen.

Seit den 1960er Jahren ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg deutlich gestiegen. Im Jahr 2012 lebten in Baden-Württemberg rund 10,8 Mio. Menschen, davon waren gut 5,3 Mio. Männer

und knapp 5,5 Mio. Frauen. Knapp 2,9 Mio. Baden-Württemberger haben einen Migrationshintergrund. Als Migranten gelten alle in Baden-Württemberg lebenden Ausländer sowie Deutsche mit Migrationshintergrund wie Spätaussiedler und eingebürgerte Personen sowie die Kinder von Spätaussiedlern und Eingebürgerten.

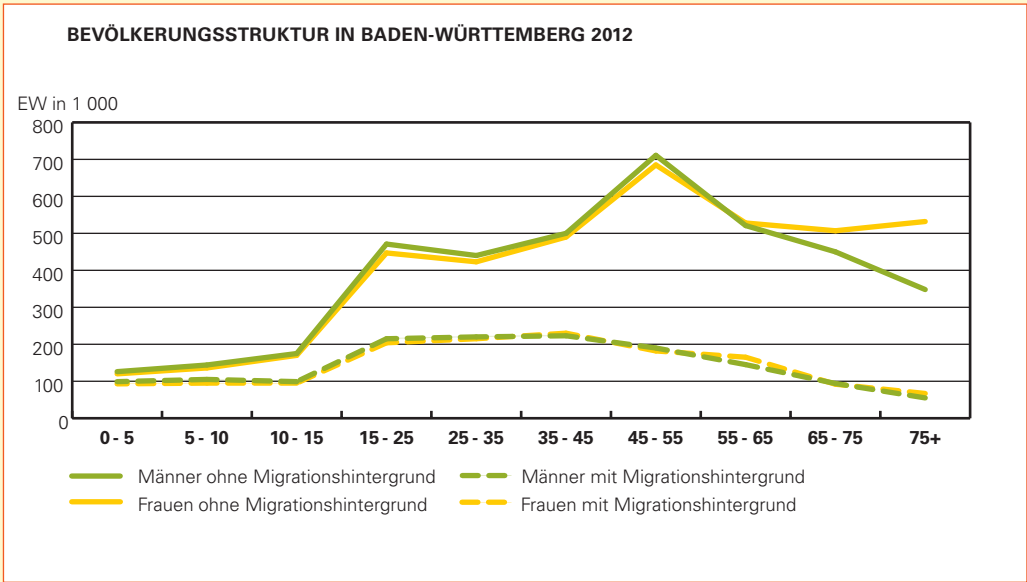
Knapp 1,6 Mio. Menschen bzw. 54,8 % der Personen mit Migrationshintergrund waren im Jahr 2012 im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, rund 1,3 Mio. bzw. 45,2 % der Migranten sind Ausländer. Mit einem Anteil an der Gesamtbevölkerung in Höhe von rund 26,7 % zählte demnach im Jahr 2012 etwas mehr als ein Viertel der Bevölkerung in Baden-Württemberg zur Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund.

Die Migranten in Baden-Württemberg sind deutlich jünger als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Das durchschnittliche Alter der Menschen mit Migrationshintergrund lag im Jahr 2012 bei knapp 36 Jahren. Die Baden-Württemberger ohne Migrationshintergrund waren im Durchschnitt rund 45 Jahre alt.

Im Jahr 2012 lebten rund 1 006 000 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg (587 000 in der Altersgruppe 0 bis unter 15 Jahre und 420 000 in der Altersgruppe 15 bis 25 Jahre). Damit sind 34,9 % der Migranten in Baden-Württemberg jünger als 25 Jahre. Bei den Menschen ohne Migrationshintergrund waren dies lediglich 22,6 %. Der Anteil der älteren Menschen über 64 Jahre fällt bei den Menschen mit Migrationshintergrund (10,7 %)

hingegen erheblich niedriger aus als bei den Menschen ohne Migrationshintergrund (23,2 %).

Die Altersverteilung zwischen Frauen und Männern verläuft in den einzelnen Alterskohorten relativ gleichmäßig. Lediglich bei Erwachsenen ohne Migrationshintergrund ist ab der Altersgruppe ab 65 Jahren eine abweichende Trendentwicklung zu beobachten. Hier liegt der Frauenanteil deutlich erkennbar über dem der Männer.



Daten: Mikrozensus/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Abkürzungsverzeichnis

a	Jahr	LHO	Landeshaushaltsordnung
AK VGR	Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder	LIKI	Länderinitiative Kernindikatoren
BIP	Bruttoinlandsprodukt	L _{night}	Nachtlärmindex (22-6 Uhr)
BMI	Body-Mass-Index	LUBW	Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz	mg	Milligramm
CH ₄	Methan	Mio.	Million
CO ₂	Kohlendioxid	MIV	Motorisierter Individualverkehr
dB(A)	Dezibel nach A-Bewertung	Mrd.	Milliarde
DPMA	Deutsches Patent- und Markenamt	N ₂ O	Distickstoffoxid
EG	Europäische Gemeinschaft	NO ₂	Stickstoffdioxid
EU	Europäische Union	ODA	Official Development Assistance
EUR	Euro	OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
EW	Einwohner	ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
FuE	Forschung und Entwicklung	ÖPV	Öffentlichen Personenverkehr
GJ	Gigajoule	PCT	Patent Cooperation Treaty
ha	Hektar	Pkm	Personenkilometer
ISCED	International Standard Classification of Education	SGB	Sozialgesetzbuch
kg	Kilogramm	SuV	Siedlungs- und Verkehrsfläche
l	Liter	t	Tonne
L _{den}	Tag-Abend-Nacht-Pegel (den = day/evening/night, 0-24 Uhr)	VO	Verordnung



Ökologische Tragfähigkeit

- 1 ROHSTOFFPRODUKTIVITÄT (INDEX)
- 2 ROHSTOFFPRODUKTIVITÄT (ABSOLUT)
- 3 HÄUSLICHE ABFÄLLE
- 4 TÄGLICHER ANSTIEG DER SIEDLUNGS- UND VERKEHRSFLÄCHE
- 5 ANTEIL DER SIEDLUNGS- UND VERKEHRSFLÄCHE AN DER BODENFLÄCHE
- 6 STICKSTOFFDIOXIDBELASTUNG IM STÄDTISCHEN HINTERGRUND
- 7 TREIBHAUSGASEMISSIONEN
- 8 WALDZUSTAND
- 9 NATURSCHUTZFLÄCHEN
- 10 ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT
- 11 NITRATGEHALT DES GRUNDWASSERS
- 12 ERNEUERBARE ENERGIEN
- 13 ENDENERGIEVERBRAUCH PRIVATER HAUSHALTE
- 14 ENERGIEPRODUKTIVITÄT



DEFINITION

Der Indikator Rohstoffproduktivität (Index) drückt aus, welche volkswirtschaftliche Gesamtleistung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – mit einer Tonne nicht erneuerbarer Rohstoffe erzeugt wird. Um die beiden Größen vergleichbar zu machen und ihre Entwicklung im Zeitablauf darzustellen, werden sie als Indexgrößen dargestellt (Basisjahr 1994 = 100). Die materialeitige Bezugszahl für die Rohstoffproduktivität setzt sich zusammen aus verwerteten abiotischen Rohstoffen (z. B. Kohle, Erdöl, Erze, Mineralien) aus der inländischen Natur zuzüglich importierter abiotischer Güter zuzüglich Saldo aus Empfang und Versand abiotischer Güter aus dem Handel zwischen den Bundesländern.

BESCHREIBUNG

Die Rohstoffproduktivität nimmt zu, wenn eine wirtschaftliche Leistung (gemessen in Geldeinheiten) mit einem geringeren Materialaufwand erbracht wird. Eine solche Verbesserung der Materialeffizienz kann in allen Wirtschaftsbereichen erzielt werden. In den Bereichen, in denen – wie etwa im Baubereich – große Stoffmengen bewegt werden, sind Materialeffizienzsteigerungen besonders wirksam. Beispielsweise trägt eine Verlagerung von Investitionen vom Neubau in die Sanierung von bestehenden Gebäuden erheblich zur Rohstoffproduktivität bei, da hier vergleichbare Geldströme mit sehr viel geringeren Materialströmen verbunden sind.

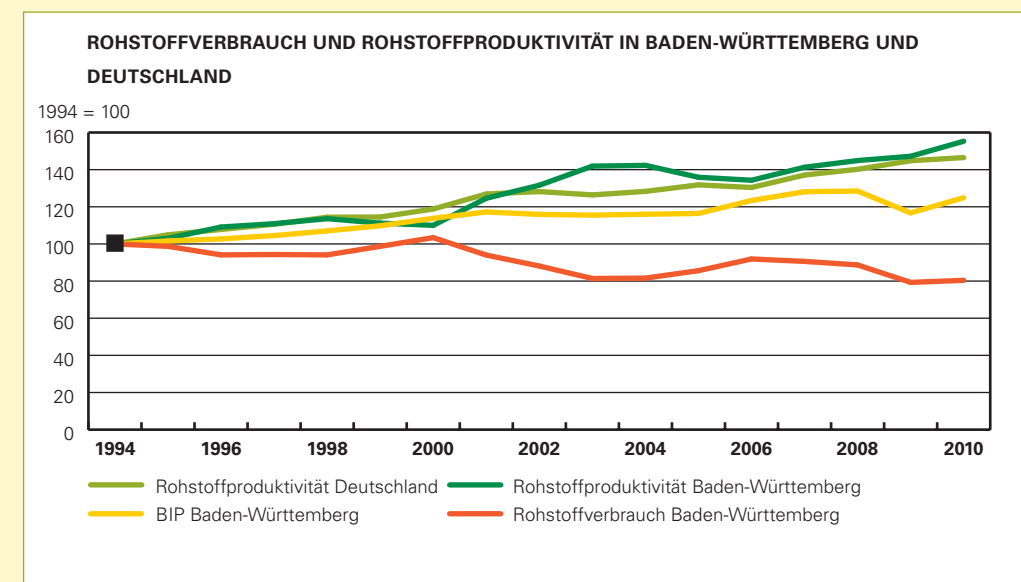
Die Indexbetrachtung ermöglicht eine (beispielsweise länderübergreifende) vergleichende Bewertung der Entwicklung der Bezugsgrößen im Zeitablauf. Die Veränderung des Indikators im Zeitablauf zeigt an, inwieweit die Nutzung nicht erneuerbarer Rohstoffe vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden konnte. Dabei ist allerdings eine Schwachstelle des Indikators zu beachten: Der durch die Produktion von Importgütern im Ausland

verursachte Rohstoffverbrauch wird durch den Indikator nur teilweise erfasst.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die Rohstoffproduktivität stieg in Baden-Württemberg zwischen 1994 und 2010 um 55 %. Hierzu trug einmal der sinkende Rohstoffverbrauch im Land bei – ein Rückgang um fast 20 %. Gleichzeitig wuchs das BIP im Südwesten preisbereinigt um 25 %. Der auch

im wirtschaftlich schwachen Jahr 2009 hohe Wert der Rohstoffproduktivität zeigt, dass der Rohstoffverbrauch stärker zurückgegangen ist als das BIP. Insgesamt hat offenbar eine Entkopplung von Rohstoffverbrauch und Wirtschaftswachstum stattgefunden. Die effizientere Nutzung von Rohstoffen, aber auch eine stärkere Einbindung des Auslands in die Fertigungsprozesse von Industriegütern könnten hierzu beigetragen haben.



Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



DEFINITION

Der Indikator Rohstoffproduktivität absolut drückt für das letzte Bilanzjahr 2010 aus, welche volkswirtschaftliche Gesamtleistung – gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen – mit einer Tonne nicht erneuerbarer Rohstoffe erzeugt wird. Die volkswirtschaftliche Gesamtleistung wird in Euro angegeben, der Verbrauch in Tonnen (EUR/t). Die materialeitige Bezugszahl für die Rohstoffproduktivität absolut setzt sich zusammen aus verwerteten abiotischen Rohstoffen (z. B. Kohle, Erdöl, Erze, Mineralien) aus der inländischen Natur zuzüglich importierter abiotischer Güter zuzüglich Saldo aus Empfang und Versand abiotischer Güter aus dem Handel zwischen den Bundesländern.

BESCHREIBUNG

Nachhaltiges Wirtschaften verlangt einen schonenden Umgang mit der Natur, damit auch den nachfolgenden Generationen noch eine intakte Umwelt zur Verfügung steht.

Für ein Rohstoffe importierendes und Industriegüter exportierendes Land wie Baden-Württemberg trägt der effiziente Umgang mit Rohstoffen zur Wettbewerbsfähigkeit bei, denn Rohstoffe werden auf den Weltmärkten knapper und teurer. Ebenso bedeutsam ist der Umweltaspekt: Die Gewinnung und Nutzung eines Rohstoffs geht mit Flächen-, Material- und Energieinanspruchnahme, Stoffverlagerung sowie Schadstoffemissionen einher.

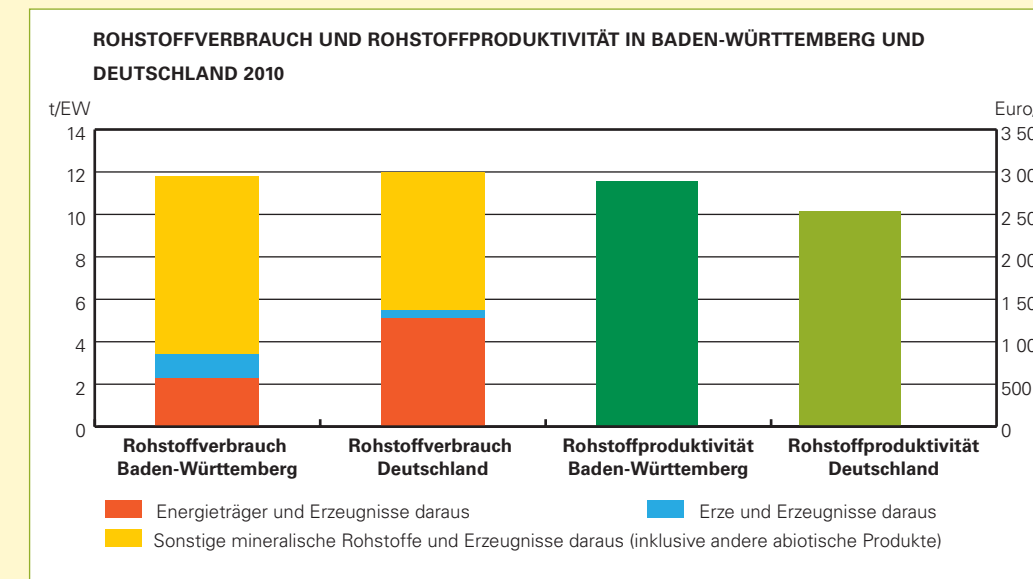
Ein wichtiger Grund für die im Land höhere volkswirtschaftliche Rohstoffproduktivität ist die Wirtschaftsstruktur, mit einem vergleichsweise geringen Gewicht des Bergbaus und der Grundstoffindustrien. Dies erklärt teilweise auch die stark abweichende Zusammensetzung des Rohstoffverbrauchs. Während im Land die Entnahme sonstiger mineralischer Rohstoffe (Kies, Sand, Natursteine) ein überdurchschnittliches Gewicht hat, liegt der

Anteil der Energieträger deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Der gesamte Rohstoffverbrauch je Einwohner liegt in Baden-Württemberg geringfügig unter dem Bundeswert.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die absolute Rohstoffproduktivität liegt 2010 für Baden-Württemberg bei rund 2 900 EUR/t

und damit vergleichsweise hoch. Im Vergleich zur absoluten Rohstoffproduktivität in Deutschland liegt der Wert für den Südwesten um knapp 350 EUR/t höher.



Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

3

Häusliche Abfälle



DEFINITION

Der Indikator berücksichtigt das Aufkommen von Haus- und Sperrmüll (inklusive Wertstoffe und Biomüll) in Kilogramm pro Einwohner und Jahr (kg/Ea). Ergänzend dargestellt sind der Anteil der getrennt erfassten Wertstofffraktionen (z. B. Glas, Papier) und Abfälle aus der Biotonne. Die häuslichen Abfälle werden im öffentlichen Auftrag (öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger) vor Ort in den Kommunen von Entsorgungsunternehmen mit jeweils geeigneten Erfassungssystemen gesammelt und einer ordnungsgemäßen Entsorgung, d. h. einer Verwertung oder einer Beseitigung zugeführt.

BESCHREIBUNG

Der Verbrauch natürlicher Ressourcen ist ein globales Problem mit regionalen Ursachen und Folgen. Ein beständig zu hoher Verbrauch an Ressourcen (z. B. Rohstoffe, Energie), deren zu wenig effiziente Nutzung bei wirtschaftlichen Aktivitäten und nicht optimierte Stoffkreisläufe können bei gleichzeitig zu geringer Substitutions- oder Regenerationsrate zu Ressourcenmangel führen. Mit der Herstellung und der Verteilung von Produkten werden insbesondere Rohstoffe wie Erdöl und Metalle sowie Energie verbraucht. Nach dem Gebrauch der Produkte sind diese als Abfall zu entsorgen (Sammlung, Verwertung, Beseitigung). Das Aufkommen an Siedlungsabfällen beschreibt den Bereich des Konsums und den daraus resultierenden Entsorgungsbedarf, der von jedem Einzelnen unmittelbar beeinflusst werden kann.

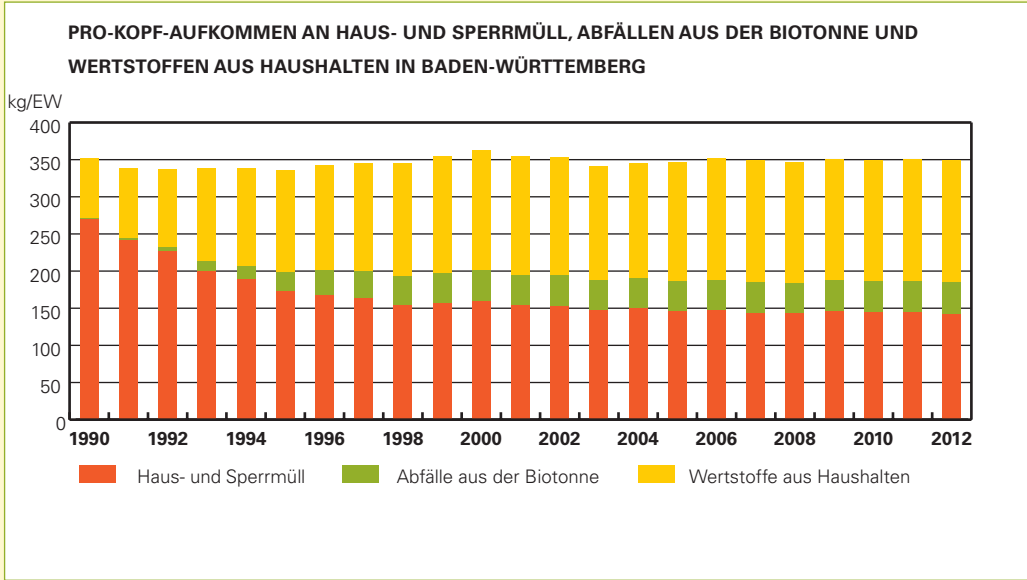
TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Im Jahr 2012 wurden in Baden-Württemberg rund 3,78 Mio. Tonnen (t) häusliche Abfälle über die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger erfasst. Das waren insgesamt 349 kg je Einwohner. Davon

entfielen 142 kg auf Haus- und Sperrmüll und 207 kg auf getrennt erfasste Abfälle aus der Biotonne (43 kg) und Wertstoffe (164 kg). Damit lag die Abschöpfungsquote, das ist der Anteil der getrennt erfassten Wertstoffe und Bioabfälle, wie 2011 bei rund 59 %.

Seit Inkrafttreten des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes im Jahr 1996 ist die anfallende Haus- und Sperrmüllmenge pro Baden-

Würtemberger um knapp 15 % gesunken. Dies ist in erster Linie auf die Ausweitung der getrennten Erfassung von Wertstoffen und Bioabfällen zurückzuführen. Die insgesamt erfasste Menge häuslicher Abfälle blieb in etwa konstant.



Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Täglicher Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche



DEFINITION

Dargestellt wird die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) in Hektar pro Tag (ha/d).

Die SuV setzt sich aus folgenden Kategorien des Liegenschaftskatasters zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauland, Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof. Knapp die Hälfte der SuV ist versiegelt. Dabei wird die versiegelte Fläche mittels eines Schätzverfahrens, das den Versiegelungsanteil der unterschiedlichen Nutzungsarten und die Besiedelungsdichte berücksichtigt, ermittelt.

BESCHREIBUNG

Die Flächeninanspruchnahme steht als hoch aggregierter Schlüsselindikator für die Nachhaltigkeit der Raumnutzung. Die mit der Flächeninanspruchnahme verbundenen Umweltschädigungen sind in der Regel schleichend und treten erst über lange Zeiträume auf.

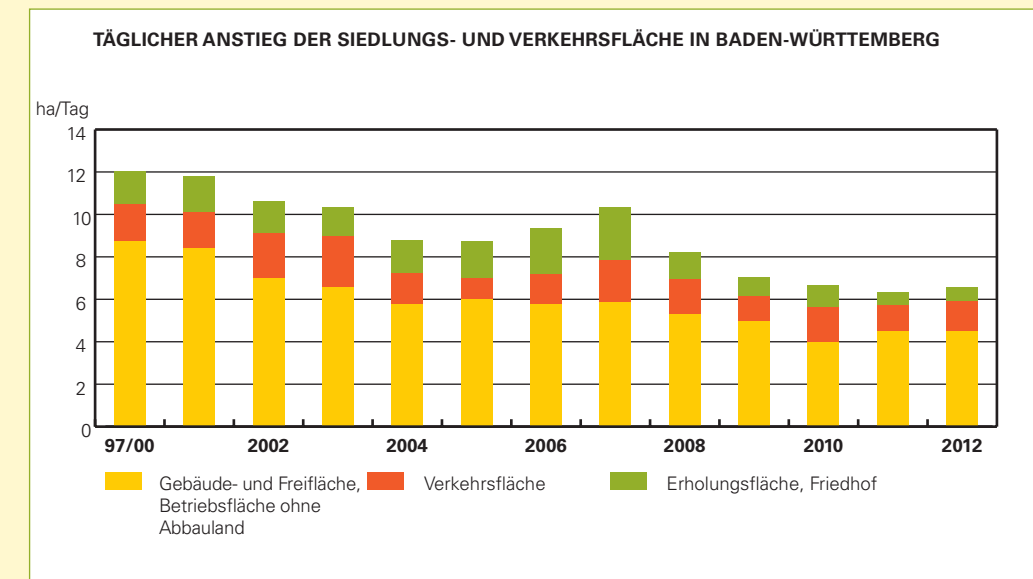
Die Flächeninanspruchnahme beinhaltet die Umnutzung von Freiflächen, in der Regel landwirtschaftlich genutzte Flächen, in Siedlungs- und Verkehrsflächen. Dabei gehen ökologische Funktionen des Bodens selbst verloren ebenso wie Lebensräume für Flora und Fauna. Häufig handelt es sich anstelle einer multifunktionalen um eine einseitige, rein wirtschaftsorientierte Nutzung des Bodens. Die Flächeninanspruchnahme ist darüber hinaus meist verbunden mit der Abnahme der Siedlungsdichte, einer Zunahme des Verkehrsaufkommen und des Energieverbrauchs und dem kostenträchtigen Ausbau von Infrastruktur. Der Indikator indiziert daher auch Belastungspotenziale, die über die in Anspruch genommen Flächen hinausgehen. Hinsichtlich der aktuellen Praxis des Neuverbrauchs an Fläche hat die Bundesregierung

mit 30 ha maximaler, täglicher Flächenneu-inanspruchnahme im Jahr 2020 ein anspruchsvolles Ziel formuliert. Für Baden-Württemberg leitet sich daraus für 2020 ein Zielwert von 3 ha pro Tag ab.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Im Jahr 2012 wurde in Baden-Württemberg täglich eine Fläche von 6,7 Hektar für Bau-maßnahmen beansprucht. Das entspricht

einem Jahreszuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche in der Größenordnung von rund 3 503 Fußballplätzen (70m x 100m). Die täglichen Zuwachsraten der Siedlungs- und Verkehrsfläche sind in den vergangenen zehn Jahren insgesamt rückläufig.



Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche



DEFINITION

Dargestellt wird der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) an der Bodenfläche insgesamt in Prozent (%).

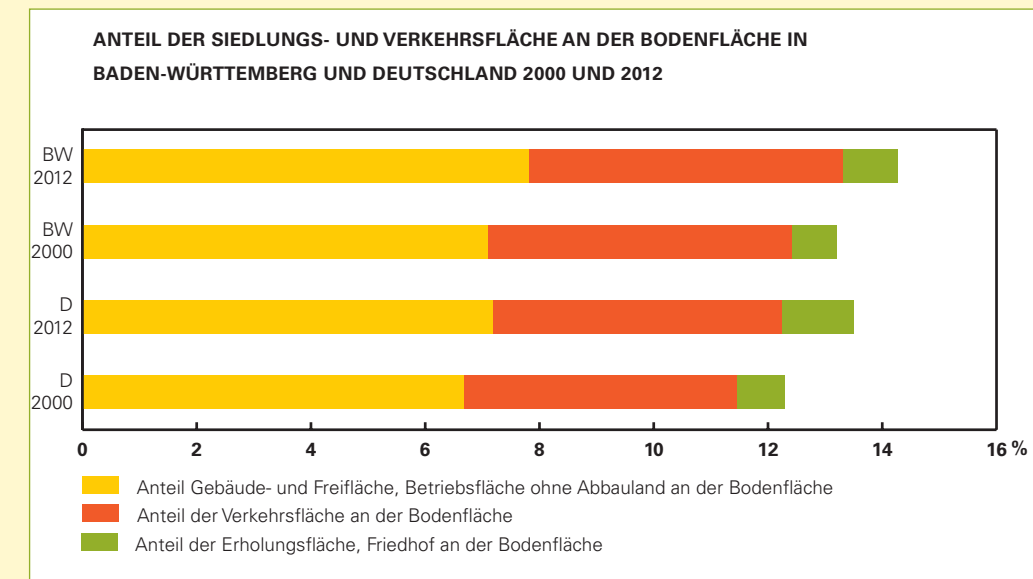
Die SuV setzt sich aus folgenden Kategorien des Liegenschaftskatasters zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauland, Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof. Knapp die Hälfte der SuV ist versiegelt. Dabei wird die versiegelte Fläche mittels eines Schätzverfahrens, das den Versiegelungsanteil der unterschiedlichen Nutzungsarten und die Besiedelungsdichte berücksichtigt, ermittelt.

BESCHREIBUNG

Der Indikator „Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche“ verdeutlicht bei hoher räumlicher Auflösung die regionalen Schwerpunkte des Siedlungsgeschehens und zeigt damit eines der Problemfelder der Flächeninanspruchnahme auf.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Im Jahr 2012 betrug der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche 14,3 % der Landesfläche Baden-Württembergs. Davon entfielen 7,8 % auf Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauland, 5,5 % auf Verkehrsfläche und 1 % auf Erholungsfläche und Friedhof. Damit liegt der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche etwas über dem Bundesschnitt von 13,5 %.



Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Stickstoffdioxidbelastung im städtischen Hintergrund



DEFINITION

Dargestellt wird die Stickstoffdioxidbelastung im städtischen Hintergrund als langfristige, mittlere Luftbelastung in städtischen Gebieten unabhängig von einzelnen lokalen Spitzenwerten. Die Berechnung erfolgt auf der Grundlage von Daten aus den Messstationen des städtischen Hintergrunds als arithmetischer Mittelwert der Jahresmittelwerte in µg/m³.

BESCHREIBUNG

Die Stickstoffbelastung im städtischen Hintergrund ist aufgrund der Wirkung und des allgemeinen Vorkommens von NO₂ von besonderer Bedeutung zur Beurteilung der Immissionsbelastung in Städten.

Erhöhte NO₂-Konzentrationen können beim Menschen zu Reizungen der Atemwege führen. NO₂ ist zudem eine wichtige Vorläufersubstanz für die sommerliche Ozonbildung in den bodennahen Luftschichten.

In Baden-Württemberg verursacht der Verkehr – und hier vor allem der Straßenverkehr – über 50 % der Stickstoffoxidemissionen. Weitere wichtige Quellen von Stickstoffoxiden sind große Kraft- und Heizwerke, die Zementindustrie und die Mineralölverarbeitung. In der kalten Jahreszeit spielen aber auch Emissionen aus privaten Hausheizungen eine Rolle.

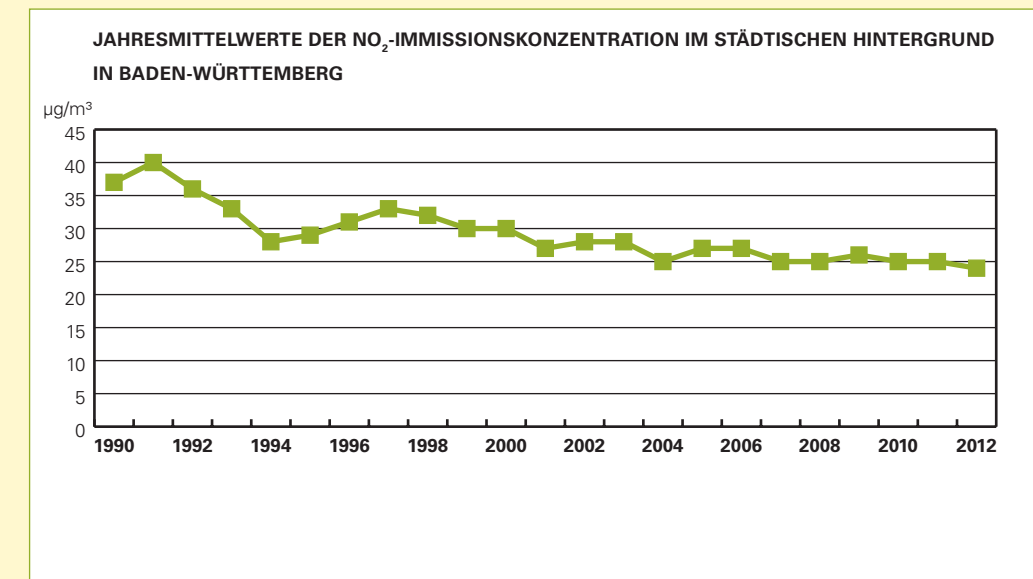
TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Seit Anfang der 1990er Jahre ist ein leicht abnehmender Trend bei der Stickstoffdioxidbelastung im städtischen Hintergrund (18 Messstationen) erkennbar. Im Jahr 2012

lag der Jahresmittelwert bei 24 µg/m³, 2003 wurden im Mittel noch 28 µg/m³ gemessen. Damit setzte sich die rückläufige Trendentwicklung weiter fort.

Zur Überprüfung der Einhaltung der Grenzwerte und zur Beurteilung der Luftqualität an Belastungsschwerpunkten ist der Indikator aber nicht aussagekräftig, weil die höchsten

NO₂-Konzentrationen nicht im städtischen Hintergrund, sondern vor allem an Straßen mit hohem Verkehrsaufkommen und geschlossener Randbebauung auftreten. Hier wird der Grenzwert von 40 µg/m³ im Jahresmittel immer noch deutlich überschritten. Es ist deshalb erforderlich, insbesondere dort die Belastung weiter zu reduzieren.



Daten: Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg

7

Treibhausgasemissionen



BESCHREIBUNG

Die anthropogen, durch Aktivitäten von Menschen verursachten Treibhausgasemissionen sind maßgeblich verantwortlich für die überdurchschnittlich rasche Erwärmung der Erdatmosphäre (Treibhauseffekt). Die damit einhergehende globale Klimaänderung hat nachhaltige Auswirkungen auf die Ökosysteme sowie damit verbunden erhebliche wirtschaftliche und soziale Folgen. Vor diesem Hintergrund wird auf nationaler und internationaler Ebene das Ziel diskutiert, die globale Erwärmung langfristig auf insgesamt 2°C, verglichen mit vorindustriellen Werten, zu begrenzen. Um dies zu erreichen, müssen die jährlichen Treibhausgasemissionen weltweit deutlich gesenkt werden.

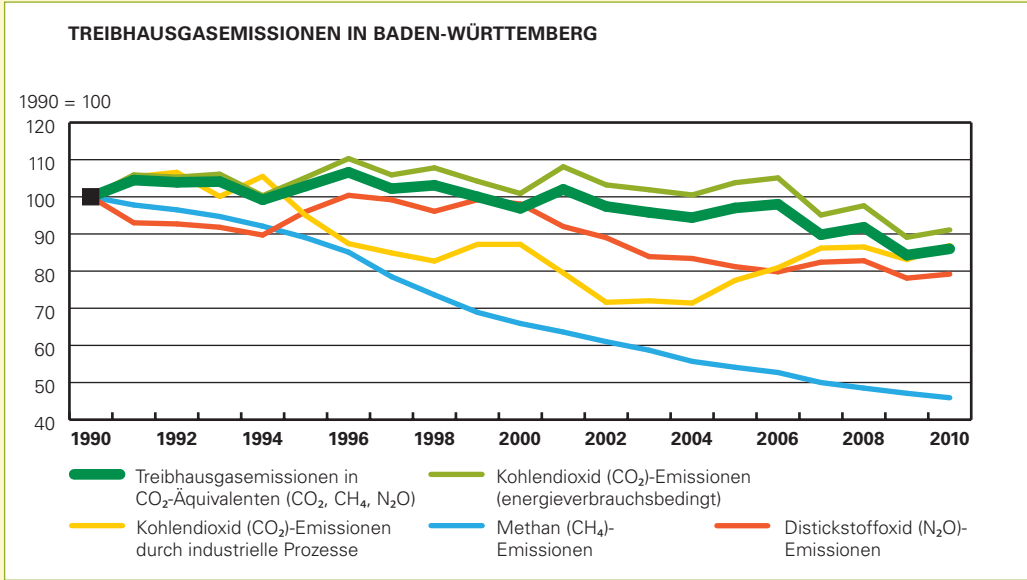
TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die als Index angegebenen Treibhausgasemissionen zeigen seit 2001 einen deutlichen Rückgang in Baden-Württemberg und liegen mit einem Indexwert von 84 rund 16 % unter dem Wert von 2001. Allerdings sind konjunkturelle und witterungsbedingte Schwankungen zu erkennen, denn bei kräftigem Wirtschaftswachstum steigen vor allem die energieverbrauchsbedingten CO₂-Emissionen. Werden die Emissionen

der einzelnen Gase separat betrachtet, zeigt sich, dass insbesondere die Methan-Emissionen deutlich zurückgegangen sind. Wesentlich für den Rückgang insgesamt seit 1990 ist einmal die geringere CO₂-Intensität des Energieverbrauchs, zunächst durch den Umstieg von Erdöl und Steinkohle auf Erdgas. Dies wird in den letzten Jahren verstärkt durch den Einsatz erneuerbarer Energieträger. Bedeutend ist auch die Minderung von Methan-Emissionen aus Deponien, nachdem dort mittlerweile keine unbehandelten

Siedlungsabfälle mehr abgelagert werden. Hinzu kommt die deutliche Abnahme der Tierzahlen in Baden-Württemberg, die ebenfalls zu einer Verminderung der Methanfreisetzung führt. Um das Reduktionsziel der Treibhausgasemissionen für Baden-Württemberg von 25 % bis 2020 (Referenzjahr: 1990) einzuhalten, hat die Landesregierung das „Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Baden-Württemberg“ sowie das integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) auf den Weg gebracht.

DEFINITION
Der Indikator Treibhausgasemissionen erfasst die Emissionen von drei der sechs so genannten Kyoto-Gase: Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄) und Distickstoffoxid (N₂O) in Tonnen CO₂-Äquivalenten. Die Darstellung des Indikators erfolgt als Index (1990=100). Um die Mengen der unterschiedlichen Gase vergleichbar zu machen, wird die Klimawirksamkeit der einzelnen Gase mit ihrem spezifischen Treibhauspotenzial auf die Wirkung der entsprechenden Menge an CO₂ umgerechnet. Methan wird dabei mit dem Faktor 21 multipliziert, N₂O mit dem Faktor 310. Die hier nicht berücksichtigten Kyoto-Gase machen deutschlandweit nur ca. 1,5 % der gesamten Treibhausgase aus und werden daher nicht dargestellt.



Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



DEFINITION

Dargestellt wird der Anteil der deutlich geschädigten Bäume der Stufe 2 (mittelstark geschädigt) und höher in Prozent (%). Die Erfassung der Waldschäden basiert auf einer Beurteilung der Baumkronen, da der Kronenzustand als Weiser für den Vitalitätszustand der Wälder dient. Als wichtigste Kriterien werden hierbei der Nadel-/Blattverlust und die Vergilbung der Blattorgane vom Boden aus eingeschätzt (Terrestrische Waldschadensaufnahme). Die Bewertung des Waldzustandes erfolgt in fünf Kombinationsschadstufen:

0 = ungeschädigt, 1 = schwach geschädigt,
2 = mittelstark geschädigt, 3 = stark geschädigt,
4 = abgestorben.

BESCHREIBUNG

Für die neuartigen Waldschäden können verschiedene Ursachen ausgemacht werden. Unbestritten gilt, dass der Schadstoffeintrag aus der Luft sowie Depositionen im Niederschlag eine besonders wichtige Rolle spielen. Schadstoffeinträge in Wälder beeinflussen neben den oberirdischen Pflanzenteilen auch die Wurzeln der Bäume und führen zu Veränderungen im Wirkungsgefüge der Böden (Versauerung). Der Klimawandel und hierdurch bedingte Wetterextreme (z. B. der Rekordsommer 2003 mit extrem trocken-warmer Witterung) üben zunehmend zusätzlichen Stress auf die Wälder aus.

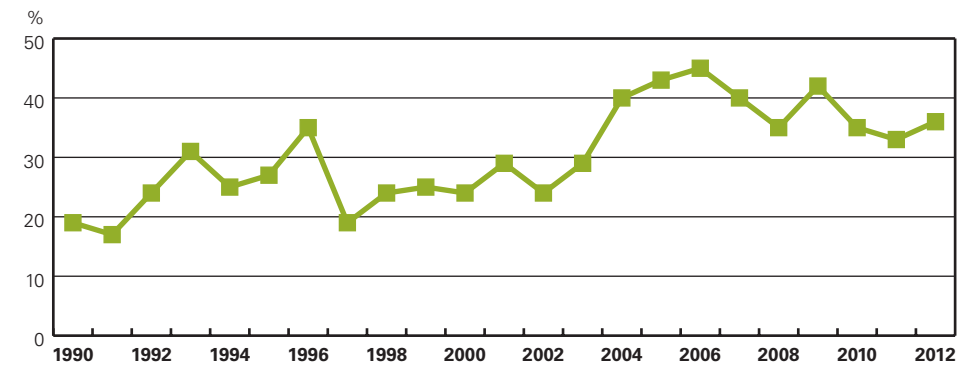
TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

2012 hat sich der Waldzustand in Baden-Württemberg gegenüber dem Vorjahr von 33 % auf 36 % deutlich geschädigter Bäume etwas verschlechtert. Belastungen der Wälder entstanden durch fehlende Niederschläge zu Beginn der Vegetationszeit, erhöhte Spätfrostschäden in Jungbeständen und verstärktem Schädlingsbefall.

In der Trendentwicklung seit 2003 ist bis 2012 ein leichter Anstieg des Anteils deutlich geschädigter Bäume zu verzeichnen. So nahm nach dem „Jahrhundertsommer“ im Jahr 2003 der Anteil über mehrere Jahre hinweg auf 45 % zu. Erst 2007 war eine Erholung des Kronenzustands der Bäume in Baden-Würt-

temberg zu beobachten. Der zwischenzeitliche Anstieg im Jahr 2009 hängt im Wesentlichen mit der physiologischen Belastung der Bäume durch eine starke Blüh- und Fruchtintensität zusammen.

**ANTEIL DER DEUTLICH GESCHÄDIGTEN BÄUME DER STUFE 2 UND GRÖßER
(KOMBINATIONSSCHADSTUFE 2-4) AN ALLEN BÄUMEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG**



Daten: Ministerium für ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg/Länderinitiative Kernindikatoren

9

Naturschutzflächen



DEFINITION

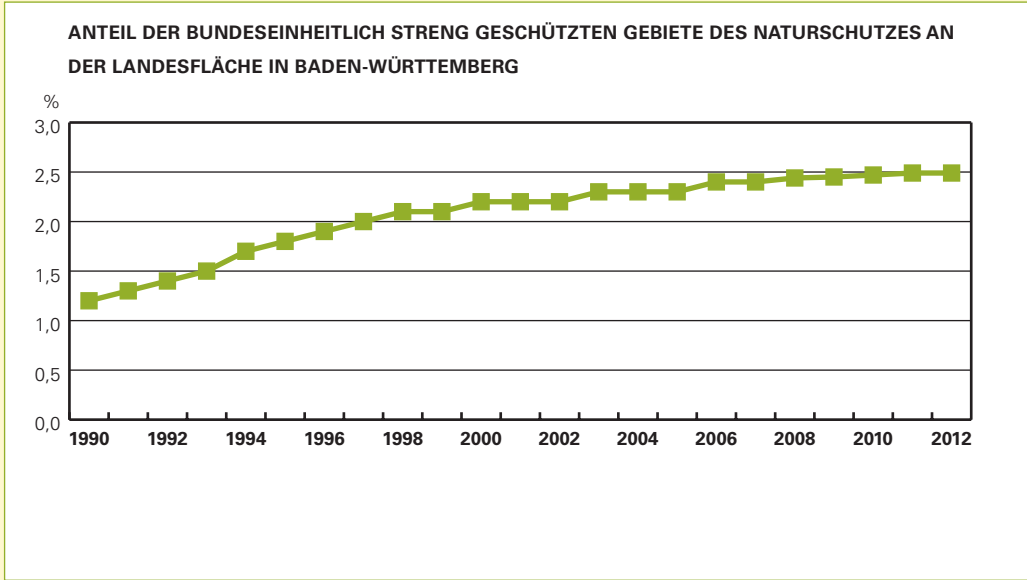
Dargestellt ist der Anteil der bundeseinheitlich nach Naturschutzrecht streng geschützten Gebiete an der Landesfläche in Prozent (%). Einbezogen werden Naturschutzgebietsflächen gemäß § 23 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), Nationalparke gemäß § 24 BNatSchG und Biosphärenreservate bzw.-gebiete gemäß § 25 BNatSchG bzw. § 28 NatSchG (nur Kern- und Pflegezonen). Wenn sich verschiedene Schutzkategorien überschneiden, wird der mehrfach geschützte Flächenanteil nur einmal mitgezählt. Die Landesfläche wird nach dem amtlichen Liegenschaftsbuch angegeben.

BESCHREIBUNG

Um die biologische Vielfalt nachhaltig zu sichern, sind ausreichend große Flächen erforderlich, auf denen sich die Natur ohne belastende Eingriffe des Menschen entfalten kann – streng geschützte Gebiete mit „Vorrang für Natur“. Die Ausweisung von Schutzgebieten gehört deshalb zu den wichtigsten Instrumenten des Naturschutzes. Ihr Flächenanteil sagt etwas aus über die Aktivitäten der Länder zur Erhaltung, Wiederherstellung und Entwicklung von Existenzmöglichkeiten für empfindliche Arten und Biotope.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Der Anteil der Naturschutzflächen an der Landesfläche hat sich seit 1990 stetig erhöht und beträgt im Jahr 2012 etwa 2,5 % der Landesfläche.



Daten: Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg/Länderinitiative Kernindikatoren

**DEFINITION**

Angegeben wird der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen Baden-Württembergs an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in Prozent (%).

Grundlage hierfür ist die EG-Öko-VO 834/2007 („Verordnung Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen“).

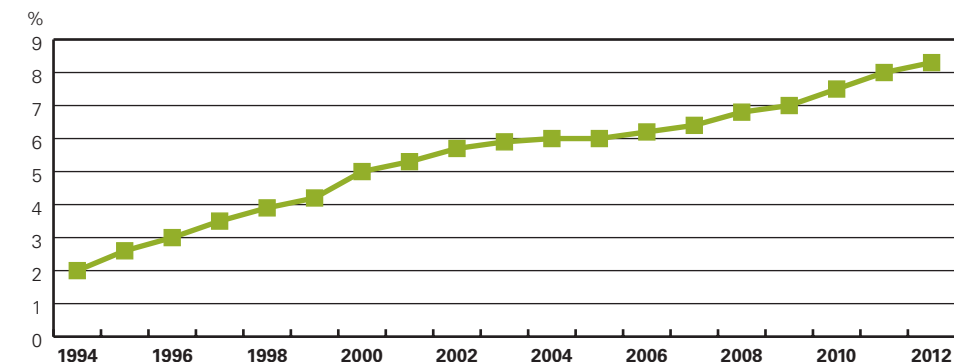
BESCHREIBUNG

Im ökologischen Landbau kommt dem Boden besondere Bedeutung zu. Die Steigerung der natürlichen Bodenfruchtbarkeit durch Kulturmaßnahmen, die die Gesetzmäßigkeiten der Bodenregeneration und die langen Zeiten der Bodenbildung beachten, ist Grundlage einer dauerhaften Ertragsfähigkeit und damit nachhaltiger Wirtschaftsweise. Der konsequente Verzicht auf den Einsatz naturfremder chemisch synthetischer Hilfsmittel schont die Gewässer und trägt zur Vielfalt der Arten und Lebensgemeinschaften bei. Die EG-Öko-Verordnung beinhaltet die Grundregeln des ökologischen Landbaus. Damit gibt sie für den ökologischen Landbau in der Europäischen Union einen einheitlichen Standard für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel sowohl pflanzlicher als auch tierischer Herkunft vor.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Der Anteil ökologisch bewirtschafteter Flächen lag 2012 bei insgesamt 8,3 % und stieg damit im siebten Jahr in Folge. Seit Beginn der Messung im Jahre 1994 nimmt der Anteil der ökologisch bewirtschafteten landwirtschaftlichen Fläche in Baden-Württemberg stetig zu und hat sich in dieser Zeit von 2 % auf 8,3 % mehr als vervierfacht.

ANTEIL DER ÖKOLOGISCH BEWIRTSCHAFTETEN FLÄCHE AN DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN NUTZFLÄCHE IN BADEN-WÜRTTEMBERG



Daten: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz/Länderinitiative Kernindikatoren

**DEFINITION**

Dargestellt wird der Anteil der Messstellen mit einem Nitratgehalt über 50 Milligramm pro Liter (mg/l) sowie der Anteil der Messstellen mit einem Nitratgehalt über 25 mg/l.

Zur Berechnung in Baden-Württemberg herangezogen werden 80 (mit wenigen Ausnahmen) seit 1993 durchgehend beprobte Messstellen in ganz Baden-Württemberg. Die Messstellen mit Nitratgehalten über 50 mg/l sind eine Teilmenge der Messstellen mit Nitratwerten größer 25 mg/l.

BESCHREIBUNG

In Baden-Württemberg werden etwa 73 % des Trinkwassers aus Grund- und Quellwasser gewonnen. Stickstoff aus der landwirtschaftlichen Düngung kann im Grundwasser erhöhte gesundheitsschädliche Nitratgehalte verursachen. Außerdem verändern sich die Lebensraumfunktionen der Gewässer durch Nährstoffeinträge. Andauernde hohe Einträge führen zur Eutrophierung.

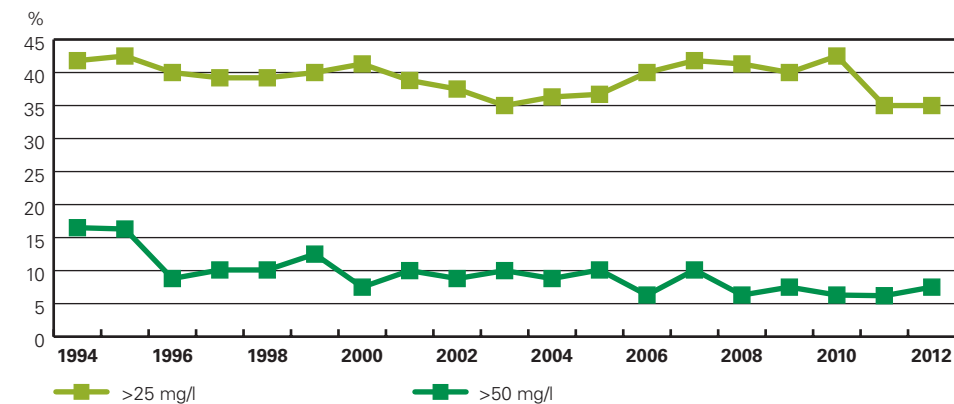
Mit der Nitratbelastung als Indikator lassen sich die Auswirkungen von Schutzmaßnahmen zur Verminderung des Eintrages diffuser Stoffe aus der Landwirtschaft auf die Grundwasserbeschaffenheit dokumentieren. Insbesondere die Resultate durch Veränderungen in landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsformen werden langfristig durch die Entwicklung der Nitratgehalte belegt.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Nach der europäischen Wasserrahmenrichtlinie gilt der Zustand des Gewässers als gut, wenn die Nutzbarkeit des Grundwassers erhalten ist und u.a. die Nitratkonzentration 50 mg/l nicht überschreitet. In Baden-Württemberg zeigt der Anteil der Messstellen, an denen ein Nitratgehalt über 50 mg/l gemessen wurde, seit 2003 insgesamt einen rückläufigen Trend, der jedoch Schwankungen unterliegt. Waren 2012 an 7,5 % der Messstellen der

gute Zustand nach europäischer Wasserrahmenrichtlinie noch nicht erreicht, lag in den Jahren 2006, 2008, 2010 und 2011 der Wert bereits bei 6,2 % bzw. 6,3 %. Der Anteil der Messstellen mit einem Nitratgehalt über 25 mg/l ist im Vergleich zu 2003 mit 35 % konstant geblieben. Allerdings ist nach einem Anstieg bis 2010 seitdem ein Rückgang zu verzeichnen.

ANTEIL DER MESSSTELLEN MIT NITRATGEHALTEN ÜBER 25 MG/L UND 50 MG/L AN REPRÄSENTATIVEN MESSSTELLEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG



Daten: Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg/Länderinitiative Kernindikatoren

12

Erneuerbare Energien



DEFINITION

Dargestellt wird der Anteil regenerativer Energie am Primärenergieverbrauch in Prozent (%).

Zu den erneuerbaren Energien zählen u.a. Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie, Geothermie, Biomasse und der biologisch abbaubare Anteil von Haushaltsabfällen.

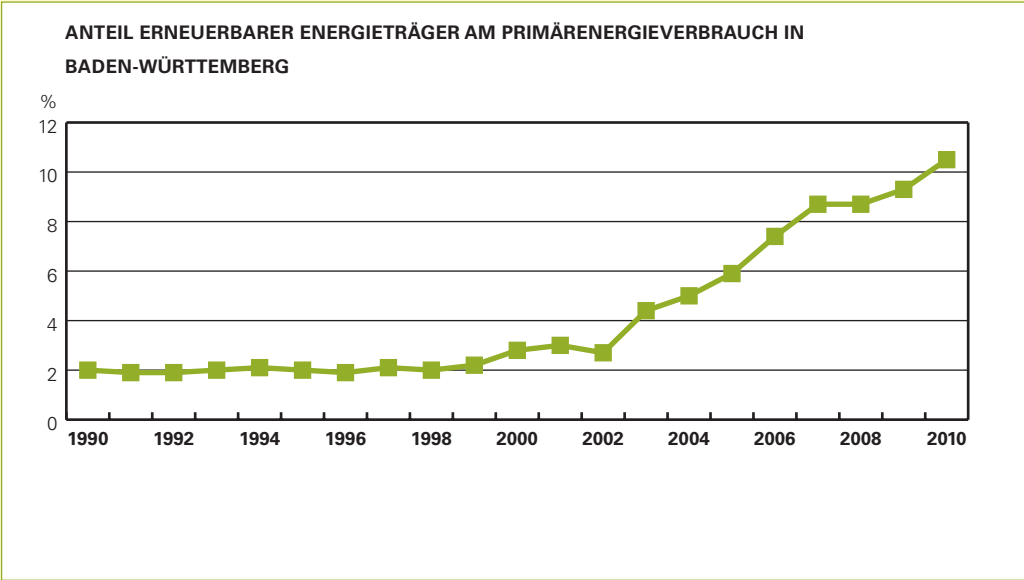
BESCHREIBUNG

Durch die Umstellung auf regenerative Energieträger können der Ausstoß von Treibhausgasen reduziert und der Verbrauch von fossilen Energieträgern gesenkt werden. Damit verdeutlicht der Anteil erneuerbarer Energie am Primärenergieverbrauch den Beitrag zum Klimaschutz und zur Ressourceneinsparung auf dem Gebiet der Energieerzeugung. Gleichzeitig reduziert der Umstieg auf Energiequellen, die sich selbst regenerieren, gegenüber fossilen Energieträgern die Abhängigkeit von Energieimporten.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die Bedeutung erneuerbarer Energieträger für die Energieversorgung in Baden-Württemberg ist in den letzten zehn Jahren deutlich gewachsen. Im Jahr 2010 lag der Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch in Baden-Württemberg bei 10,5 %. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatte die Ener-

giegewinnung aus Biomasse, deren Anteil am Primärenergieverbrauch seit 1990 von knapp 1 % auf 8 % stieg. Windkraft und Solarenergie hatten 2010 dagegen in Baden-Württemberg nur einen sehr geringen Anteil von zusammen rund 1 %.



Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Endenergieverbrauch privater Haushalte



DEFINITION

Dargestellt wird der Endenergieverbrauch des Sektors private Haushalte in Gigajoule pro Einwohner und Jahr (GJ/EW). Der Endenergieverbrauch privater Haushalte und Kleinverbraucher ist Bestandteil der Energiebilanz. Die Berechnung des Endenergieverbrauchs der privaten Haushalte erfolgt anschließend durch den Arbeitskreis Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder mit Hilfe eines von ihm entwickelten Rechenverfahrens. Angaben über den Energieverbrauch privater Haushalte und Kleinverbraucher stehen nur aufgrund abgeleiteter statistischer Ermittlungen zur Verfügung. In der Energiebilanz werden daher die Lieferungen an diese Verbrauchergruppe dem Endenergieverbrauch gleichgesetzt.

BESCHREIBUNG

Der Endenergieverbrauch gibt Auskunft über die Verwendung von Energieträgern wie Fernwärme, Strom oder Mineralölprodukte, die unmittelbar der Erzeugung von Nutzenergie wie Wärme, Licht oder mechanische Arbeit dienen.

Der Endenergieverbrauch der privaten Haushalte hat einen wesentlichen Anteil am gesamten Endenergieverbrauch. Die privaten Haushalte haben damit erheblichen Anteil an den energiebedingten CO₂-Emissionen und bergen auch ein beträchtliches CO₂-Senkungspotenzial durch Maßnahmen zur Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energieträger.

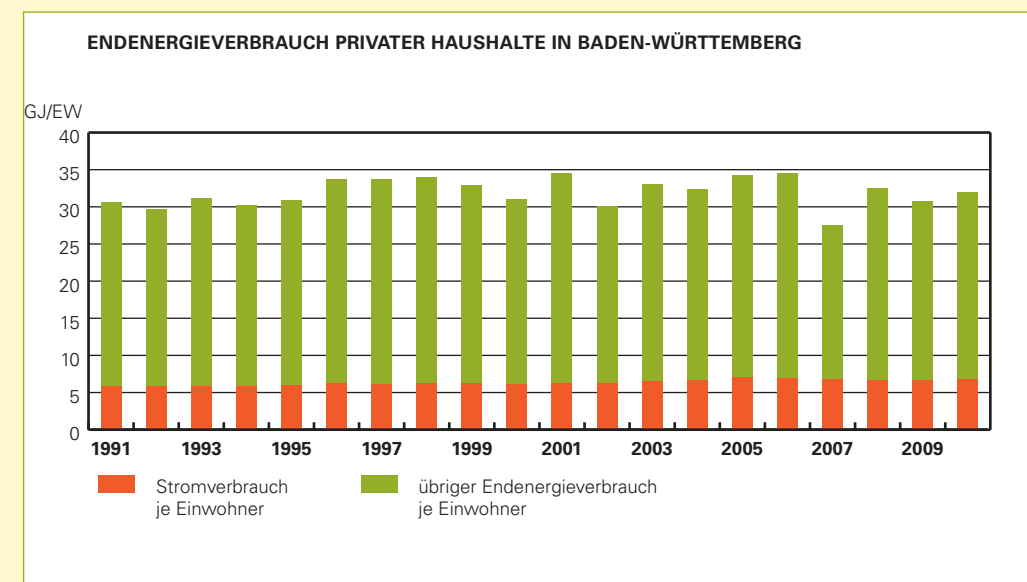
TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Der Stromverbrauch privater Haushalte lag 2010 bei 6,8 Gigajoule je Einwohner (GJ/EW), der übrige Endenergieverbrauch je Einwohner umfasste 25,1 GJ/EW. Während der übrige Endenergieverbrauch je Einwohner im Vergleich zu 2001 reduziert werden konnte, stieg der Stromverbrauch der Haushalte leicht an. Insgesamt zeigt der Endenergieverbrauch der

privaten Haushalte in der Trendentwicklung jedoch starke witterungs- und konjunkturbedingte Schwankungen.

Beim Endenergieverbrauch privater Haushalte pro Einwohner ist zu berücksichtigen, dass sich der Heizenergiebedarf nach der bewohnten Fläche richtet. Die bewohnte Fläche pro Einwohner steigt deutlich an (von

36,3 m²/EW im Jahr 1990 auf 43,1 m²/EW im Jahr 2011). Dadurch werden die Auswirkungen von Wärmedämmmaßnahmen durch die Zunahme der Wohnfläche pro Einwohner überlagert. Real sinkt der Wärmeenergiebedarf pro m² Wohnfläche, pro Einwohner sieht man hingegen keine deutliche Tendenz nach unten.



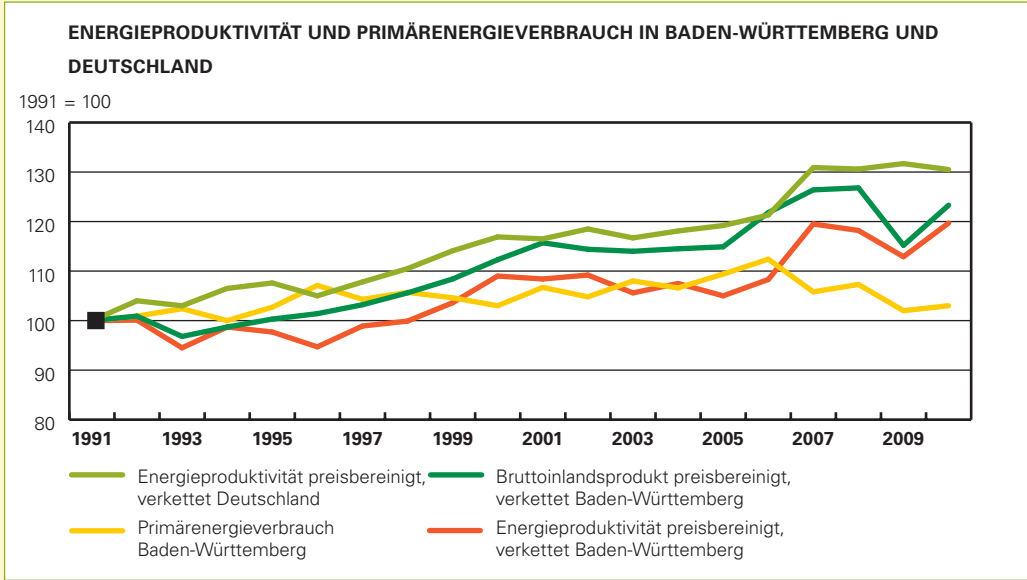
Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



DEFINITION
Die Energieproduktivität ergibt sich aus der wirtschaftlichen Leistung, dargestellt durch das Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet), bezogen auf den Primärenergieverbrauch. Sie wird als Index (1991 = 100) dargestellt.

BESCHREIBUNG
Die Energieproduktivität stellt ein Maß für die Effizienz der Energieverwendung dar. Sie zeigt, wie viel Euro wirtschaftlicher Leistung pro Einheit Primärenergie erzeugt wird und gilt damit als Maßstab für die Effizienz einer Volkswirtschaft im Umgang mit den Ener-gieressourcen: Je mehr volkswirtschaftliche Leistung (BIP) aus einer Einheit eingesetzter Primärenergie erwirtschaftet wird, umso effizi- enter geht die Volkswirtschaft mit Energie um.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG
Die als Index angegebene Entwicklung der Energieproduktivität zeigte im Jahr 2010 einen deutlichen Anstieg um fast 8 Indexpunkte im Vergleich zu 2009 auf einen Indexwert von 120,6. Nach einem starken Rückgang in den zwei wirtschaftlich schwachen Jahren 2008 und 2009 konnte 2010 das Niveau von 2007 damit wieder überschritten werden. Der Indexwert der Energieproduktivität in Deutschland lag im Jahre 2010 bei 130,5 und damit über dem Wert in Baden-Württemberg.



Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



Subjektive Indikatoren: Umweltschutz und Klimawandel

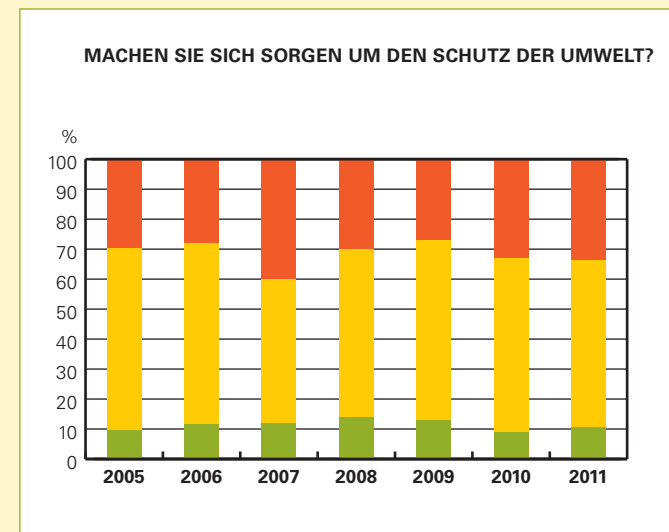
Neben den Statusindikatoren werden dem Bereich der ökologischen Tragfähigkeit zwei subjektive Indikatoren auf Grundlage der Befragungen im Rahmen des Sozio-Oekonomischen Panels zugeordnet: die Sorge um den Schutz der Umwelt sowie die Sorge um die Folgen des Klimawandels.

Im Jahre 2011 machten sich insgesamt 34 % der Baden-Württemberger „große Sorgen“ sowie 56 % „einige Sorgen“ um den Schutz der Umwelt, wohingegen nur 11 % der Bürgerinnen und Bürger angaben, sich „keine Sorgen“ zu machen. Während der Anteil derjenigen, die sich keine Sorgen um den Schutz der Umwelt machen, von 10 % im Jahr 2005 auf 14 % im Jahr 2008 anstieg, lag der Wert 2011 wieder bei 11 %. Der Anteil der Baden-Württemberger, die sich große Sorgen um den Schutz der Umwelt machen, unterliegt erheblichen Schwankungen. So stieg der Anteil von 30 % im Jahr 2005 nur zwei Jahre später auf 40 %, um dann auf 27 % im Jahr 2009 zu sinken. 2011 liegt der Anteil bei 34 %. Auch beim Anteil derer, die sich „einige Sorgen“ machen, sind starke Schwankungen

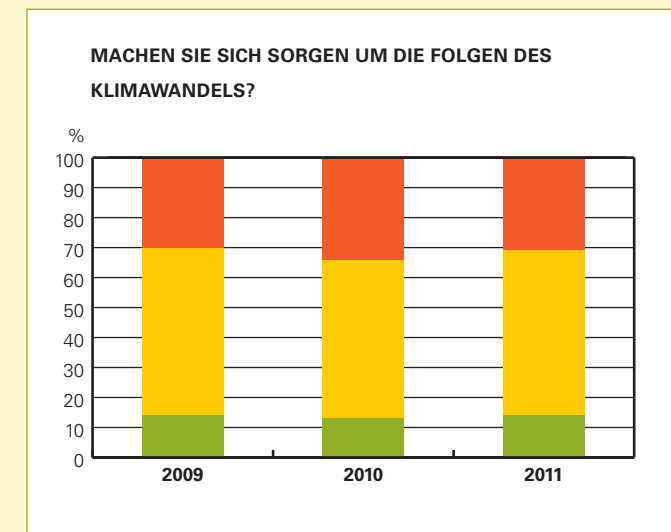
zu verzeichnen. Insgesamt ist der Anteil der Menschen, die sich große bzw. einige Sorgen um den Schutz der Umwelt machen, hoch und liegt zwischen 86 und 91 %.

Für die Frage nach der Sorge um die Folgen des Klimawandels steht ein begrenzter Zeitraum zur Verfügung. Auch hier lässt sich feststellen, dass sich ein großer Teil der Menschen in Baden-Württemberg große bzw. einige Sorgen macht, insgesamt 86 bzw. 87 %. Der Anteil derjenigen, die sich keine Sorgen hierüber machen, liegt bei 13 bzw. 14 %.

Für beide subjektiven Indikatoren ist derzeit eine Trendentwicklung noch nicht erkennbar.



keine Sorgen einige Sorgen große Sorgen



Daten: Regionalspezifische Auswertung des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP)



Teilhabe und Gutes Leben

- 15 BRUTTOINLANDSPRODUKT
- 16 BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN
- 17 EIGENKAPITALQUOTE
- 18 PRIVATINSOLVENZEN
- 19 ARMUTSGEFÄHRDUNGSQUOTE
- 20 EINKOMMENSREICHTUMSQUOTE
- 21 ERWERBSTÄTIGENQUOTE
- 22 ARBEITSLOSIGKEIT
- 23 ATYPISCHE BESCHÄFTIGUNG
- 24 VERDIENSTABSTAND ZWISCHEN MÄNNERN UND FRAUEN
- 25 FRAUEN IM GEMEINDERAT
- 26 KINDERTAGESBETREUUNG
- 27 ENGAGEMENTQUOTE
- 28 STRAFTATEN
- 29 ÜBERGEWICHT
- 30 VORZEITIGE STERBLICHKEIT
- 31 VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR
- 32 LÄRMBELASTUNG

15

Bruttoinlandsprodukt



DEFINITION

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen.

BESCHREIBUNG

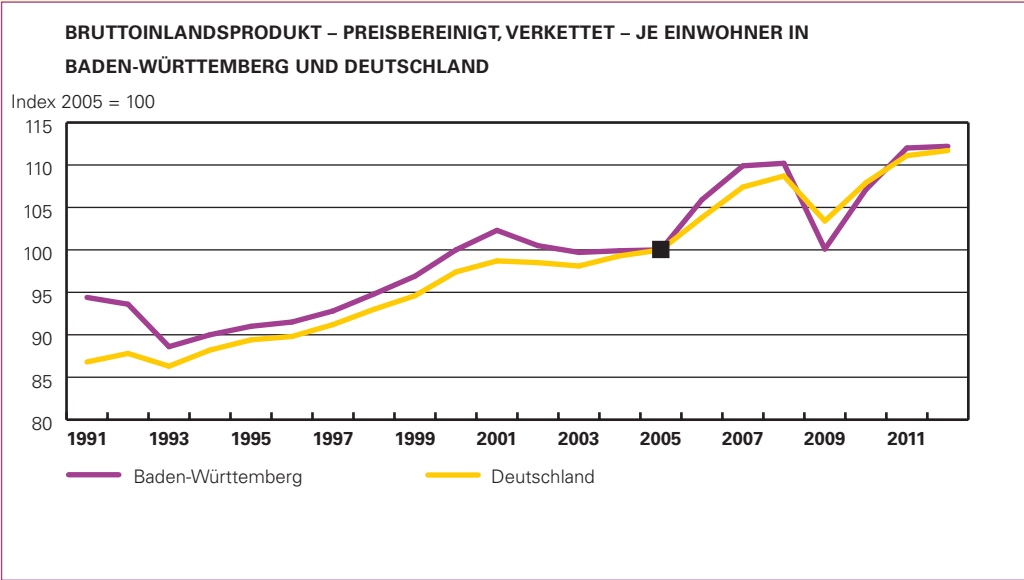
Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner dient zur Messung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Indem das BIP auf die Einwohner bezogen wird, können unterschiedlich große Volkswirtschaften hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft verglichen werden.

Wirtschaftswachstum kann Strukturwandel ermöglichen, Arbeitsplätze sichern und neue schaffen. Es kann die Sozialsysteme vor dem Hintergrund der alternden Gesellschaft und der anzustrebenden Generationengerechtigkeit stabilisieren. Andererseits kann Wirtschaftswachstum auch zunehmenden Energie-, Rohstoff- und Flächenverbrauch bedeuten. Ziel ist deshalb eine weitere Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Das preisbereinigte, verkettete BIP je Einwohner in Baden-Württemberg konnte im Jahre 2012 eine geringe Steigerung von 0,2 % im Vergleich zum Vorjahr verbuchen. Nachdem es im Jahr 2009 in Folge der

weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise kräftig um 9,1 % zurück ging, stieg es 2010 um 7,0 % und 2011 um 4,6 %. Seit 2011 findet im Land wieder ein stärkerer Anstieg statt als im Bund.



Daten: AK VGR der Länder/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



DEFINITION

Die Bruttoanlageinvestitionen setzen sich aus dem Erwerb neuer Anlagen und dem Saldo aus Käufen und Verkäufen von gebrauchten Anlagen zusammen. Die neuen Anlagen gliedern sich in Ausrüstungen (Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen), sonstige Anlagen (Investitionen in immaterielle Anlagegüter (z. B. Computerprogramme und Urheberrechte), Nutztiere und Nutzpflanzungen) und Bauten.

BESCHREIBUNG

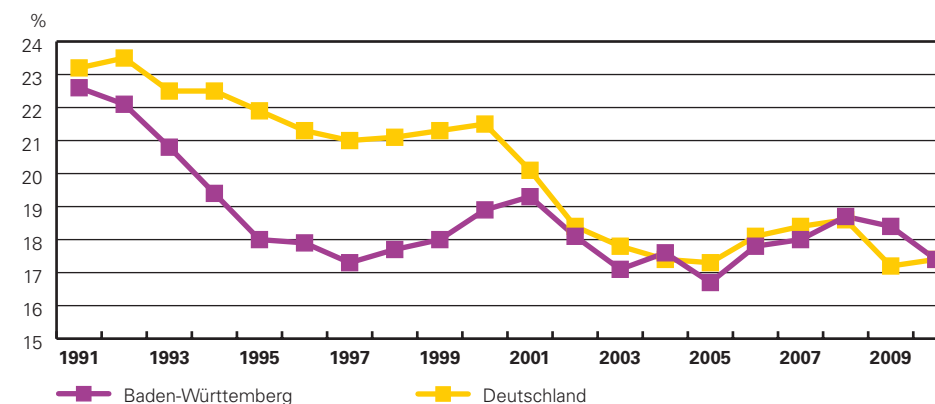
Der Indikator Investitionsquote ist definiert als das Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen (in jeweiligen Preisen) zum Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) in Prozent. Investitionen sind zur Sicherung der künftigen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft unabdingbar: Sie sorgen für den Erhalt, die Modernisierung und den Ausbau von Produktionskapazitäten und ermöglichen so Wirtschaftswachstum und Folgeinvestitionen. Die Umweltwirkungen von Investitionen reichen von Steigerungen der Rohstoff- und Energieproduktivität, z. B. durch neue Produktionstechniken, bis zu zusätzlichem Flächenverbrauch durch Baumaßnahmen.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die Investitionsquote Baden-Württembergs bewegt sich seit 1995 zwischen 17 und 19 %. Zu Beginn der 1990er Jahre lag sie noch bei 22,6 %. Der stetige Rückgang der Investitionen dürfte hauptsächlich auf die rückläufigen Bauinvestitionen zurückzuführen sein, die sich nach dem Bauboom Ende der 1980er Jahre und Anfang der 1990er Jahre wieder zu

normalisieren begannen. Dass die Investitionen im Krisenjahr 2009 nicht stärker zurückgingen, ist den Konjunkturprogrammen zur Förderung der Binnenwirtschaft zu verdanken. Mit dem Auslaufen der Konjunkturprogramme war wieder ein Zurückgehen der Investitionsquote festzustellen. Im Jahr 2010 beträgt sie im Land 17,4 % und ist genauso hoch wie im Bundesdurchschnitt.

INVESTITIONSQUOTE (ANTEIL BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN AM BRUTTOINLANDSPRODUKT IN JEWEILIGEN PREISEN) IN BADEN-WÜRTTEMBERG UND DEUTSCHLAND



Daten: AK VGR der Länder/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

12,12 €	\$164,95	123,10 €	3,47%	-2,18%
12,12 €	\$19,07	14,23 €	0,12%	-2,03%
4,25 €	\$130,17	97,14 €	0,98%	5,12%
78,38 €	\$105,31	78,59 €	3,25%	0,37%
14,21 €	\$83,64	62,42 €	-2,78%	1,35%

DEFINITION

Mit dem Indikator wird das durchschnittliche bilanzielle Eigenkapital in Prozent der Bilanzsumme von nichtfinanziellen Unternehmen abgebildet. Hierbei handelt es sich um Unternehmen deren Hauptfunktion in der Produktion von marktbestimmten Waren und in der Erbringung von nichtfinanziellen Dienstleistungen besteht. Die Angaben stammen aus dem Jahresabschlussesdatenpool der Deutschen Bundesbank.

BESCHREIBUNG

Der Statusindikator Eigenkapitalquote bildet die Finanzstruktur der Unternehmen ab. Eine gesunde Finanzstruktur ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Wirtschaftsstruktur in Baden-Württemberg.

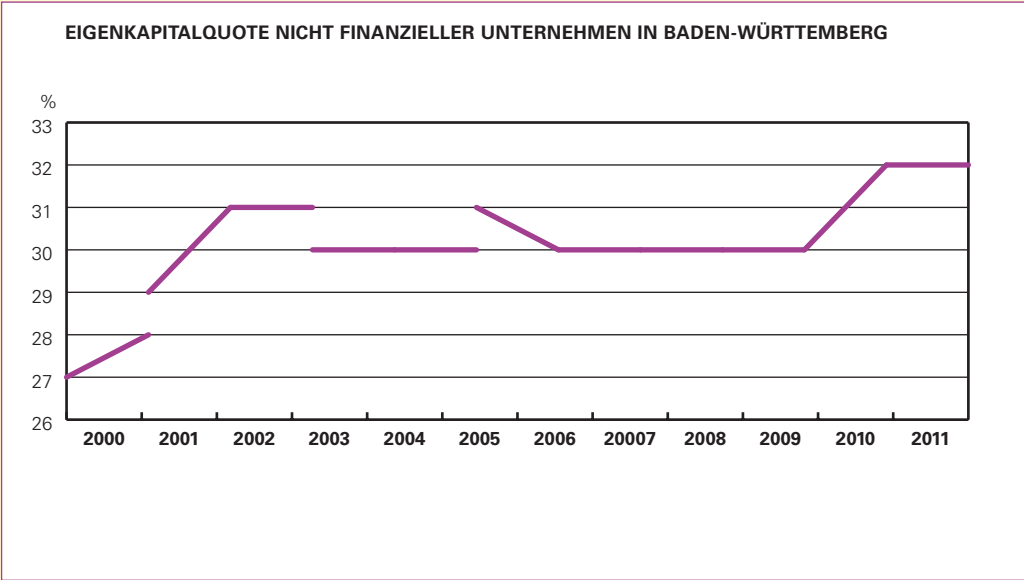
Besonders nachhaltig wirtschaftende Unternehmen haben in der Regel einen großen Anteil an Eigenkapital. Das Risiko einer Insolvenz ist damit vergleichsweise niedriger, weil Unternehmen mit einem hohen Eigenkapitalanteil einen geringeren Kapitaldienst benötigen, sollten sie ggf. Verluste erwirtschaften. Da Eigenkapitalgeber stark an Erhalt und Erfolg des Unternehmens interessiert sind, steht Unternehmen Eigenkapital letztlich unbegrenzt zur Verfügung, während Fremdkapitalgeber Zinsen und Geld zurückfordern können.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Da die Vorlage der Jahresabschlüsse an die Deutsche Bundesbank freiwillig ist und sich aus verschiedenen Elementen zusammensetzt, ist die Datengrundlage in jedem Jahr leicht anders. Es werden daher für die Jahre 2000

bis 2011 jeweils zwei Werte angegeben. Der erste Wert beschreibt jeweils den gewogenen Durchschnitt derjenigen Unternehmen, für die auch im Vorjahr Jahresabschlüsse vorlagen, der zweite Wert bezieht sich auf diejenigen Unternehmen, für die auch im folgenden Jahr Abschlüsse vorliegen (sog. vergleichbare Kreise). Tendenzen im Zeitverlauf sind aber durchaus erkennbar.

Die Eigenkapitalquote der nicht finanziellen Unternehmen in Baden-Württemberg lag im Jahr 2011 bei 32,2 % und damit um 5 Prozentpunkte höher als im Jahr 2002. Gleichzeitig haben Unternehmen mit höheren Umsätzen durchschnittlich eine höhere Eigenkapitalquote.



Daten: Deutsche Bundesbank





DEFINITION

Der Indikator erfasst alle entschiedenen Insolvenzen von Privatpersonen bezogen auf 10 000 Einwohner. Zu den Privatinsolvenzverfahren zählen Verbraucherinsolvenzen, Verfahren ehemals selbstständig Tätiger und ehemaliger Gesellschafter von Personengesellschaften sowie Nachlassinsolvenzen.

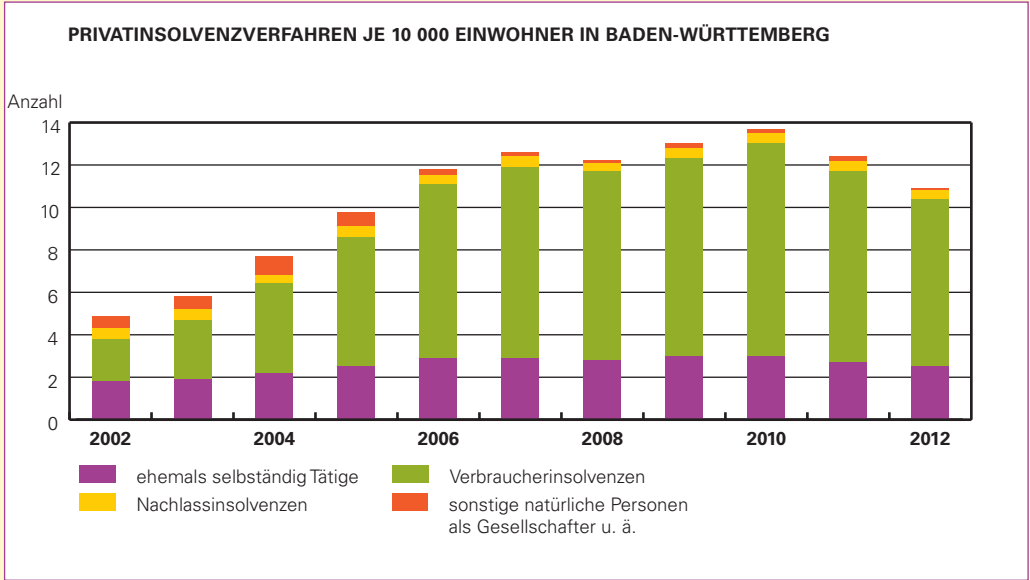
BESCHREIBUNG

Zu den häufigsten Ursachen für die Überschuldung von Privatpersonen gehören Arbeitslosigkeit, Verlust des Partners, Krankheit, unwirtschaftliche Haushaltsführung oder die gescheiterte Finanzierung des Eigenheims. Einmal in der Schuldenspirale gefangen, bleibt der überschuldeten Privatperson eine selbstbestimmte Lebensgestaltung oft verwehrt. Für Gläubiger können die finanziellen Ausfälle trotz der von ihnen erbrachten Leistung ebenfalls weitreichende Folgen haben. Ziel des Insolvenzverfahrens für Privatschuldner ist primär die bestmögliche Befriedigung der Gläubiger, aber auch die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Neubeginns über eine Restschuldbefreiung der Schuldner. Zu den Privatinsolvenzen zählen Verbraucherinsolvenzen und zu deutlich kleineren Anteilen Insolvenzverfahren ehemals selbstständig Tätiger und ehemaliger Gesellschafter von Personengesellschaften sowie Nachlassinsolvenzen. Der Indikator zeigt, wie häufig Privatpersonen in eine extreme finanzielle Notlage geraten und bildet damit einen Aspekt des materiellen Wohlstands der Gesellschaft ab.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die Häufigkeit einer Insolvenz privater Schuldner lag 2012 in Baden-Württemberg bei 10,9 Fällen je 10 000 Einwohner. Dies ist das niedrigste Niveau seit 2006. Die Entwicklung in den Jahren davor erklärt sich vor allem aus der Zunahme der Insolvenzverfahren nach

Einführung der Insolvenzverordnung 1999 und der ergänzenden Novellierung 2001. Mit der seit 2001 möglichen Stundung der Verfahrenskosten bis zur Restschuldbefreiung können auch völlig mittellose Schuldner ein Insolvenzverfahren durchlaufen.



Daten: Statistisches Bundesamt/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**DEFINITION**

Dieser Indikator wird entsprechend dem EU-Standard definiert als der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des mittleren Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung (in Privathaushalten) im jeweiligen Bundesland beträgt. Der Mittelwert ist hier als Median verstanden, d. h. die Hälfte der Einkommen liegt unter diesem Wert, die andere Hälfte darüber. Das Äquivalenzeinkommen ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied. Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der International Standard Classification of Education (ISCED) bestimmt: ISCED 0 bis 1 = niedrig, ISCED 3 bis 4 = mittel, ISCED 5 bis 6 = hoch.

BESCHREIBUNG

Der Indikator ist ein Gradmesser für Ungleichheiten in der Einkommensverteilung. Er ist definiert als der Anteil der Bevölkerung eines Bundeslandes, der gemessen am dortigen mittleren Einkommen armutsgefährdet ist. Als armutsgefährdet gilt, wer weniger als 60 % des mittleren Einkommens im jeweiligen Bundesland zur Verfügung hat.

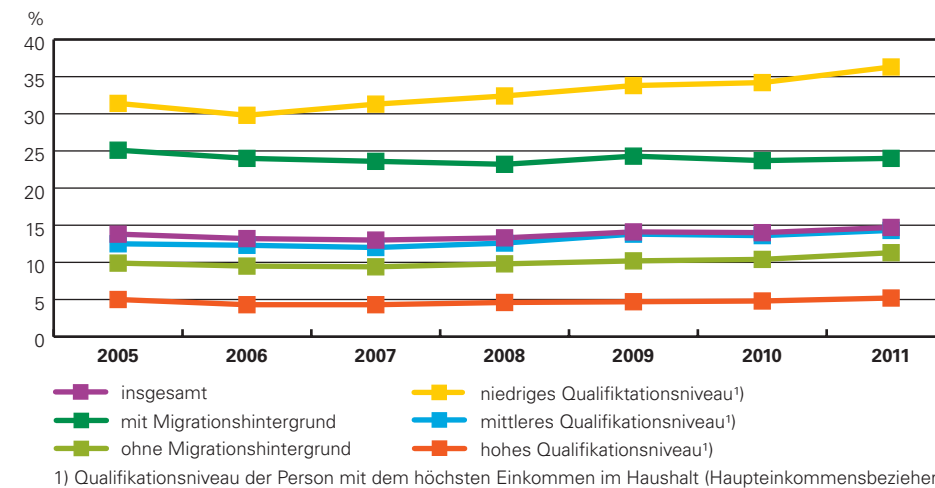
Relativ arm ist, wer im Vergleich zur übrigen Bevölkerung so geringe Mittel zur Verfügung hat, dass er am gesellschaftlichen Leben nur sehr begrenzt teilhaben kann. Für Kinder und Jugendliche kann das Aufwachsen unter solchen Bedingungen zu schlechten Schul- und Ausbildungsergebnissen führen. Dies wiederum erhöht das Risiko von künftiger Arbeitslosigkeit und Armut. Damit schränkt relative Armut nicht nur die persönliche Lebensqualität ein. Sie führt auch zu weniger aktiver Mitwirkung in der Gesellschaft, zu höheren Sozialausgaben und verringert auf Dauer das Angebot qualifizierter Arbeitskräfte.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

In Baden-Württemberg galten 2011 knapp 15 % der Bevölkerung als armutsgefährdet. Die Armutsgefährdungsquote im Land zeigt damit seit 2007 (13 %) eine leicht steigende Tendenz. Nicht alle Teile der Bevölkerung sind gleichermaßen von Armutsgefährdung betroffen. So liegt das Armutsrisiko in Haushalten, in denen der Haupteinkommensbezieher ein niedriges Qualifikationsniveau aufweist, bei etwa 36 %, wohingegen nur rund

5 % der hoch Qualifizierten im Jahre 2011 armutsgefährdet waren.

Die Armutsgefährdungsquote (gemessen am Landesmedian von Baden-Württemberg) der Bevölkerung mit Migrationshintergrund lag 2011 bei 24,0 %, die der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund bei 11,3 %. Seit 2005 lassen sich hier leichte Schwankungen verzeichnen, ohne dass ein eindeutiger Trend erkennbar ist.

ARMUTSGEFÄHRDUNGSQUOTE IN BADEN-WÜRTTEMBERG NACH LANDESMEDIAN

Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



DEFINITION

Die Einkommensreichumsquote ist definiert als Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Der Indikator „Einkommensreichumsquote“ wird gemessen am Landesmedian. Der Mittelwert ist hier als Median verstanden, d. h. die Hälfte der Einkommen liegt unter diesem Wert, die andere Hälfte darüber.

Grundlage der Berechnungen sind die jeweiligen regionalen Einkommensreichtumsschwellen. Dadurch wird den Unterschieden im Einkommensniveau zwischen den Bundesländern beziehungsweise Regionen Rechnung getragen.

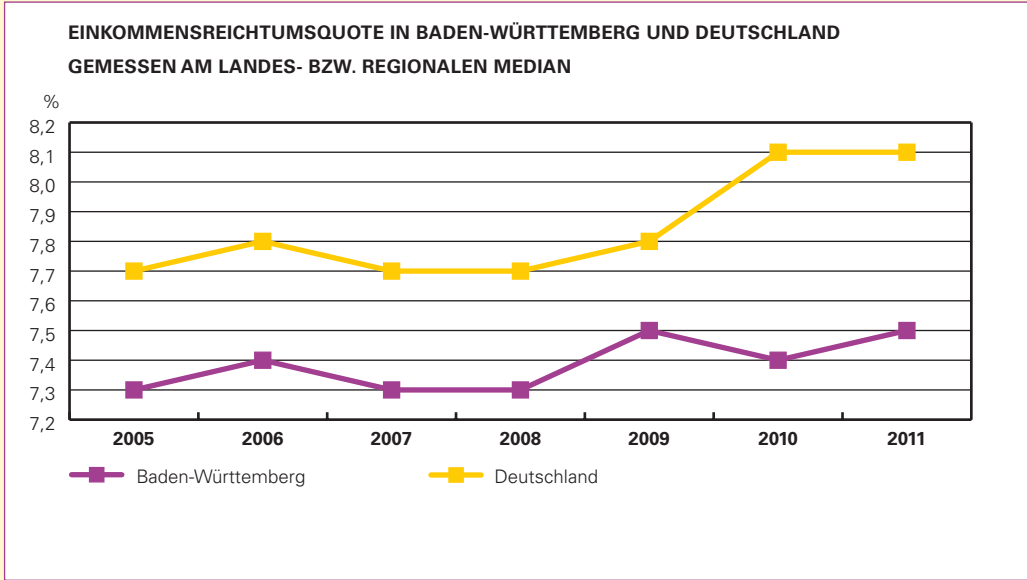
Dabei ist methodisch einschränkend zu erwähnen, dass die hier verwendeten Daten sich analog zur Berechnung der Armutsgefährdungsquoten lediglich auf (laufendes) monetäres Einkommen beziehen. Auf vorhandene Vermögenswerte (Geld, Sachvermögen) wird kein Bezug genommen.

BESCHREIBUNG

Dieser Indikator ist ein Gradmesser für Ungleichheiten in der Einkommensverteilung. Bei gemeinsamer Betrachtung mit der Armutsgefährdungsquote kann die Schere zwischen Arm und Reich in den Blick genommen werden.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

In Baden-Württemberg galten im Jahr 2011 7,5 % der Menschen als vergleichsweise reich. Die Einkommensreichumsquote für Baden-Württemberg liegt damit etwas unter dem Bundesdurchschnitt und hat sich in den vergangenen Jahren nur geringfügig verändert. Im Jahr 2005 lag die Quote bei 7,3 %.



Daten: Mikrozensus-IT.NRW/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



DEFINITION

Der Indikator Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen ist der prozentuale Anteil der erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren an der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung.

BESCHREIBUNG

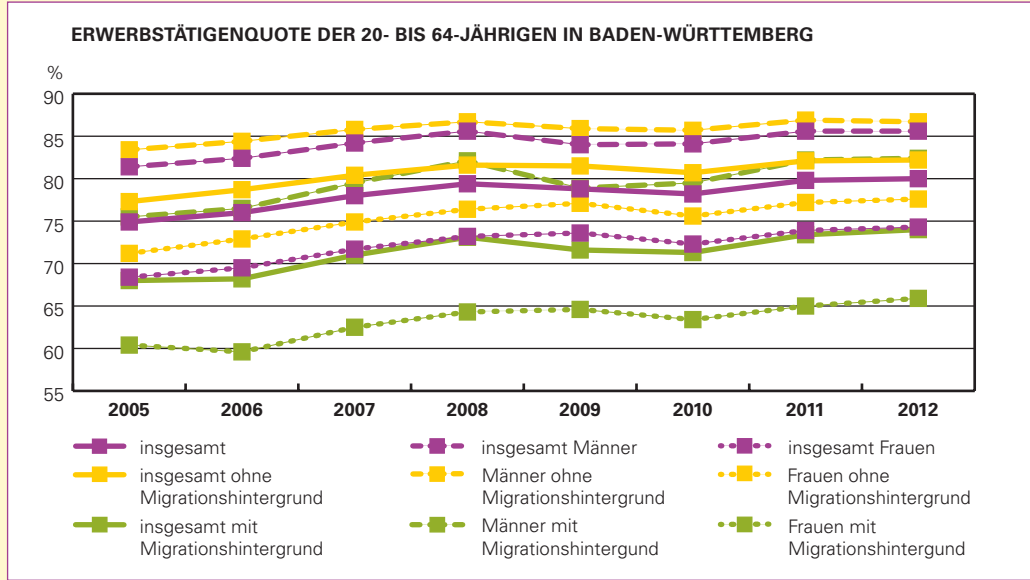
Der zunehmende Anteil Älterer an der Bevölkerung bei künftig stagnierenden oder abnehmenden Bevölkerungszahlen führt langfristig dazu, dass Arbeitskräfte knapp werden. Daneben wird die künftige Finanzierung der Sozialsysteme umso schwieriger, je mehr sich das Zahlenverhältnis zwischen Rentnern und Beitragszahlern verschiebt. Für den Einzelnen bedeutet Erwerbstätigkeit in der Regel Schutz vor Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung. Ziel der Strategie „Europa 2020“ ist daher, die Erwerbsbeteiligung zu steigern. Bis zum Jahr 2020 sollen 75 % der 20- bis 64-jährigen Bevölkerung erwerbstätig sein. Der Indikator Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen zeigt, wie hoch der Anteil der Erwerbstätigen in dieser Altersgruppe ist. Er gibt keine Auskunft über die Zahl der von den Erwerbstätigen geleisteten Arbeitsstunden, da zwischen geringfügiger Erwerbstätigkeit, Teilzeit- und Vollzeit-Erwerbstätigkeit nicht unterschieden wird.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die Erwerbsbeteiligung der 20- bis 64-Jährigen in Baden-Württemberg ist von 74,9 % im

Jahr 2005 auf 80,0 % im Jahr 2012 gestiegen und liegt um mehr als 3 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt von 76,7 %. Das vom Europäischen Rat formulierte Ziel für 2020 ist damit in Baden-Württemberg bereits erfüllt. Die Gründe für die hohe Erwerbstätigkeit im Land sind vielfältig. So hat beispielsweise die Erwerbsbeteiligung der Frauen, die häufiger einer Teilzeiterbeschäftigung nachgehen als Männer, deutlich zugenommen. Die Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-jährigen Frauen stieg von 68,4 auf

74,3 %, liegt damit aber immer noch deutlich unter dem Vergleichswert der Männer von knapp 85,6 %. Die Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund ist deutlich geringer als die aller 20- bis 64-Jährigen. Allerdings ist auch hier eine Verbesserung von 68,0 % im Jahr 2005 auf 74,0 % im Jahr 2012 zu beobachten. Die Erwerbstätigenquote von Frauen mit Migrationshintergrund liegt 2012 mit 65,9 % deutlich unter dem Indikatorwert der Frauen ohne Migrationshintergrund mit 77,6 %.



Daten: Eurostat, EU-Arbeitskräfteerhebung/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg





DEFINITION

Der Indikator Arbeitslosigkeit setzt sich aus zwei gesetzlich geregelten Elementen zusammen: der Arbeitslosenquote und dem Anteil der Langzeitarbeitslosen. Als arbeitslos gelten Personen, die vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die eine versicherungspflichtige Beschäftigung suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen und sich bei einer Agentur für Arbeit arbeitslos gemeldet haben (§ 16 Abs. 1 SGB III) sowie solche, die nicht an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilnehmen (§ 16 Abs. 2 SGB III). Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird seit 2009 die Anzahl der Arbeitslosen auf alle zivilen Erwerbspersonen bezogen. Die Kategorie Langzeitarbeitslosigkeit umfasst Arbeitslose, die länger als 12 Monate arbeitslos gemeldet sind (§ 18 SGB III).

BESCHREIBUNG

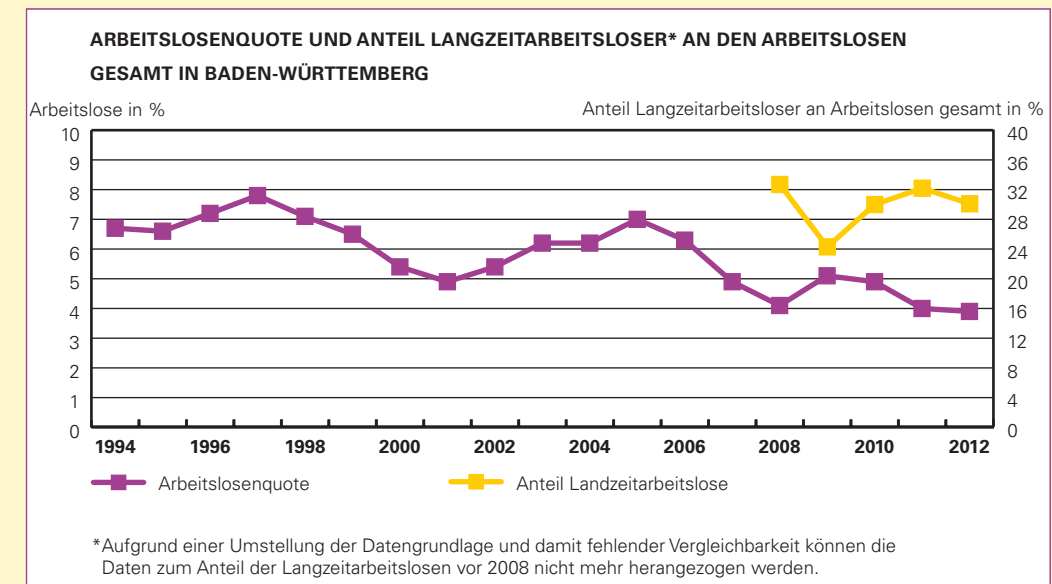
Die Folgen von Arbeitslosigkeit haben sowohl eine individuelle als auch eine gesellschaftliche Dimension. Mögliche individuelle Folgen von Arbeitslosigkeit, insbesondere von Langzeitarbeitslosigkeit, sind z. B. psychologische und gesundheitliche Probleme, Entqualifizierung oder gesellschaftlich-kulturelle und soziale Isolation. Die Überwindung der Langzeitarbeitslosigkeit stellt eine große politische und gesellschaftliche Herausforderung dar.

Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik ist es, den Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt zu fördern und damit Stand und Struktur der Beschäftigung zu verbessern, die Entstehung von Arbeitslosigkeit zu vermeiden bzw. deren Dauer zu verkürzen sowie zur sozialen Sicherung von Arbeitslosen beizutragen. Baden-Württemberg folgt hierbei dem Leitbild einer guten und sicheren Arbeit, die gerecht entlohnt wird, nicht krank macht und die Teilhabe an den sozialen Sicherungssystemen gewährleistet. Schwer vermittelbaren arbeitslosen Menschen eine faire und gerechte Teilhabe am Arbeitsmarkt zu eröffnen, ist ein Kernanliegen der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik des Landes.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die Arbeitslosenquote folgt seit Ende der 1990er Jahre insgesamt einem positiven Trend und wies im Jahre 2012 mit 3,9 % den niedrigsten Stand in diesem Zeitraum auf. Unterbrochen war dieser Trend durch die zurückliegende schwere Wirtschaftskrise, die im Jahre 2009 einen zwischenzeitlichen Anstieg auf 5,1 % zur Folge hatte.

Die jüngste Wirtschaftskrise wirkte sich auch auf den Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen insgesamt aus. Der Anteil fiel im Jahr 2009 auf 24,2 % im Vergleich zu 32,6 % aus dem Vorkrisenjahr 2008. Im Zuge der Bewältigung der Krise stieg der Wert wieder an und lag 2012 bei 30,0 %.



Daten: Bundesagentur für Arbeit





DEFINITION

Zu den atypisch Beschäftigten zählen befristet Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte mit bis zu 20 Wochenstunden, geringfügig Beschäftigte und Zeitarbeiter. Ausgewiesen wird hier der Anteil der atypisch Beschäftigten an den Kernerwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Kernerwerbstätige sind Erwerbstätige, die sich nicht in Bildung, Ausbildung oder einem Freiwilligendienst befinden. Diese Gruppe befindet sich in einem Lebensabschnitt, in dem Erwerbsarbeit in deutlich stärkerem Maße als Schwerpunkt der Lebensgestaltung gesehen wird als beispielsweise während der Ausbildung oder im Ruhestand. Sie gilt daher, vor allem im Rahmen der Berichterstattung zur atypischen Beschäftigung, als Bezugsgröße für die Berechnung von Quoten.

BESCHREIBUNG

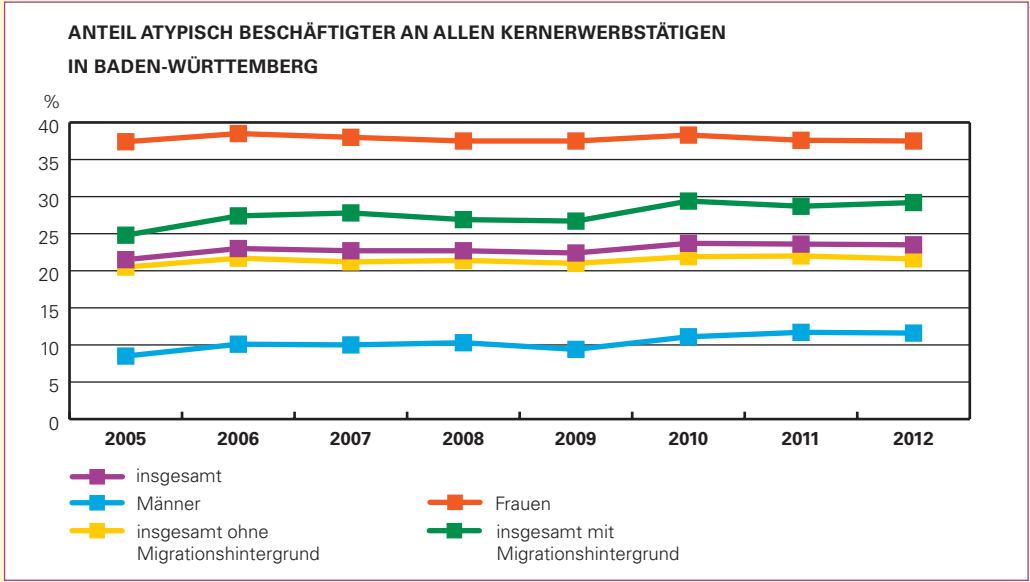
Im Gegensatz zum Normalarbeitsverhältnis, das in der Regel darauf ausgerichtet ist, den eigenen Lebensunterhalt und eventuell den von Angehörigen voll zu finanzieren, erfüllen atypische Beschäftigungsformen diesen Anspruch nur bedingt. Die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse hat auch Folgen für die sozialen Sicherungssysteme – vor allem langfristig.

Atypische Beschäftigungsformen sind jedoch nicht durchgängig mit prekärer Beschäftigung gleichzusetzen. Prekäre Beschäftigung zeichnet sich durch ein erhöhtes Armutsrisiko des Beschäftigten aus, welches zusätzlich von der persönlichen Berufsbiografie und dem persönlichen Haushaltskontext abhängig ist. Die hier angesprochenen Formen atypischer Beschäftigung können durchaus absichtlich gewählt sein, weil sich beispielsweise im konkreten Fall dadurch berufliche und andere persönliche Interessen besser kombinieren lassen.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Der Anteil atypisch Beschäftigter an den Kernerwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ging in Baden-Württemberg zwischen 2011 und 2012 von 23,6 % auf 23,5 % zurück. Von 2006 bis 2009 ist der Anteil atypisch Beschäftigter zwar kontinuierlich gesunken, 2010 wurde jedoch der bislang höchste Wert von 23,7 % erreicht. Seitdem blieb er knapp unter diesem Niveau.

Mit 66,3 % stellen die Teilzeitbeschäftigten im Jahr 2012 den größten Anteil unter allen atypischen Beschäftigungsformen. Frauen sind deutlich häufiger atypisch beschäftigt (37,5 %) als Männer (11,6 %). Des Weiteren ist der Anteil atypisch Beschäftigter unter den Personen mit Migrationshintergrund (29,2 %) höher als unter den Personen ohne Migrationshintergrund (21,6 %).



Daten: Mikrozensus/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen



DEFINITION

Der unbereinigte Gender Pay Gap betrachtet den geschlechtsspezifischen Verdienstunterschied. Für die Berechnung des unbereinigten Gender Pay Gap werden die Bruttostundenverdienste (ohne Sonderzahlungen) aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten einbezogen.

BESCHREIBUNG

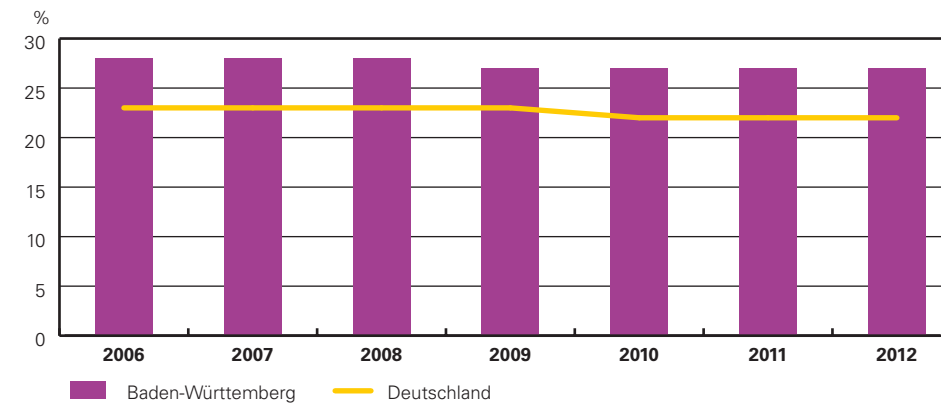
„Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, heißt es im Artikel 3 des Grundgesetzes. Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen vermieden und bestehende Nachteile beseitigt werden.

Im Gender Pay Gap schlagen sich nicht nur Unterschiede in der individuellen Entlohnung nieder, sondern auch die unterschiedliche Verteilung von Frauen und Männern auf Wirtschaftszweige, Berufe, Tätigkeiten und Beschäftigungsgruppen.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Im Jahr 2012 lag der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern (der sogenannte Gender Pay Gap) in Baden-Württemberg bei durchschnittlich 27 %. Das bedeutet, dass der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen um mehr als ein Viertel niedriger ist als der von Männern. Während der Wert 2006 bis 2008 noch bei 28 % lag, hat er sich seit 2009 gering um einen Prozentpunkt verringert.

VERDIENSTUNTERSCHIED ZWISCHEN MÄNNERN UND FRAUEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG UND DEUTSCHLAND



Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



DEFINITION

Die Zahl der Frauen im Gemeinderat wird in Bezug gesetzt zur Gesamtzahl der gewählten Mandats-träger in Prozent (%).

Die Angaben beziehen sich jeweils auf das unmittelbare Ergebnis der alle fünf Jahre stattfindenden Kommunalwahlen. Im Einzelfall kann es durch das vorzeitige Ausscheiden eines Mandatsträgers und der dann fälligen Neubesetzung durch Nachrücken zu geringfügigen Verschiebungen während der Wahlperioden kommen, die hier unberücksichtigt bleiben können.

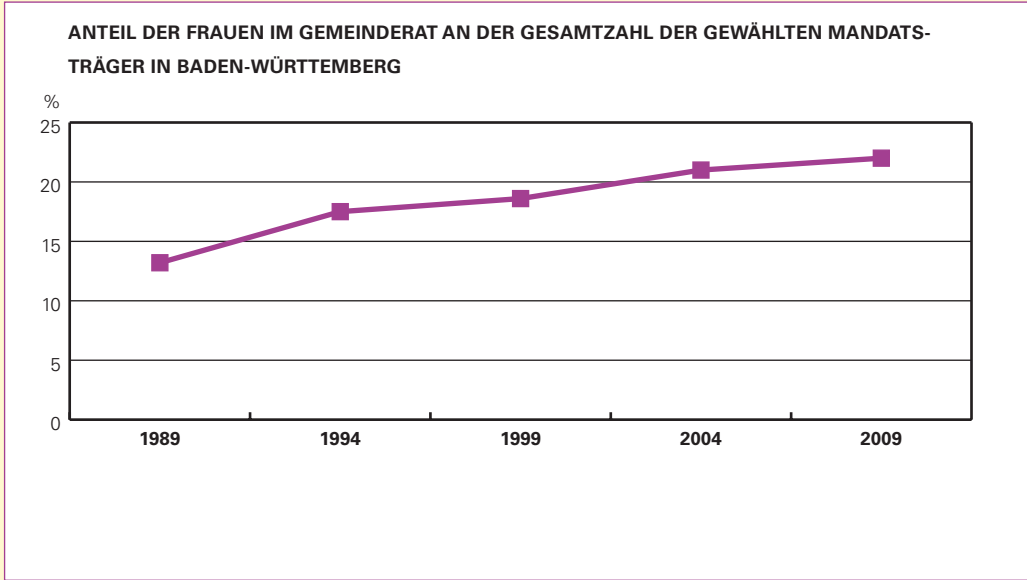
BESCHREIBUNG

Frauen bringen häufig eine andere Sicht in politische Diskussionen ein und sind vor allem auch anders von politischen Entscheidungen betroffen als Männer. Es ist davon auszugehen, dass die Berücksichtigung dieser spezifischen Interessen eher sichergestellt werden kann, wenn der Anteil der Frauen in den politischen Entscheidungsgremien nicht allzu weit von ihrem Anteil an der Bevölkerung entfernt ist.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Ein Spiegel für die sich verändernde Partizipation von verschiedenen Bevölkerungsgruppen ist der Frauenanteil im wirtschaftlichen und politischen Leben. Ihre Zahl in den Gemeinderäten stieg von 13,2 % im Jahr 1989 auf 22 % im Jahr 2009. Im Vergleich mit dem Anteil der Frauen an der Bevölkerung, der in

Baden-Württemberg etwa 51 % beträgt (Jahr 2011), ist die Vertretung von Frauen in den Gemeinderäten noch viel zu gering. Auch wenn der Trend hin zu verstärkter Beteiligung der Frauen in den Gemeinderäten eindeutig positiv ist, so ist die Gesamtzahl der Gemeinderätinnen noch immer zu niedrig.



Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



DEFINITION

Der Indikator beschreibt den Anteil der Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege (ohne Kinder, die zusätzlich eine Kindertageseinrichtung oder eine Ganztagschule besuchen) sowie den Anteil der Kinder in Kindertageseinrichtungen in Ganztagsbetreuung (durchgehend mehr als sieben Stunden pro Betreuungstag) an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe.

BESCHREIBUNG

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung steht derzeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Neben anderen familienpolitischen Leistungen wie z. B. Eltern- oder Kindergeld gilt der Ausbau der Kindertagesbetreuung als eine wichtige Voraussetzung, um Paare bei der Realisierung bestehender Kinderwünsche zu unterstützen. Zusätzlich zu dem damit verbundenen Ziel, die Geburtenrate in Deutschland langfristig wieder zu erhöhen, gilt es, gut ausgebildeten und qualifizierten Müttern und Vätern bessere Chancen als bislang auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Die Förderung der Kinder im Rahmen von bedarfsgerechten Angeboten, insbesondere auch von Ganztagsangeboten, ist aber auch ein wichtiger Beitrag zur Chancengleichheit und zur Integration ausländischer Jugendlicher. Außerdem vermittelt die Kindertagesbetreuung Kindern, die häufig ohne oder nur mit einem Geschwister aufwachsen, wichtige Sozialisationserfahrungen.

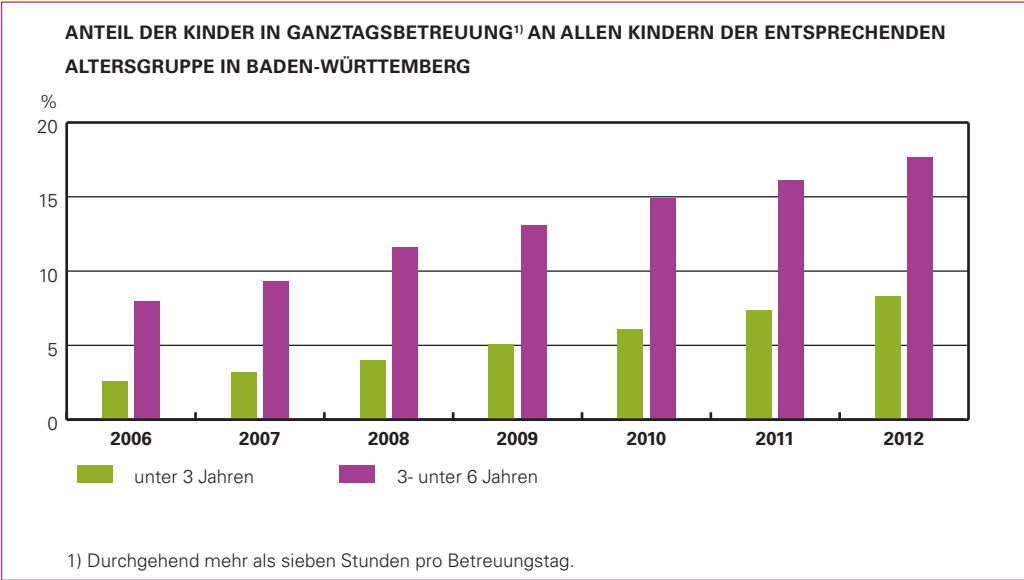
Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist es, bis zum Jahr 2020 bei den

unter 3-Jährigen für 35 % und bei den 3- bis unter 6-Jährigen für 60 % der Kinder eine Ganztagsbetreuung zu ermöglichen.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Am 1. März 2013 wurden in Baden-Württemberg 8,3 % der Kinder im Alter bis zu 3 Jahren mehr als sieben Stunden pro Tag in einer Kindertageseinrichtung oder von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut. Damit hat sich die Zahl der Ganztagsbetreuungs-

verhältnisse von Kleinkindern im Land seit 2007 mehr als verdreifacht. Sie ist aber immer noch vergleichsweise gering, da bis zum Jahr 2020 eine Betreuungsquote von insgesamt 35 % vorgesehen ist. Für die Altersgruppe der Kinder von 3- bis unter 6 Jahren belief sich die Ganztagsquote landesweit auf 17,7 %.



Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



BESCHREIBUNG

Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement, das sich aus der Mitte der Gesellschaft selbst organisiert, bereichert die Gesellschaft um vielfältige Leistungen zum Wohle und Nutzen der Bürgerinnen und Bürger und gibt Gelegenheit zur Teilhabe. Der sozio-kulturelle, ökologische und ökonomische Wert kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

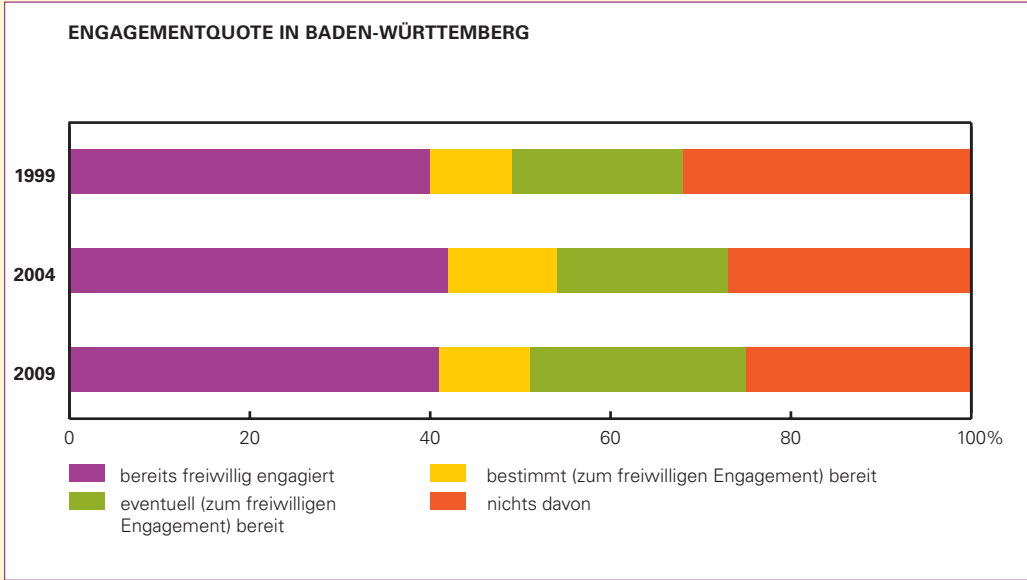
Der Anteil der Befragten, die weder freiwillig engagiert noch gemeinschaftlich aktiv sind, hat auch 2009 leicht abgenommen und ist mit 25 % auf dem niedrigsten Stand seit 1999. Zwar ging der Anteil der freiwillig Engagierten mit 41 % um einen Prozentpunkt im Vergleich zum Jahr 2005 zurück, liegt aber dennoch leicht über dem Wert des Jahres 1999. Dabei ist festzustellen, dass der Anteil der engagierten Männer im Jahre 2009 wieder auf 45 % angestiegen ist, während der Anteil der engagierten Frauen bei 37 % liegt und damit 5 % niedriger ist als 2004.

In der Trendentwicklung lässt sich auch feststellen, dass die Bereitschaft zum Enga-

gement seit 1999 zugenommen hat. Waren 2009 bereits 34 % der Befragten bereit, sich bestimmt oder eventuell zu engagieren, waren dies 1999 nur 28 %.

Bei Menschen mit Migrationshintergrund ist die Engagementquote unterdurchschnittlich. In Baden-Württemberg engagieren sich 30 % der Menschen mit Migrationshintergrund, unter den Menschen ohne Migrationshinter-

grund sind es 44 %. Während bei dieser Bevölkerungsgruppe das Engagement seit 2004 minimal gesunken ist (ein Prozentpunkt), ist es bei Menschen mit Migrationshintergrund im gleichen Zeitraum leicht angestiegen (zwei Prozentpunkte).



Daten: Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung Freiburg – Landesauswertung Freiwilligensurvey Baden-Württemberg





DEFINITION

Der Indikator beschreibt die Anzahl der Straftaten je 100 000 Einwohner und Jahr, die der Polizei angezeigt und in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden.

BESCHREIBUNG

Ein wichtiger Aspekt von Lebensqualität ist das Sicherheitsempfinden. Ein Umfeld, in dem die Bürger eines Staates ohne Angst vor Willkür und Kriminalität leben können, ist eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren sozialer Systeme und für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Als ein wichtiger Indikator der persönlichen Sicherheit gilt die Zahl der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten bezogen auf 100 000 Einwohner. Darin nicht enthalten sind Ordnungswidrigkeiten, politisch motivierte Straftaten, Verkehrsdelikte und Auslandsstraftaten.

Die Straftatenhäufigkeit gibt Hinweise auf die Kriminalitätsbelastung der Bevölkerung bzw. die innere Sicherheit sowie Entwicklungstendenzen der Kriminalität. Veränderungen in der Polizeilichen Kriminalstatistik können allerdings auch beispielsweise auf Änderungen im Anzeigeverhalten, in der Verfolgungsintensität der Polizei, der statistischen Erfassung sowie des Strafrechts zurückzuführen sein. Ziel des Bundes ist, dass die Zahl

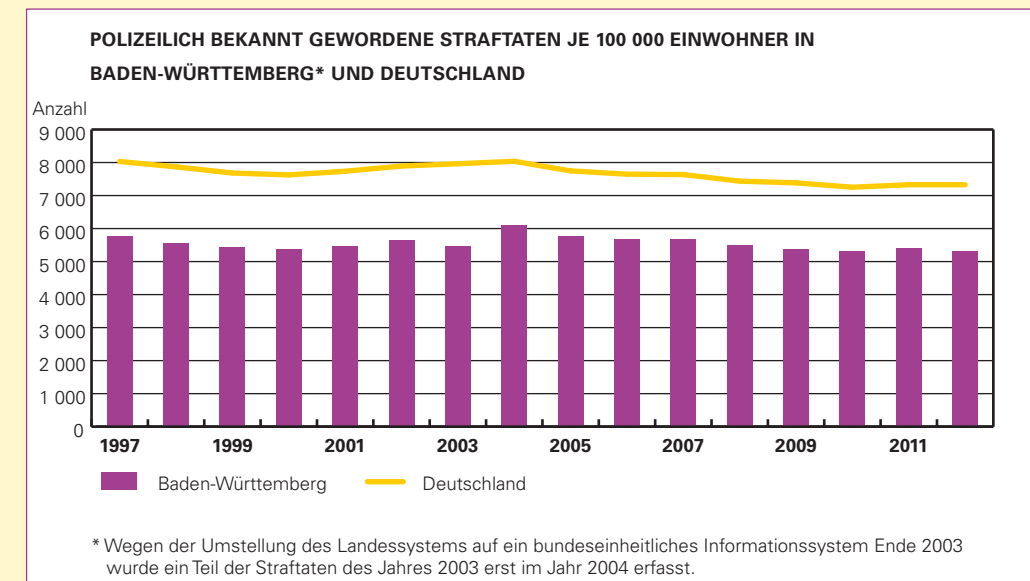
der erfassten Fälle je 100 000 Einwohner bis zum Jahr 2020 auf unter 7 000 Straftaten sinken soll.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Im Jahr 2012 wurden in Baden-Württemberg 5 317 Straftaten je 100 000 Einwohner erfasst. Dies stellt einen Rückgang von etwa 1,9 % polizeilich registrierter Straftaten je 100 000 Einwohner im Vergleich zum Vorjahr 2011 dar. Das in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

der Bundesregierung formulierte Ziel ist damit in Baden-Württemberg längst erfüllt.

Im Zeitverlauf betrachtet bewegen sich die in Baden-Württemberg insgesamt bekannt gewordenen Straftaten auf einem gleichbleibend niedrigen Niveau unter 6 000 Straftaten je 100 000 Einwohner und damit um rund 2 000 bis 2 500 Straftaten je 100 000 Einwohner niedriger als im Bundesdurchschnitt.



Daten: Landeskriminalamt Baden-Württemberg/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



29 Übergewicht



DEFINITION

Der Indikator misst den Anteil der Erwachsenen ab 20 Jahren, die im Rahmen der im Jahr 2009 erfolgten Zusatzerhebung zum Mikrozensus die Fragen zu Körpergewicht und Körpergröße beantwortet haben und einen BMI (Body-Mass-Index) von 25 und mehr aufweisen, an der Bevölkerung gleichen Alters.

Der BMI berechnet sich aus dem Verhältnis Körpergewicht in Kilogramm zum Quadrat der Körpergröße in Metern. Alters- und geschlechtsspezifische Unterschiede bleiben unberücksichtigt.

BESCHREIBUNG

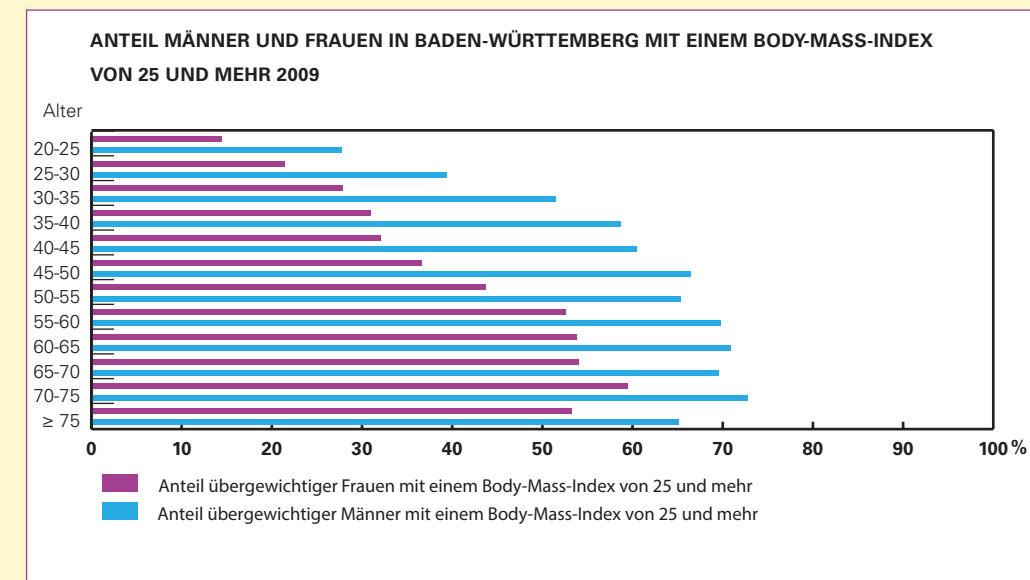
Übergewicht kann im Zusammenspiel mit anderen Risikofaktoren den Gesundheitszustand erheblich beeinträchtigen. So besteht bei starkem Übergewicht ein erhöhtes Risiko, an Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder Bluthochdruck zu erkranken. Übergewicht wird unmittelbar durch unausgewogene Ernährung und Bewegungsmangel verursacht, ist mittelbar aber auch in Zusammenhang mit sozialen Ursachen zu sehen.

Einen Hinweis auf die Gesundheitsgefährdung durch Übergewicht ergibt sich aus der Kombination der Merkmale Körpergröße und -gewicht, dem Body-Mass-Index (BMI). Menschen mit einem BMI ab 25 gelten nach Klassifikation der Weltgesundheitsorganisation als übergewichtig. Wenn das Übergewicht ein bestimmtes Maß (BMI ab 30) übersteigt, wird es als Adipositas (Fettleibigkeit) bezeichnet. Ziel der Bundesregierung ist es, bis 2020 das Ernährungs- und Bewegungsverhalten der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern und die Verbreitung von Übergewicht zu verringern.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Das Risiko, übergewichtig zu werden, nimmt mit dem Alter grundsätzlich zu. So weisen im Jahr 2009 die 20- bis 25-Jährigen Männer (27,8 %) und Frauen (14,5 %) den niedrigsten Anteil übergewichtiger Menschen mit einem

BMI von 25 oder mehr auf. In der Altersgruppe der 70- bis 75-Jährigen liegt der Anteil mit 72,8 % übergewichtigen Männern und 59,5 % übergewichtigen Frauen in Baden-Württemberg am höchsten.



Daten: Mikrozensus/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



DEFINITION

Der Indikator „Vorzeitige Sterblichkeit“ misst die Zahl der Todesfälle in der männlichen bzw. der weiblichen unter 65-jährigen Bevölkerung bezogen auf 100 000 Einwohner der standardisierten Bevölkerung von 1987 unter 65 Jahren, einschließlich der unter 1-Jährigen.

BESCHREIBUNG

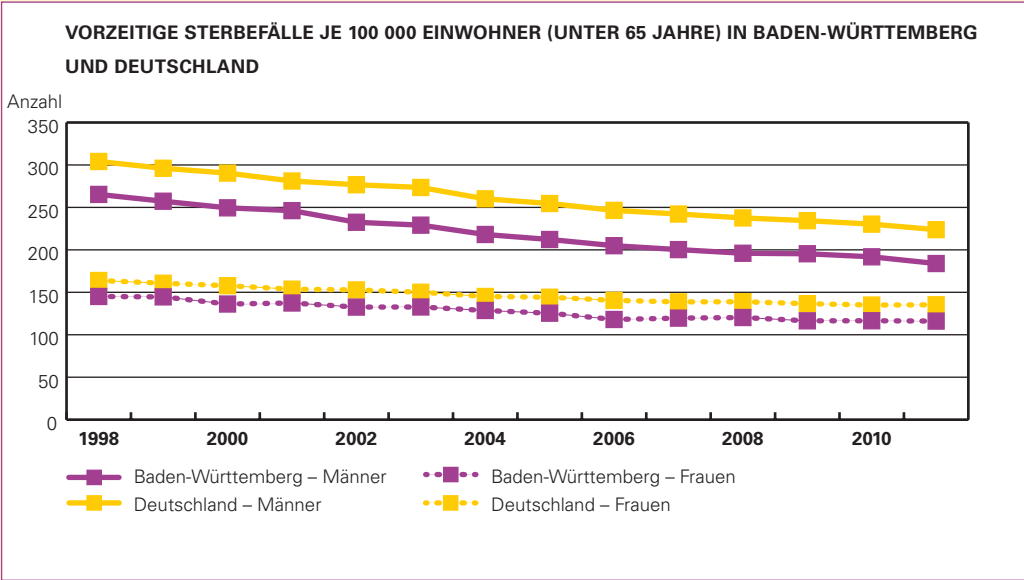
Die Gesundheit, die Lebenserwartung und damit auch der Anteil der Bevölkerung, der vor Vollendung des 65. Lebensjahres stirbt, werden von zahlreichen Einflussfaktoren bestimmt. Dazu zählen individuelle Lebensgewohnheiten, wie beispielsweise der Konsum von Tabak und Alkohol, die Ernährungsweise sowie Umfang und Regelmäßigkeit körperlicher Betätigung. Aber auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen, wie das Einkommens- und Bildungsniveau, die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen oder die Qualität der medizinischen Versorgung spielen eine Rolle.

Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist es, die vorzeitige Sterblichkeit zu senken. Entsprechend der unterschiedlichen Lebenserwartung von Männern und Frauen ist der Zielwert für 2015 bei Männern auf höchstens 190 Todesfälle und bei Frauen auf maximal 115 Todesfälle je 100 000 der entsprechenden Bevölkerung festgelegt.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die vorzeitige Sterblichkeit geht in Baden-Württemberg stetig zurück. Bei den Männern war der Rückgang deutlich stärker als bei den Frauen. Im Jahr 2011 starben im Land 184 Männer und 116 Frauen je 100 000 der entsprechenden Bevölkerung, bevor sie das 65. Lebensjahr erreichten. Zwar hat sich der Rückgang der vorzeitigen Sterblichkeit in den letzten Jahren verlangsamt, der Abstand

zu den Zielwerten der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist jedoch so gering, dass diese in Baden-Württemberg bis 2015 mit hoher Wahrscheinlichkeit erreicht werden. Die vorzeitige Sterblichkeit liegt bundesweit für Männer bei 224 und für Frauen bei 135 vorzeitigen Sterbefällen je 100 000 Einwohner und ist damit weitaus höher als in Baden-Württemberg.



Daten: Gesundheitsberichterstattung des Bundes/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**DEFINITION**

Der Indikator misst die Anzahl der Verunglückten im Straßenverkehr je 100 000 Einwohner.

BESCHREIBUNG

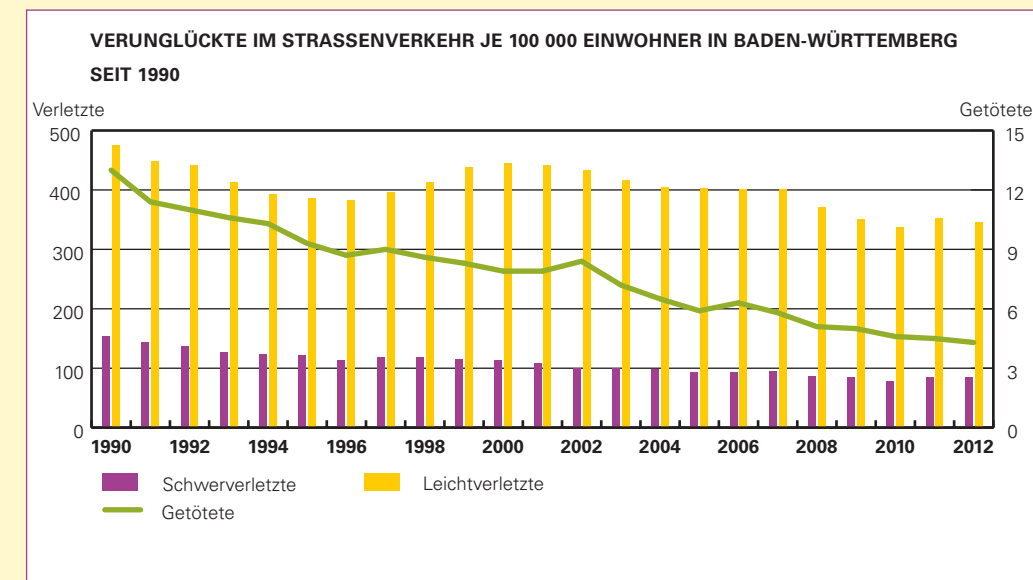
Die Anzahl der Verunglückten im Straßenverkehr je 100 000 Einwohner ist ein Maßstab für die Beurteilung des Sicherheitsniveaus im Straßenverkehr. Die Betrachtung der Zahl der Verunglückten bezogen auf die Einwohner bringt als Risikokennziffer das Ausmaß der Gefährdung zum Ausdruck, vor allem wenn man bei den Verunglückten nicht nach Art der Verkehrsbeteiligung differenzieren möchte. Sie erlaubt z. B. auch einen Vergleich mit anderen Krankheits- oder Todesursachen, die nicht dem Straßenverkehr zugeordnet werden. Das Verkehrsaufkommen, das sich maßgeblich auf die Unfallhäufigkeit auswirkt, kann mittels der Verunglücktenraten berücksichtigt werden.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Im Jahr 2012 wurden auf Baden-Württembergs Straßen 471 Personen getötet und 46 617 verletzt. Das sind ca. 434 Verunglückte je 100 000 Einwohner. Damit hat sich die günstige Entwicklung der letzten Jahre (bis auf 2011) bei den Verunglückten je Einwohner 2012 fortgesetzt. Die Zahl der Getöteten je Einwohner ist weiterhin so niedrig wie nie

zuvor seit Einführung der Straßenverkehrsunfallstatistik im Jahr 1953. Auch die Zahl der Verletzten hat sich sowohl bei den Schweren als auch bei den Leichtverletzten gegenüber 2011 wieder verringert, allerdings wurde das Niveau von 2010 noch nicht wieder erreicht. Es starb im vergangenen Jahr immer noch durchschnittlich ein Mensch täglich im Straßenverkehr, jeden 3. Tag des Jahres starben sogar zwei Menschen.

Als Hauptunfallursachen gelten die nicht angepasste Geschwindigkeit, die Missachtung der Vorfahrt und ungenügender Sicherheitsabstand. Insbesondere bei schweren Unfällen spielt auch Alkoholeinfluss eine bedeutende Rolle.



Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



Lärmbelastung



DEFINITION

Durch den Indikator wird der prozentuale Anteil der Bevölkerung in geräuschbelasteten Gebieten erfasst, der dauerhaft einem definierten Geräuschpegel ausgesetzt ist.

Dabei wird einmal die über 24 Stunden gemittelte Lärmbelastung L_{den} (Tag/Day, Abend/Evening, Nacht/Night) mit Zuschlägen für den Abend- und Nachtzeitraum betrachtet und zum anderen die ausschließlich über die Nacht gemittelte Lärmbelastung L_{night} (22:00 Uhr bis 6:00 Uhr).

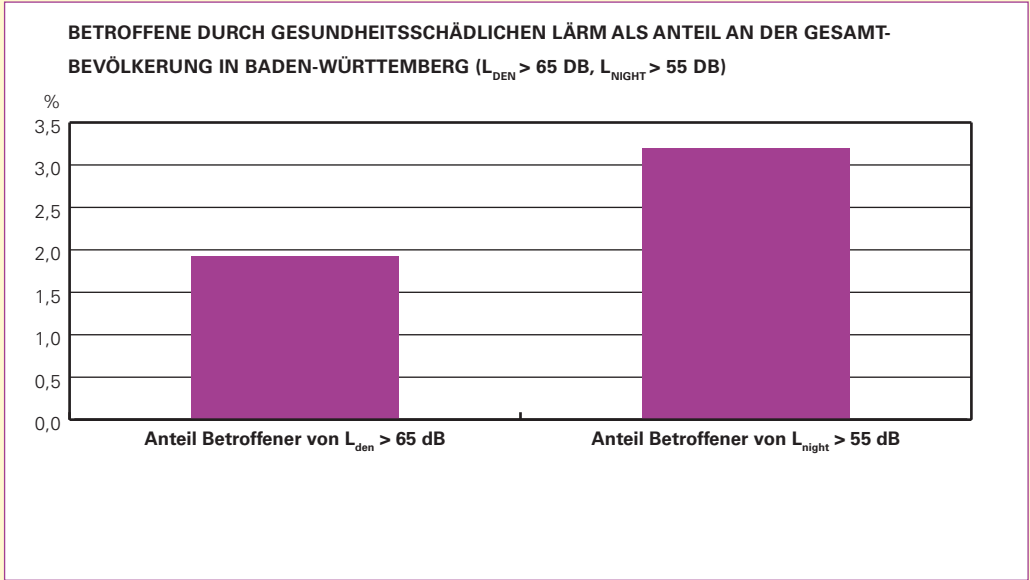
BESCHREIBUNG

Lärm ist ein nahezu flächendeckendes Umweltproblem. Er ist in weiten Teilen des Landes fast ständig präsent. Bei Dauerbelastungen oberhalb von 65 dB(A) am Tag und 55 dB(A) während der Nacht besteht nach neuen medizinischen Erkenntnissen ein signifikant höheres gesundheitliches Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, von Bluthochdruck und weiteren Erkrankungen, unabhängig davon, ob die Geräusche von den Betroffenen bewusst als störend wahrgenommen werden oder nicht. Durch die Erfassung der Betroffenen in Ballungsräumen sowie in der Umgebung von Hauptverkehrswegen und Großflughäfen wird als Indikator eine Größe benutzt, die entsprechend den Anforderungen der EU-Umgebungslärmrichtlinie ermittelt und fortlaufend beobachtet werden muss.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Der Anteil Betroffener mit einer Lärmbelastung von $L_{den} > 65$ dB an der Gesamtbevölkerung lag 2009 bei 1,9 %, der Anteil Betroffener von $L_{night} > 55$ dB bei 3,2 %. Die Hauptlärmquelle ist der Straßenverkehr. Er hat großen Anteil daran, dass weite Teile der Landesfläche nicht mehr als ruhig bezeichnet werden können. Daneben zählen in Baden-Württemberg

der Schienen- und Flugverkehr sowie laute Nachbarn zu den Lärmquellen, die die Anwohner am meisten beeinträchtigen. In Übereinstimmungen mit den Untersuchungszeiträumen der EU-Umgebungslärmrichtlinie ist die Fortschreibung des Indikators alle 5 Jahre vorgesehen. Eine Trendbewertung kann dementsprechend noch nicht vorgenommen werden.



Daten: Länderinitiative Kernindikatoren

Subjektive Indikatoren: Zufriedenheit mit Gesundheit, Arbeit und Einkommen sowie allgemeine Lebenszufriedenheit

Zusätzlich zu den Statusindikatoren umfasst der Bereich „Teilhabe und Gutes Leben“ vier subjektive Indikatoren zur Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger des Landes Baden-Württemberg mit ihrer Gesundheit, mit ihrer Arbeit und ihrem persönlichen Einkommen sowie mit der Lebenszufriedenheit im Allgemeinen.

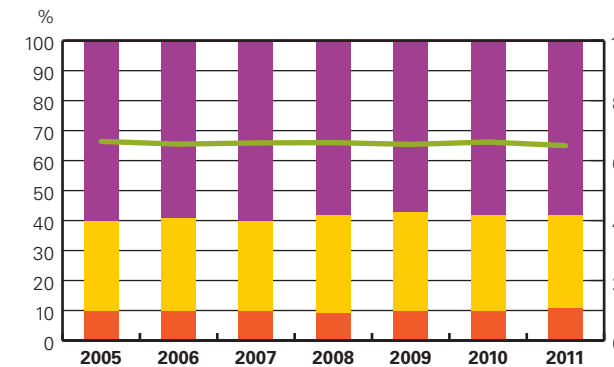
Im Jahre 2011 gaben 58 % der Baden-Württemberger eine hohe Zufriedenheit (auf einer Skala von 0-niedrig bis 10-hoch diejenigen, die 7-10 vergeben haben) mit ihrer Gesundheit an. Die Einschätzung von 10 % der Befragten lag bei einer niedrigen Zufriedenheit (0-3) auf der Skala. Zwischen 2005 und 2011 sind nur relativ geringe Schwankungen zu verzeichnen.

Ähnliche Werte weist die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger des Landes mit ihrer Arbeit auf. Hier äußerten 2011 65 % der

Befragten eine hohe Zufriedenheit gegenüber 9 %, die nicht zufrieden mit ihrer Arbeit sind. Hier sind die Schwankungen etwas größer.

Eine deutlich positive Entwicklung zeigt sich bei der Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger des Landes mit ihrem Einkommen: Gaben 2005 insgesamt 40 % eine hohe Zufriedenheit (7-10 auf der Skala) an, lag der Anteil 2011 bei 47 %. Der Anteil derer, die unzufrieden mit ihrem Einkommen sind (0 bis 3 auf der Skala), sank von 23 % im Jahr 2005 auf 16 % im Jahr 2011. Auf die Frage nach der allgemeinen Lebenszufriedenheit geben 67 % der Menschen in Baden-Württemberg im Jahr 2011 hier einen hohen Wert (7-10 auf einer Skala von 0-niedrig bis 10-hoch) an, während der Anteil derjenigen, die unzufrieden mit ihrem Leben sind, bei nur 4 % liegt. Zwar sind leichte Schwankungen erkennbar, ein eindeutiger Trend lässt sich hier jedoch nicht ablesen.

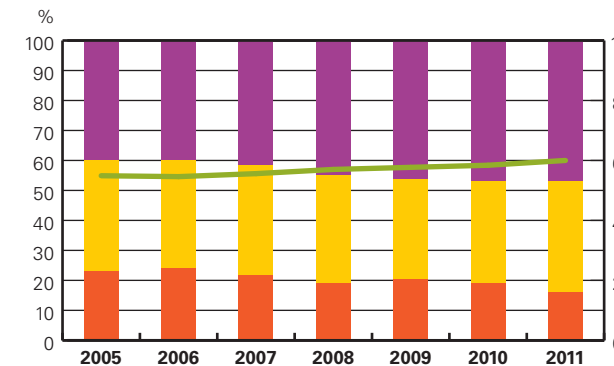
WIE ZUFRIEDEN SIND SIE MIT IHRER GESUNDHEIT?
SKALA VON 0 - NIEDRIG BIS 10 - HOCH



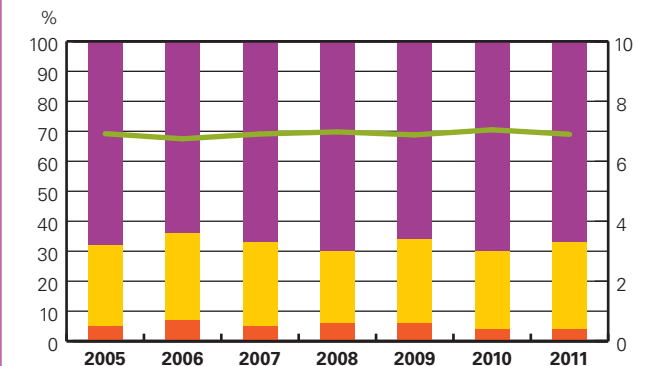
WIE ZUFRIEDEN SIND SIE MIT IHRER ARBEIT?
SKALA VON 0 - NIEDRIG BIS 10 - HOCH



WIE ZUFRIEDEN SIND SIE MIT IHREM PERSÖNLICHEN
EINKOMMEN? SKALA VON 0 - NIEDRIG BIS 10 - HOCH

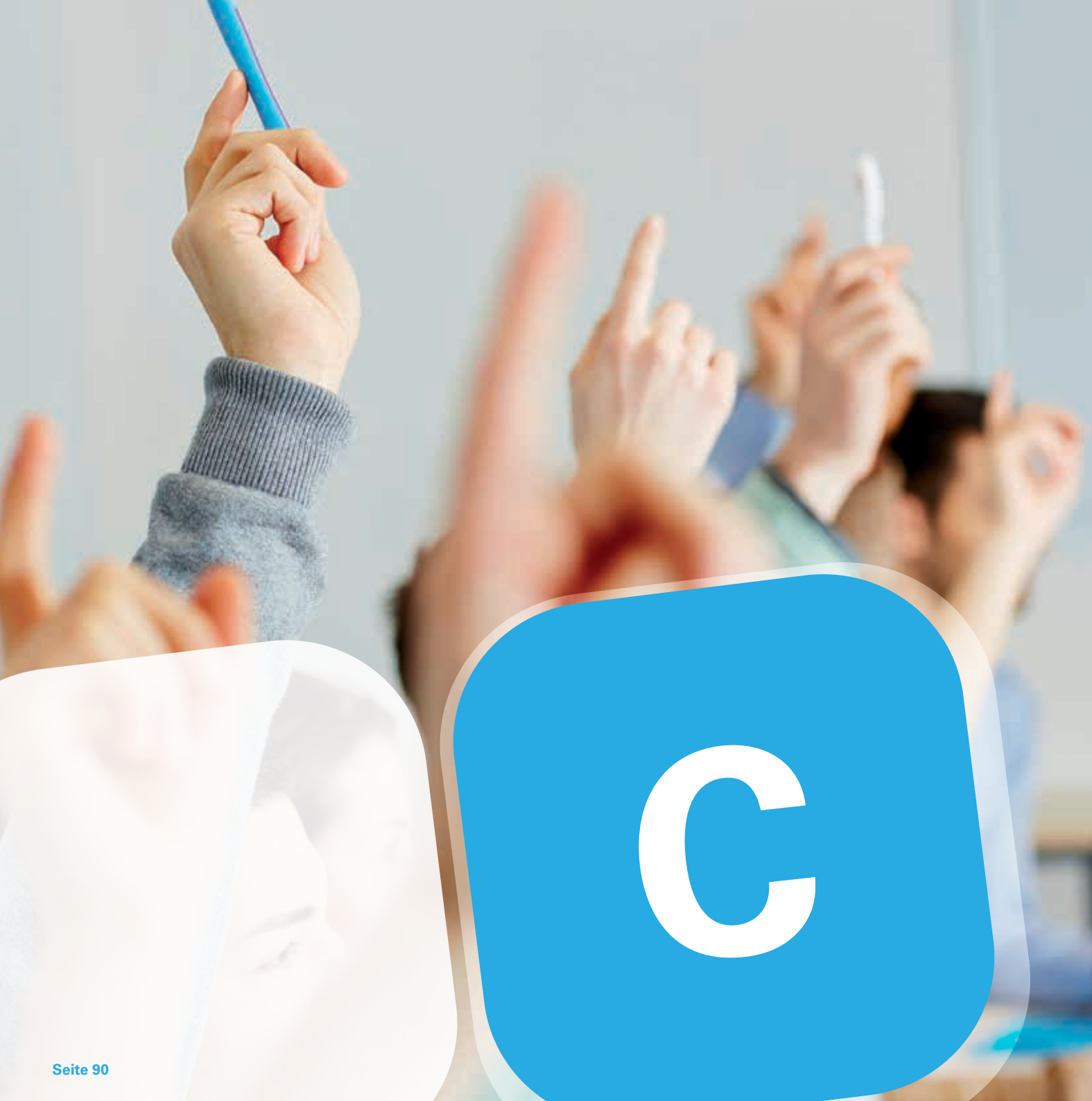


WIE ZUFRIEDEN SIND SIE GEGENWÄRTIG, ALLES IN ALLEM,
MIT IHREM LEBEN? SKALA VON 0 - NIEDRIG BIS 10 - HOCH



0 bis 3 4 bis 6 7 bis 10 Mittelwerte

Daten: Regionalspezifische Auswertung des Sozio-Oekonomischen Panels (SOEP)



Rahmenbedingungen und vermittelnde Faktoren

- 33 ARZTVERSORGUNG
- 34 BETEILIGUNG BEI WAHLEN ZUM GEMEINDERAT UND KREISTAG
- 35 FRÜHE SCHULABGÄNGER
- 36 ABSCHLÜSSE IM TERTIÄREN SEKTOR
- 37 INNOVATIONSFÄHIGKEIT
- 38 GÜTERBEFÖRDERUNG DURCH SCHIENENVERKEHR UND BINNENSCHIFFFAHRT
- 39 GÜTERTRANSPORTINTENSITÄT
- 40 ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR
- 41 MODAL SPLIT DES PERSONENVERKEHRSAUFWANDS
- 42 HAUSHALTSKONSOLIDIERUNG
- 43 ÖFFENTLICHE AUSGABEN FÜR ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT



BESCHREIBUNG

Viele junge Ärztinnen und Ärzte zieht es in Städte und Ballungsgebiete. Auf dem Land bestehen dagegen zum Teil erhebliche Nachwuchsprobleme, insbesondere im hausärztlichen Bereich. So ist abzusehen, dass sich die in den ländlichen Gebieten Baden-Württembergs derzeit grundsätzlich stabile Situation langfristig durch die demographische und gesellschaftliche Entwicklung verschärfen könnte. Ziel ist eine flächendeckende, bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige gesundheitliche und medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg. Im Zusammenwirken mit allen Beteiligten im Gesundheitswesen sollen effiziente, sichere, bedarfsgerechte und patientenorientierte Versorgungsstrukturen geschaffen werden. Qualität und Ethik sollen gewahrt werden.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

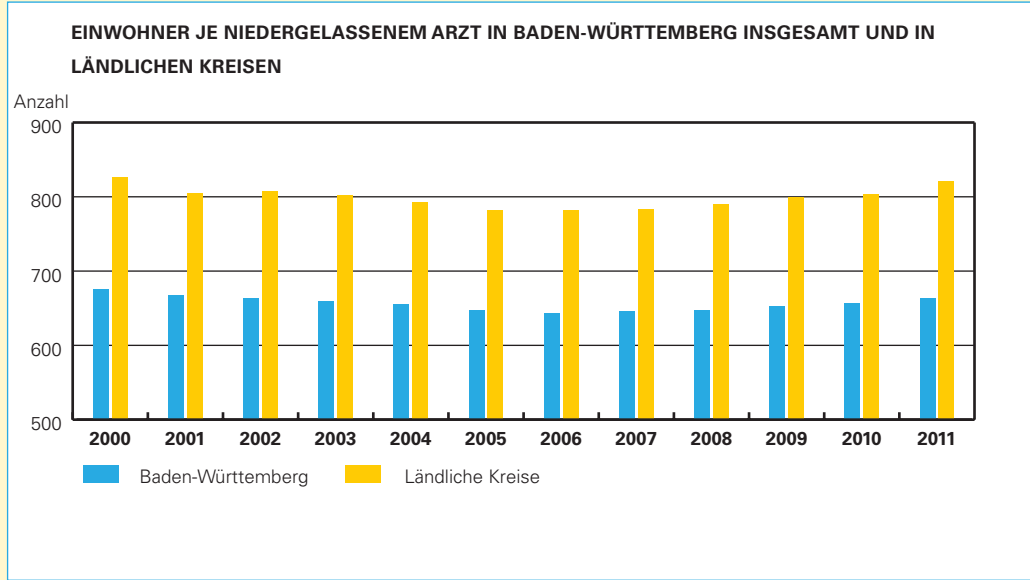
Bis zum Jahr 2006 ist die Zahl der Einwohner je niedergelassenem Arzt kontinuierlich zurückgegangen und damit die Versorgungsdichte gestiegen. Seit 2007 jedoch hat die Dichte der Versorgung durch niedergelassene Ärzte leicht abgenommen: Im Schnitt teilten

sich im Jahr 2011 664 Einwohner einen niedergelassenen Arzt, während es im Jahr 2006 noch 644 Einwohner waren. Ähnlich sieht die Entwicklung in den ländlichen Kreisen aus. Die Zahl der Einwohner, die auf einen niedergelassenen Arzt kommen, nahm von 782 im Jahr 2006 auf 821 im Jahr 2011 zu. Diese Entwicklung wird sowohl von einem Rückgang der Facharztdichte als auch von einem Rückgang der Dichte an Allgemeinärzten und praktischen Ärzten getragen. Die ambulante Versorgungssituation durch in den Praxen

des Landes tätige Ärzte ist 2011 in ländlichen Kreisen (821 Einwohner je niedergelassener Arzt) durchschnittlich schlechter als im Landesschnitt (664 Einwohner je niedergelassener Arzt). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass bei einigen ländlichen Kreisen Versorgungsfunktionen auch durch angrenzende Stadtkreise wahrgenommen werden. Gleiches gilt für hochverdichtete Landkreise in Agglomerationsräumen, wo die Ärztedichte ähnlich wie in den ländlichen Kreisen liegt.

DEFINITION

Der Indikator beschreibt die ambulante Versorgungssituation durch in den Praxen des Landes tätige Ärzte. Niedergelassene Ärzte – auch als Ärzte in freier Praxis bezeichnet – sind in der Regel die erste Anlaufstelle bei gesundheitlichen Problemen. Sie sind für die ambulante Versorgung der Bevölkerung zuständig. Zu den Fachärzten (eigentlich Gebietsärzte) zählen alle Fachgebietsrichtungen, die in der Weiterbildungsordnung der Ärzte festgelegt sind, also auch die Allgemeinmediziner. Ärzte ohne abgeschlossene Weiterbildung sowie praktische Ärzte zählen nicht zu den Gebietsärzten.



Daten: Bezirksärztekammer Baden-Württemberg/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



BESCHREIBUNG

Die Höhe der Wahlbeteiligung gilt als Maß für Demokratiebewusstsein bzw. demokratisches Engagement. Geringe Wahlbeteiligungen können mehrere Ursachen haben: Sie können aus mangelndem politischen Interesse resultieren, ein Ausdruck von Protest unzufriedener Bürgerinnen und Bürger sein, aber auch ein Zeichen dafür, dass die Wahl nicht als wichtig angesehen wird (Low-Interest-Wahlen). Eine hohe Wahlbeteiligung gilt als wünschenswert, weil sie als Zeichen für Demokratiebewusstsein gilt und der Legitimation der Gewählten und des demokratischen Staates dient.

Die frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger insbesondere auf kommunaler Ebene stärkt die repräsentative Demokratie und damit auch das Wahlverhalten. Mit der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen im April 2013 wurde ein wichtiger Impuls in Richtung stärkere Beteiligung gesetzt.

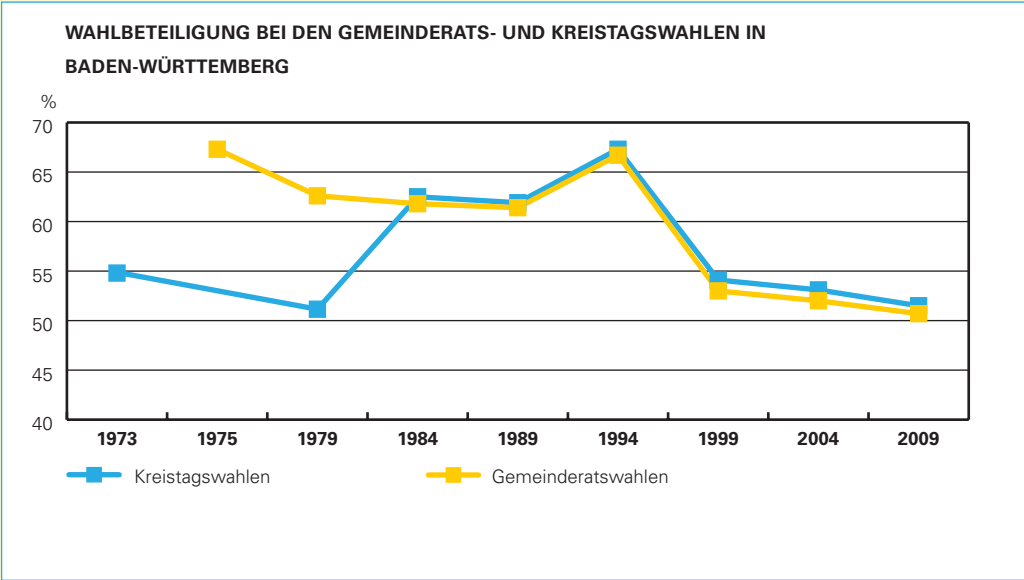
DEFINITION

Der Indikator umfasst den Anteil der Wählerinnen und Wähler an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten in Prozent (%). Dabei fließen sowohl gültige als auch ungültige Stimmen in die Wahlbeteiligung mit ein.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Mit einem Wert von nur 50,7 % sank die Wahlbeteiligung bei den Gemeinderatswahlen 2009 in Baden-Württemberg auf den niedrigsten Stand seit 1975, als die ersten Gemeinderatswahlen nach der Gemeindereform

stattfanden. Auch bei den Kreistagswahlen 2009 sank die Wahlbeteiligung gegenüber 2004 um 1,6 Prozentpunkte auf nur 51,5 %. Dies ist der zweitniedrigste Wert seit der Kreisreform 1973, nur 1979 lag die Wahlbeteiligung mit 51,1 % noch niedriger.



Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



DEFINITION

Als frühe Schulabgänger werden Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren bezeichnet, die weder über eine Hochschulzugangsberechtigung noch über eine Berufsausbildung verfügen und derzeit nicht an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen. Der Indikator misst den Anteil dieser Personengruppe an allen 18- bis 24-Jährigen in Prozent (%).

BESCHREIBUNG

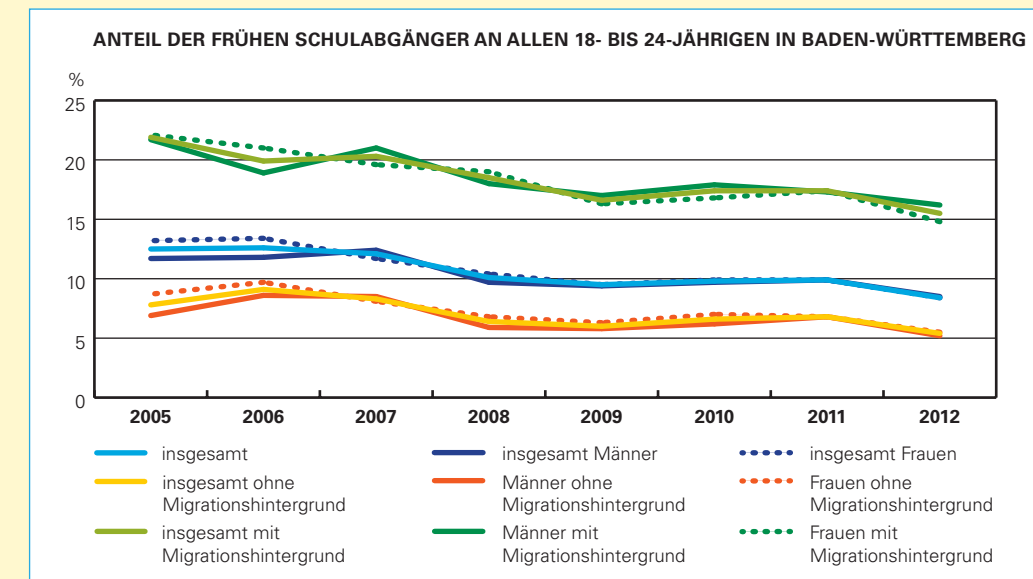
In einer immer stärker wissensbasierten Wirtschaft erhöht ein fehlender Schul- oder Berufsabschluss das Risiko späterer Arbeitslosigkeit und Armut. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und dem damit verbundenen Rückgang der Zahl der Menschen im Erwerbsalter trägt die Erhöhung des Qualifikationsniveaus auch zur Sicherung des künftigen Arbeitskräfteangebots bei. Junge Menschen, die die Schule vorzeitig oder mit einem niedrigeren Bildungsabschluss verlassen, haben auf dem Arbeitsmarkt schlechtere Chancen als Gleichaltrige mit höherem Bildungsabschluss. Ziel der Wachstumsstrategie Europa 2020 und der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist es, das Bildungssystem so zu verbessern, dass der Anteil der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgänger unter 10 % sinkt.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Das Ziel, den Anteil der frühzeitigen Schulabgänger unter 10 % zu senken, ist im Südwesten bereits seit 2009 erfüllt. Von den 18- bis 24-Jährigen, die 2012 in Baden-Württemberg lebten, galten 8,4 % als frühe Schulabgänger.

Im Jahr 2005 lag der Anteil noch bei 12,5 %. Damals zählten Frauen in Baden-Württemberg noch deutlich häufiger zu den frühen Schulabgängern als Männer. Mittlerweile ist im Land beim Anteil der frühen Schulabgänger kein Unterschied zwischen den Geschlechtern mehr zu erkennen. Sowohl bei Männern als auch Frauen mit Migrationshintergrund sind hingegen überdurchschnittlich viele frühzeitige Schulabgänger zu verzeich-

nen. Doch auch hier ist ein positiver Trend erkennbar. Von den Personen mit Migrationshintergrund gehörten 2005 noch 21,9 % zu den frühzeitigen Schulabgängern, 2012 waren dies noch 15,5 %.



Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder/Mikrozensus/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

**DEFINITION**

Der Indikator misst den Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit einem Abschluss des Tertiärbereichs (Stufen 5 und 6) nach International Standard Classification of Education an allen 30- bis 34-Jährigen am Wohnort. Tertiäre Abschlüsse sind der Fachhochschul- oder Hochschulabschluss, die Meister/Technikerausbildung oder ein gleichwertiger Fachschulabschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, der Abschluss einer Fachakademie, Berufsakademie oder Verwaltungsfachhochschule sowie die Promotion. Nicht erfasst sind Abschlüsse des so genannten postsekundären Bereichs, wie zum Beispiel die Hochschulreife mit dem anschließenden Abschluss einer Lehrausbildung.

BESCHREIBUNG

Hochqualifizierte leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und Verbreitung von Wissen und Technologien. Sie sind in entwickelten Volkswirtschaften stark nachgefragte Arbeitskräfte und gelten daher als einer der Schlüsselfaktoren für wirtschaftliches Wachstum, Fortschritt und Innovation. Im Rahmen der Wachstumsstrategie Europa 2020 hat die Europäische Union sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der jungen Erwachsenen mit einem Abschluss des Tertiärbereichs insgesamt zu steigern.

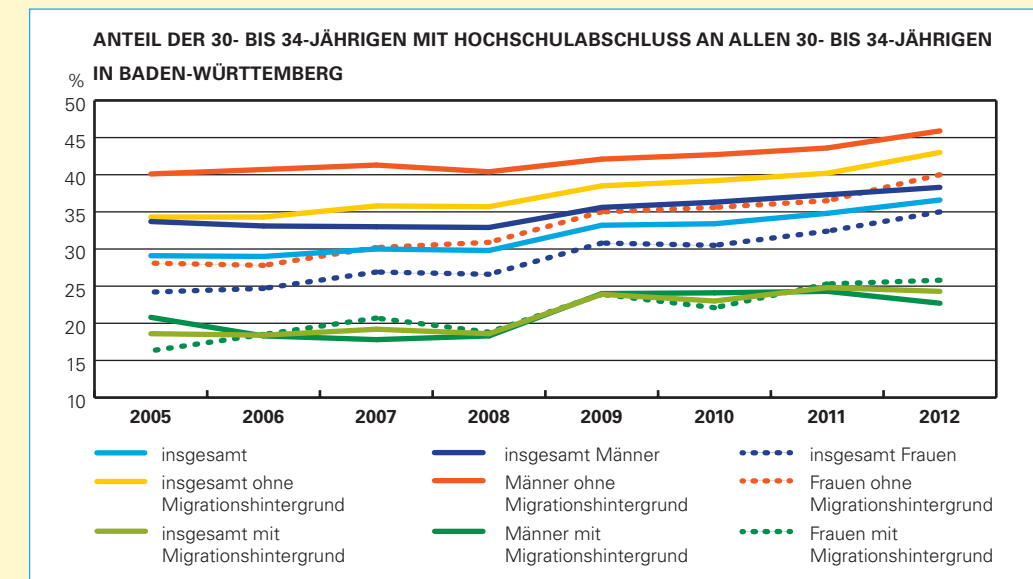
TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit einem tertiären Bildungsabschluss ist in Baden-Württemberg zwischen 2005 und 2012 von 29,1 % auf fast 37 % angestiegen. Gleichzeitig hat sich der Unterschied im Qualifikationsniveau von Männern und Frauen mehr als halbiert. Im Jahr 2012 hatten 38,3 % der Männer und 35 % der Frauen im Alter von 30 bis 34 Jahren einen Hochschulabschluss oder entsprechenden beruflichen Abschluss. Sollte sich der Anstieg des Anteils der 30- bis 34-Jährigen mit tertiärem Abschluss bis 2020

unverändert fortsetzen, so würde der Zielwert der Wachstumsstrategie Europa 2020 von 42 % in Baden-Württemberg erreicht.

Der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit Migrationshintergrund gemessen an allen 30- bis 34-Jährigen mit tertiärem Bildungsabschluss ist unterdurchschnittlich. Es zeichnet sich allerdings ein eindeutig steigender Trend ab:

Der Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit Migrationshintergrund mit einem tertiären Bildungsabschluss an den Personen mit Migrationshintergrund derselben Altersgruppe stieg von 18,6 % im Jahr 2005 auf 24,3 % im Jahr 2012, wobei hier der Anstieg bei den Frauen noch deutlicher ausfiel von 16,3 % 2005 auf 25,8 % im Jahr 2012.



Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder/Mikrozensus/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



DEFINITION

Der Indikator Innovationsfähigkeit besteht aus den zwei Elementen private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie den Patentanmeldungen. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) von Wirtschaft, Staat und Hochschulen werden als prozentualer Anteil am nominalen Bruttoinlandsprodukt gemessen. Die Patentanmeldungen umfassen Patentanmeldungen beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) nach Herkunftsländern (beim DPMA eingereichte Patentanmeldungen sowie internationale Patentzusammenarbeitsverträge (PCT-Anmeldungen), die beim DPMA in die nationale Phase eingetreten sind).

BESCHREIBUNG

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung und die Anzahl der Patentanmeldungen pro 100 000 Einwohner sind maßgebliche, wenn auch nicht alleinige, Bestimmungsgrößen für die Innovation einer Wirtschaft. So haben bspw. auch die Bruttoanlageinvestitionen Einfluss auf Innovationen (s. Indikator 20). Der Einfluss höherer Ausgaben für FuE liegt darin, die Produktivität zu steigern, das Wachstum zu erhöhen, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und auch Produktions- und Konsummuster in Richtung Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln.

Ein Patent schützt neue technische Erfindungen und Innovationen. Es verleiht seinem Inhaber das räumlich und zeitlich befristete Privileg, allein über die Erfindung zu verfügen. Der Patentinhaber erhält ein Exklusivrecht für die Verwertung seiner Erfindung und kann so wirtschaftlichen Nutzen aus seiner Erfindung ziehen. Er kann eine nicht autorisierte gewerbliche Nutzung des Patents verbieten. Mit der Patentanmeldung stimmt der Patentinhaber gleichzeitig zu, dass seine Erfindung veröffentlicht wird. Ein Patent

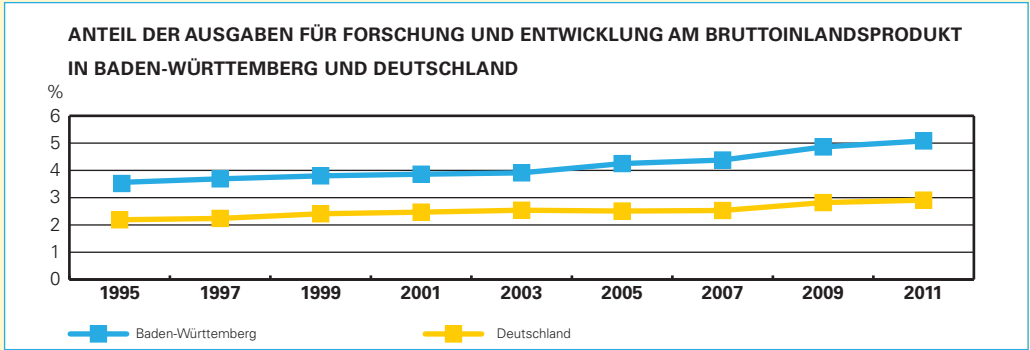
kann damit anderen Erfindern als Maßstab und Basis für Weiterentwicklungen auf dem betreffenden Gebiet der Technik dienen.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

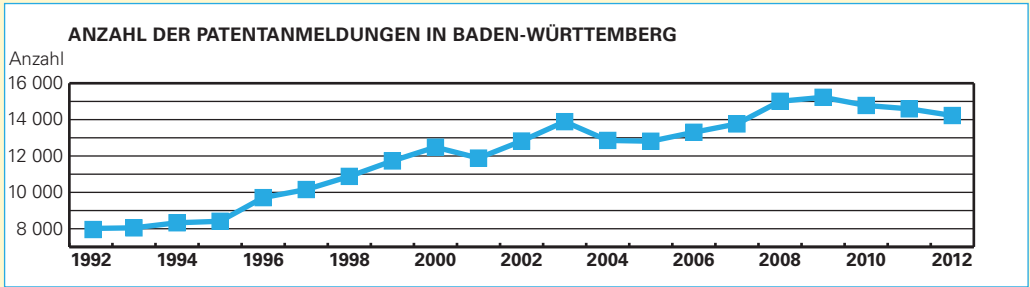
In Baden-Württemberg ist ein kontinuierlicher Anstieg der Entwicklungs- und Forschungsausgaben zu verzeichnen. Im Jahr 2011 betrug der Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben am nominalen Brut-

toinlandsprodukt 5,1 %. Damit wurden in Baden-Württemberg gut zwei Prozentpunkte mehr in Forschung und Entwicklung investiert als im Bundesdurchschnitt (2,9 %).

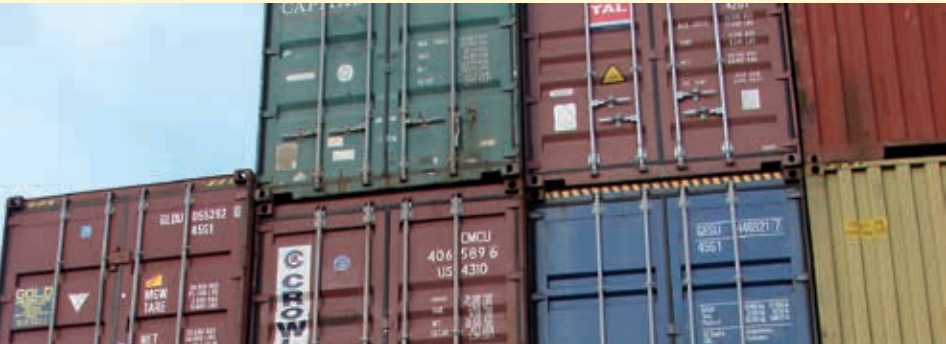
Im Jahr 2013 wurden in Baden-Württemberg 138 Patente pro 100 000 Einwohner angemeldet. Baden-Württemberg führt damit vor Bayern (118 Patente pro 100 000 Einwohner) und Hamburg (43 Patente pro 100 000 Einwohner).



Daten: Bundesministerium für Bildung und Forschung/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



Daten: Deutsches Patent- und Markenamt/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



DEFINITION

Der Indikator setzt den Verkehrsaufwand von Binnenschifffahrt und Schienenverkehr in Relation zum insgesamt erfassten Verkehrsaufwand im Güterverkehr in Baden-Württemberg. In der Verkehrstatistik ist für den Begriff Verkehrsaufwand auch der Begriff Verkehrsleistung geläufig.

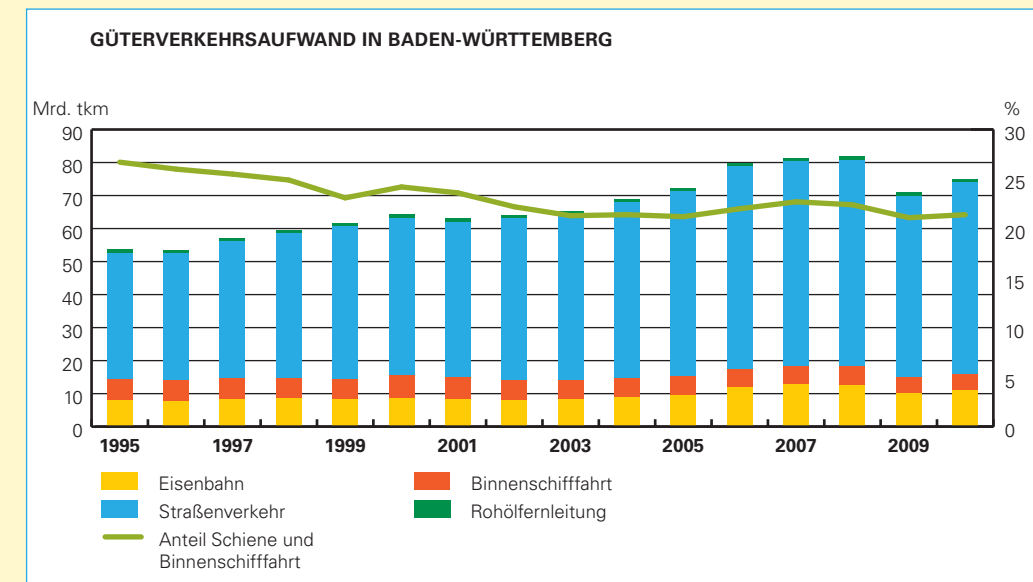
BESCHREIBUNG

Der Transport von Gütern auf der Schiene oder mit Binnenschiffen führt bei gleicher Transportleistung zu geringeren Umweltbelastungen als der Transport auf der Straße. Die dargestellte Relation von Verkehrsaufwand des Güterverkehrs per Schiene und Binnenschiff zum insgesamt erfassten Güterverkehr spiegelt in der Tendenz die Höhe der Umweltbeeinträchtigungen wider. Eine Veränderung zu Ungunsten des energie- und schadstoffärmeren Schienen- und Binnenschiffsverkehrs kann in der Regel mit einer Erhöhung der Umweltbelastung gleichgesetzt werden.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Der Anteil des Schienen- und Binnenschiffsverkehrs liegt im Jahr 2010 bei insgesamt steigendem Güterverkehrsaufwand bei 21,4 %. Der Anteil des Schienen- und Binnenschiffsverkehrs konnte sich somit, mit leichten Schwankungen, seit 2003 auf gleichem Niveau stabilisieren und ist damit niedriger als noch in den 1990er Jahren.

Absolut ging der Güterverkehrsaufwand der Binnenschifffahrt seit der Jahrtausendwende um 25 % zurück, während der Straßenverkehr und in den Jahren 2003 bis 2007 auch die Schiene deutliche Zuwächse zu verzeichnen haben.



Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg





BESCHREIBUNG

Neben der Entkopplung von Wirtschaftsleistung und Verkehrsaufwand geht es darum, die verkehrlichen Belastungen durch Erhöhung der umweltfreundlicheren Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße zu bewältigen. Zunehmende Gütertransporte sind noch immer eine Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Wachstums. Der Anstieg ist allerdings mit erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt verbunden (Lärm, Schadstoffausstoß, Flächenverbrauch und Landschaftszerschneidung). Der verkehrsbedingte Schadstoffausstoß muss daher so auf ein Niveau verringert werden, dass die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt minimiert werden. Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sieht in einem möglichst umweltschonenden Verkehr eine große Bedeutung für das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Volkswirtschaft.

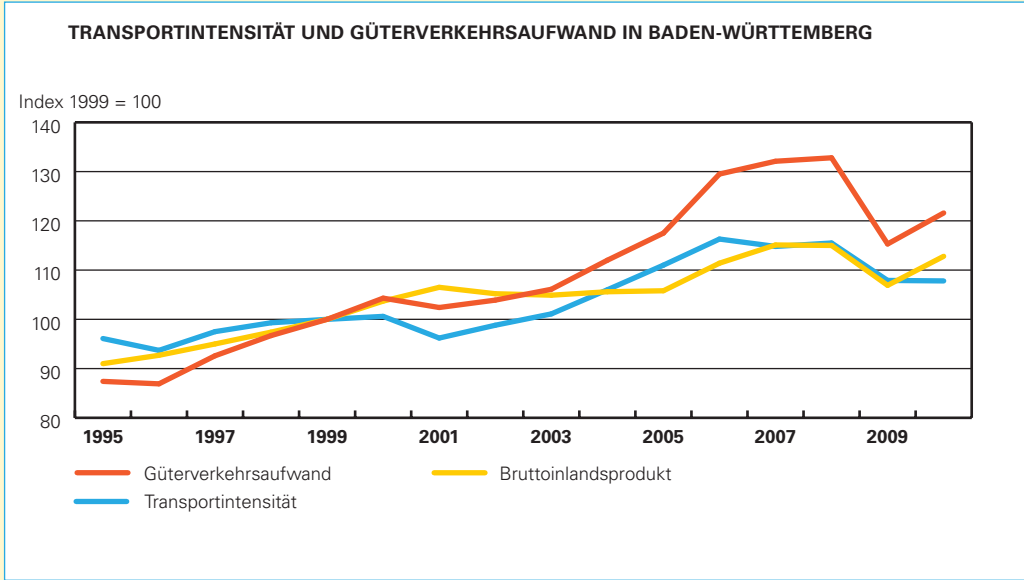
DEFINITION

Die Transportintensität ist ein Maßstab für die Entwicklung des Güterverkehrsaufwands in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Der Güterverkehrsaufwand errechnet sich als Produkt aus den im betrachteten Zeitraum beförderten Gütern in Tonnen und den jeweils zurückgelegten Transportentfernungen in Kilometern. Der Indikator gibt darüber Auskunft, ob das Wirtschaftswachstum von der Güterverkehrsnachfrage entkoppelt ist oder nicht. Die Zielrichtung stimmt, wenn die Transportintensität rückläufig ist. Der Begriff Güterverkehrsaufwand wird synonym zum Begriff Güterverkehrsleistung verwendet.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

In Baden-Württemberg ist die Transportintensität im Güterverkehr entgegen der formulierten Zielvorgabe angestiegen. Von 1999 bis 2006 hat sie um 16,3 Prozentpunkte und damit ähnlich stark wie im Bundesdurchschnitt zugenommen. Mit dem starken Einbruch der Konjunktur 2009 war ein spürbarer Rückgang der Transportintensität verbunden. Das reduzierte Niveau hat sich auch im beginnenden Aufschwung 2010 kaum verändert.

Bei erhöhtem Güterverkehrsaufwand in Baden-Württemberg seit 1995 stagniert der Anteil des Verkehrsaufwands auf der Schiene, der der Binnenschifffahrt ist rückläufig.



Daten: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg





DEFINITION

Der Indikator umfasst den Liniennahverkehr innerhalb Baden-Württembergs mit Eisenbahnen (inklusive des S-Bahn-Verkehrs), Straßenbahnen und Omnibussen. Der Gelegenheitsverkehr und der Personenfernverkehr mit Omnibussen bleiben unberücksichtigt. Angegeben wird die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in Personenkilometer pro Einwohner und Jahr (Pkm/EW). Die Beförderungsleistung in Personenkilometern ergibt sich aus der Multiplikation der Zahl der Fahrgäste im ÖPNV mit deren durchschnittlicher Reiseweite in Kilometern. Der Begriff Verkehrsaufwand wird dabei synonym zum Begriff Verkehrsleistung verwendet.

BESCHREIBUNG

Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel entlastet besonders Innenstädte, Hauptverkehrsstraßen und Wohngebiete mit Durchgangsstraßen von Lärm und Abgasen. Eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs könnte auch den Flächenverbrauch für den Straßenausbau und für Parkraum verringern.

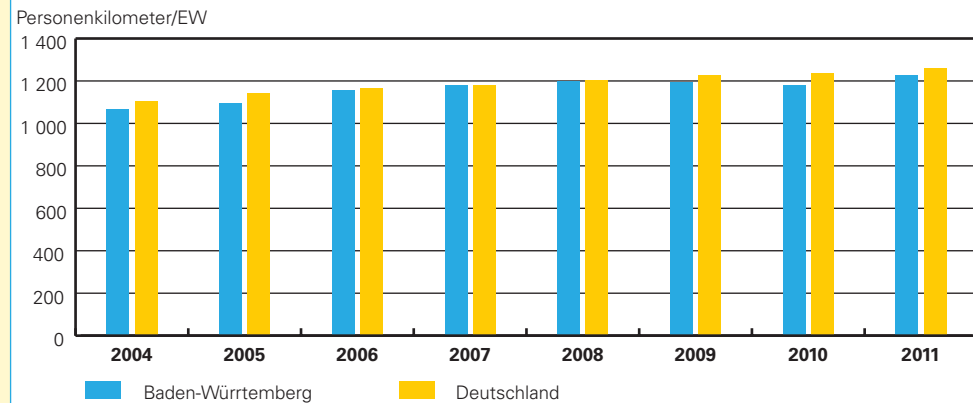
Die Veränderung des Verkehrsaufwands im Öffentlichen Personennahverkehr spiegelt die Nachfrage der Bevölkerung nach Angeboten des öffentlichen Verkehrs wider. Sie ist ein Hinweis für eine nachweisbare Substitution von Umwelteffekten des motorisierten Individualverkehrs. Eine Veränderung zugunsten energie- und schadstoffarmer Verkehrsmittel geht dabei mit einer Verminderung der Umweltbelastung einher.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Trotz eines leichten Rückgangs in den Jahren 2009 und 2010 zeigt die Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs in Baden-Württemberg seit 2004 einen insgesamt positiven Trend und liegt 2011 bei insgesamt 1 228 Personenkilometern je Einwohner. Sie stieg damit um 15 %.

Um mehr Bürgerinnen und Bürger für die Nutzung des ÖPNV zu gewinnen, will die Landesregierung Busse und Bahnen im ganzen Land stärken, um auch abseits der Metropolregionen ein attraktives Angebot im ÖPNV sicherzustellen.

BEFÖRDERUNGSLEISTUNG IM ÖPNV IN BADEN-WÜRTTEMBERG UND DEUTSCHLAND



Daten: Statistisches Bundesamt/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



DEFINITION

Der Indikator wird gebildet, indem der Verkehrsaufwand (auch Verkehrsleistung genannt) der einzelnen Verkehrsträger aufsummiert und ihr Anteil (Modal Split) in Prozent am Gesamtverkehrsaufwand berechnet wird. Zentrale Kenngröße für den Aufwand des Verkehrs ist der Personenbeförderungsaufwand in Personenkilometern, der sich als Produkt aus der im betrachteten Zeitraum beförderten Personen und den jeweils zurückgelegten Transportentfernungen in Kilometern errechnet. Da das Mobilitätsverhalten in Deutschland nur in großen Abständen erfasst wird, gehen die aktuellen Zahlen auf das Jahr 2008 zurück.

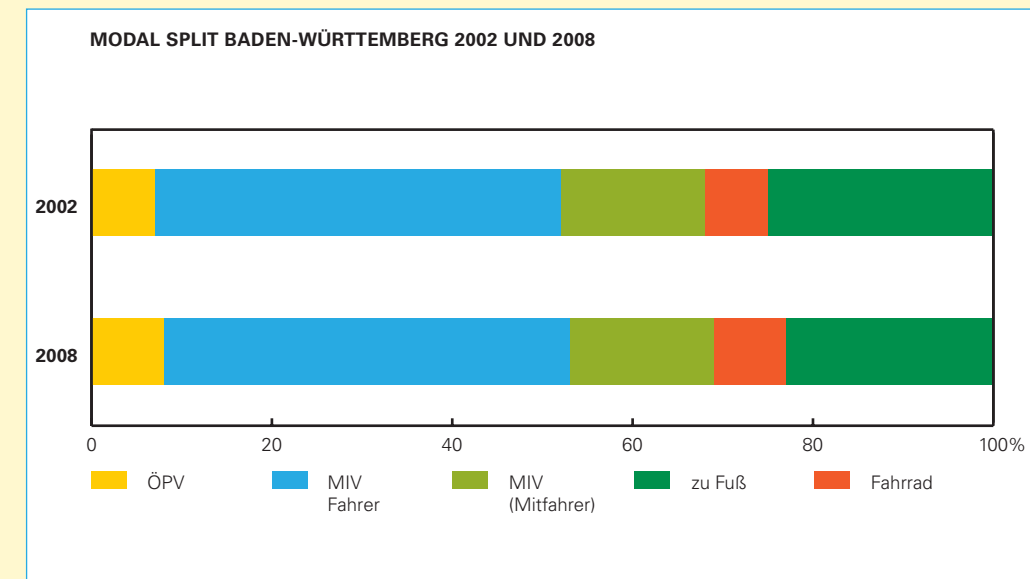
BESCHREIBUNG

Mobilität ist heute eine Selbstverständlichkeit. Ebenso unbestritten wie die Notwendigkeit einer ausreichenden Mobilität sind aber auch die vielfältigen nachteiligen Auswirkungen, die vom Verkehr ausgehen. Dabei belasten die verschiedenen Verkehrsträger Umwelt und Gesundheit bei gleichem Verkehrsaufwand unterschiedlich stark. Je größer dabei der Anteil der umweltfreundlichen Verkehrsträger am Modal Split ist, desto weniger umweltbelastende Einflüsse gehen mit der Mobilität einher.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Von 2002 bis 2008 veränderte sich der Modal Split in Baden-Württemberg geringfügig zugunsten des Fahrrads und des Öffentlichen Personenverkehrs (ÖPV) um jeweils einen Prozentpunkt auf 8 %, letzterer umfasst den Öffentlichen Personennah- und den Personenfernverkehr. Die Zahlen des Motorisierten Individualverkehrs (MIV) blieben stabil bei insgesamt 61 %, wobei der weitaus größere Anteil als MIV-Fahrer zurückgelegt wird

(45 %). Demgegenüber ging das Verkehrsaufkommen zu Fuß zwischen 2002 und 2008 um 2 Prozentpunkte auf 23 % zurück. Damit sind die eigenen Füße aber immer noch das zweitwichtigste Verkehrsmittel. Im Vergleich zu den bundesdeutschen Zahlen gibt es damit bedeutende Unterschiede. Hier ging der motorisierte Individualverkehr von 60 % auf 58 % zurück, wohingegen die restlichen Verkehrsmittel um jeweils einen Prozentpunkt zulegen konnten.



Daten: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung





DEFINITION

Der Indikator Haushaltskonsolidierung umfasst zwei Elemente. Das erste Element ist die Einhaltung der nach § 18 LHO (Landeshaushaltsordnung) zulässigen Kreditaufnahme. Grundlage hierfür bildet die zulässige Kreditaufnahme nach § 1 Absatz 2 der VO zu § 18 LHO. Diese ergibt sich aus dem Basiswert nach § 1 Absatz 1 VO zu § 18 LHO nach Verrechnung mit der Steuerschwankungs- und der Finanztransaktionskomponente (§ 2 bzw. § 3 VO zu § 18 LHO). Im Vergleich darf die in Anspruch genommene Kreditaufnahme die zulässige Kreditaufnahme nicht übersteigen. Das zweite Element sind die Schulden des Landes am Kreditmarkt in haushaltsrechtlicher Abgrenzung je Einwohner (Euro je Einwohner). Dies sind Kredite, die entsprechend den jeweiligen haushaltsgesetzlichen Kreditermächtigungen zur Haushaltsfinanzierung am Kreditmarkt aufgenommen wurden.

BESCHREIBUNG

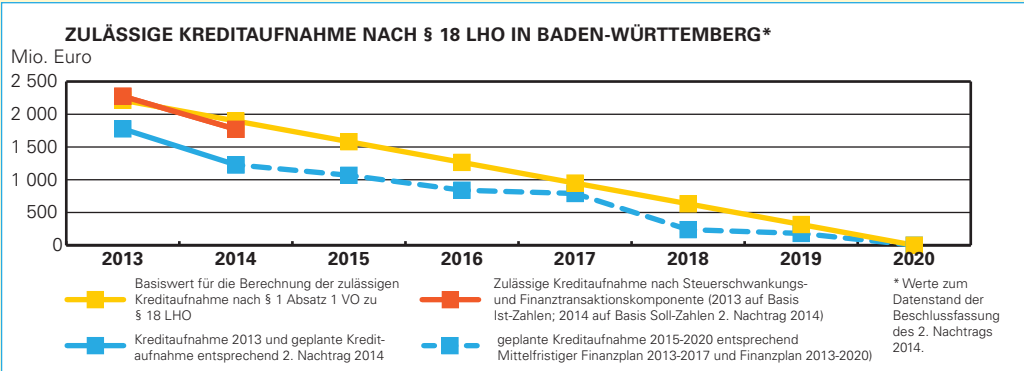
Solide Staatsfinanzen sind ein wichtiger Beitrag zu einer nachhaltigen Finanzpolitik. Eine Politik, die heutige Staatsausgaben übermäßig durch Neuverschuldung finanzieren würde und die Rückzahlung dieser Schulden allein zukünftigen Generationen überließe, wäre nicht tragfähig. Ziel ist es daher, zunächst den vorgefundenen haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarf durch dauerhaft wirkende Konsolidierung nachhaltig zu beseitigen, ohne notwendige Investitionen zu vernachlässigen. Mit dem Finanzplan für die Jahre 2013 bis 2020 hat Baden-Württemberg den Weg aufgezeigt, die Neuverschuldung Schritt für Schritt auf null zurückfahren und damit der grundgesetzlichen Schuldenbremse zu entsprechen.

Die Kreditmarktschulden geben zusätzliche Hinweise auf finanzielle Einschränkungen des Gestaltungsspielraums bei der Aufgabenerfüllung des Landes aufgrund des zu leistenden Schuldendienstes. Dieses Element gibt Hinweise darauf, wie stark die gegenwärtige und zukünftige Generation durch die Verschuldung belastet werden, indem Zinszahlungen und Tilgungen finanzielle Mittel binden.

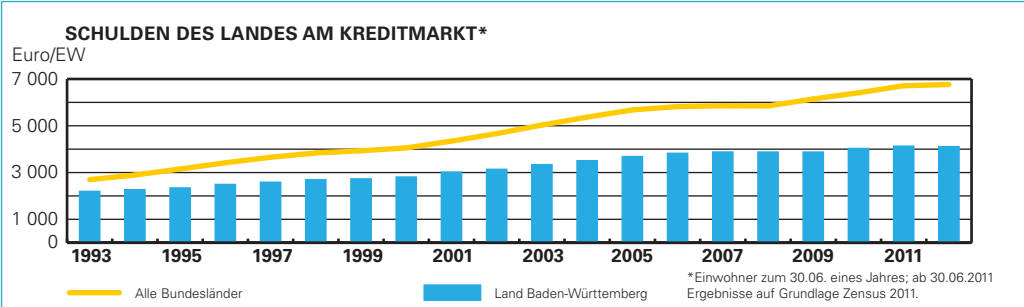
TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Die Kreditaufnahmen der Jahre 2013 (Ist) und 2014 (Soll) liegen deutlich unter der zulässigen Kreditaufnahme (oberes Schaubild). Die Verschuldung in Baden-Württemberg ist in den vergangenen Jahrzehnten beständig an-

gestiegen. Im Jahr 2012 lag sie bei 4 110 Euro je Einwohner. Für alle Länder lag sie 2012 durchschnittlich bei 6 764 Euro je Einwohner. Baden-Württemberg weist damit eine verhältnismäßig geringe Kreditmarktverschuldung je Einwohner auf (unteres Schaubild).



Daten: Statistisches Bundesamt/Statistisches Landesamt/Zentrale Stelle der Landesfinanzminister



Daten: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14 Reihe 5



DEFINITION

Der Indikator umfasst den Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben (Official Development Assistance, ODA) am Bruttonationaleinkommen in Baden-Württemberg, zusammengesetzt aus Ausgaben für die Bereitstellung von Studienplätzen für Studierende aus Entwicklungsländern sowie für Leistungen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (Entwicklungshilfeprojekte). Finanzielle und technische Hilfen gelten dann als ODA, wenn sie von staatlichen Stellen geleistet werden und an die Entwicklungsländer gehen, die vom DAC (Development Assistance Committee der Welt hungerhilfe/OECD) als solche ausgewiesen sind, hauptsächlich der Förderung von Entwicklung und besseren Lebensbedingungen dienen und ganz oder teilweise ein Zuschuss sind.

BESCHREIBUNG

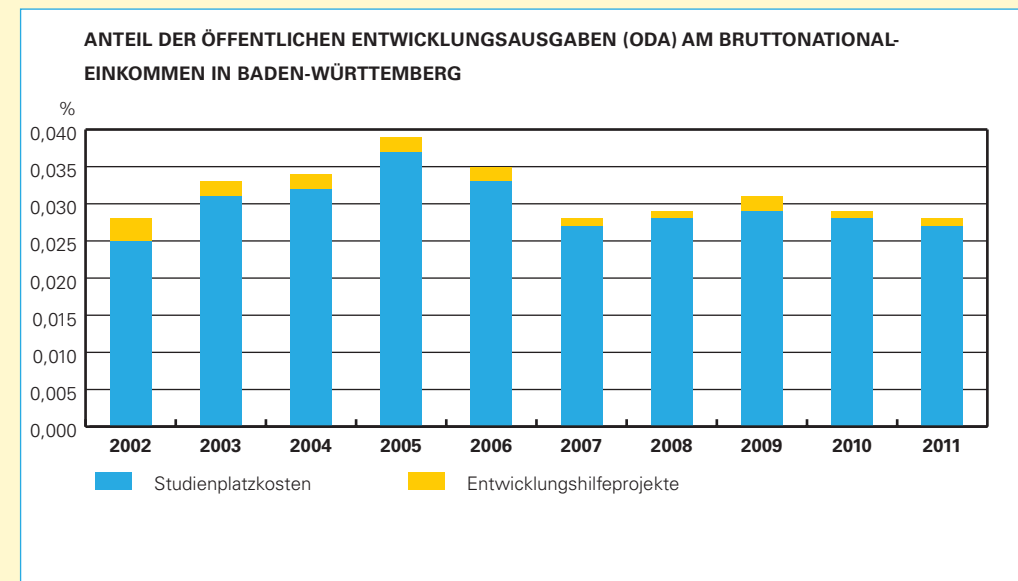
Unsere Lebensweise und das globale Wirtschaftssystem führen zu sich verschärfenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen. Sie sind geprägt von einem nicht vertretbaren Ressourcenverbrauch, rasantem Klimawandel und ungerechten Welthandelsstrukturen. Sie vergrößern die Schere zwischen Arm und Reich und bedrohen die Lebensgrundlage vor allem in ärmeren Regionen der Welt. Gleichzeitig verschieben sich durch die wirtschaftliche und politische Dynamik eines Teils der Entwicklungsländer die globalen Rahmenbedingungen und Strukturen. Vor diesem Hintergrund kommt dem entwicklungspolitischen Engagement des Landes wachsende Bedeutung zu. Entwicklungspolitik bedeutet heute, weltweit die gemeinsame Verantwortung für eine ökonomisch, ökologisch und sozial tragfähige Gestaltung der Zukunft wahrzunehmen. Grundlage der Entwicklungspolitik des Landes Baden-Württemberg sind die entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg, welche die Grundsätze und Ziele der internationalen Zusammenarbeit spiegeln, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen (besonders Art. 55), den Millenniums-Entwicklungszielen und den Abschlusserklärungen der UN-Nach-

haltigkeitskonferenzen in Rio de Janeiro 1992 und 2012 niedergelegt sind. Baden-Württemberg bekennt sich zu dieser internationalen Verantwortung.

TRENDENTWICKLUNG UND -BEWERTUNG

Der Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben (ODA) am Bruttonationaleinkommen in Baden-Württemberg liegt 2011 mit insgesamt 0,028 % auf dem gleichen Niveau wie 2002, weist jedoch seit 2005 eine negative Trendentwicklung auf. Dies ist maßgeblich auf die

Studienplatzkosten zurückzuführen, die einen umfangreichen Sockelbetrag der ODA darstellen. Mit einem Anteil von 0,027 % am Bruttonationaleinkommen sind diese im Vergleich zu 2002 zwar leicht gestiegen, jedoch im Vergleich zu 2005 um 17,2 Mio. Euro zurückgegangen. Demgegenüber stellen die sonstigen Ausgaben für die Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit (Projektarbeit) seit 2002 nur einen kleinen ODA-Anteil. Sie liegen mit 0,0012 % am Bruttonationaleinkommen auf dem niedrigsten Stand seit 2002.



Daten: Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



Impressum

HERAUSGEBER

Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsstrategie
Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg
Kernerplatz 9, 70182 Stuttgart
Telefon 0711 126-0
E-Mail: nachhaltigkeitsstrategie@um.bwl.de
www.nachhaltigkeitsstrategie.de

GESTALTUNG

ÖkoMedia GmbH, www.oekomedia.com

Veröffentlichung: Oktober 2014
Klimaneutral gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, das mit dem Blauen Engel zertifiziert ist.

Textquellen

Indikator 8: Waldzustand	Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg (FVA)/Waldzustandsbericht
Indikator 17: Eigenkapitalquote	Deutsche Bundesbank
Indikator 20: Einkommensreichumsquote	Statistisches Bundesamt
Indikator 22: Arbeitslosigkeit	Bundesagentur für Arbeit; Bundeszentrale für politische Bildung
Indikator 23: Atypische Beschäftigung	Statistisches Bundesamt; Bundeszentrale für politische Bildung
Indikator 27: Engagementquote	Zentrum für Zivilgesellschaftliche Entwicklung Freiburg/Freiwilligensurvey
Indikator 35: Frühe Schulabgänger	Statistische Ämter des Bundes und der Länder
Indikator 37: Innovationsfähigkeit	Statistisches Bundesamt; Deutsches Patent- und Markenamt
Indikator 41: Modal Split des Personenverkehrsaufwands	Umweltbundesamt
Indikator 43: Öffentliche Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit	Welt:Bürger gefragt! Entwicklungspolitische Leitlinien für Baden-Württemberg

Bildquellen

Titelbild:	© Stauke - Fotolia.com	Seite 56:	© laurenthuet - Fotolia.com
Seite 6:	© Jeanette Dietl - Fotolia.com	Seite 58:	© Thorben Wengert/PIXELIO
Seite 7:	© vege - Fotolia.com	Seite 60:	© Andreas Morlok/PIXELIO
Seite 8:	© S. Hofschlaeger/PIXELIO	Seite 62:	© I-vista/PIXELIO
Seite 9:	© Rainer Sturm/PIXELIO	Seite 64:	© Rainer Sturm/PIXELIO
Seite 10:	© vege - Fotolia.com	Seite 66:	© Klaus-Uwe Gerhardt/PIXELIO
Seite 11:	© twinlili/PIXELIO	Seite 68:	© Guedo/PIXELIO
Seite 12:	© Rainer Sturm/PIXELIO	Seite 70:	© Firma V - Fotolia.com
Seite 14:	© Bernhard Pixler/PIXELIO	Seite 72:	© GG-Berlin/PIXELIO
Seite 16:	© S. Hofschlaeger/PIXELIO	Seite 74:	© Gebhart Gruber/PIXELIO
Seite 18:	© artjazz - Fotolia.com	Seite 76:	© Paulwip/PIXELIO
Seite 20:	© Rike/PIXELIO	Seite 78:	© Petra Bork/PIXELIO
Seite 22:	© Rolf Kurschat/PIXELIO	Seite 80:	© Sassi/PIXELIO
Seite 24:	© eyetronic - Fotolia.com	Seite 82:	© Photographee.eu - Fotolia.com
Seite 26:	© Hartmut910/PIXELIO	Seite 84:	© Dieter Schütz/PIXELIO
Seite 28:	© Michael Lorenzet/PIXELIO	Seite 86:	© RioPatuca Images- Fotolia.com
Seite 30:	© Hartmut910/PIXELIO	Seite 90:	© Robert Kneschke - Fotolia.com
Seite 32:	© kiramain/PIXELIO	Seite 92:	© Halina Zaremba/PIXELIO
Seite 34:	© werbebunker.de/PIXELIO	Seite 94:	© Thomas Siepmann/PIXELIO
Seite 36:	© siepmannH/PIXELIO	Seite 96:	© M.E./PIXELIO
Seite 38:	© Rainer Sturm/PIXELIO	Seite 98:	© WavebreakmediaMicro - Fotolia.com
Seite 40:	© Vitas - Fotolia.com	Seite 100:	© Martin Gapa/PIXELIO
Seite 42:	© Rainer Sturm/PIXELIO	Seite 102:	© C. Nöhren/PIXELIO
Seite 44:	© segovax/PIXELIO	Seite 104:	© Digi-Train/PIXELIO
Seite 46:	© Petra Dirscherl/PIXELIO	Seite 106:	© Rudolpho Duba/PIXELIO
Seite 50:	© Martin Stollberg	Seite 108:	© Petra Dirscherl/PIXELIO
Seite 52:	© LVDESIGN - Fotolia.com	Seite 110:	© Harald WanetschkaPIXELIO
Seite 54:	werbefoto-burger.ch - Fotolia.com	Seite 112:	© chagin - Fotolia.com



Baden-Württemberg